



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1969

Montag, den 27. Oktober 1969

Nr. 43

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —		Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	1749	Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen	1762
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 27. 9. 1969 bis 10. 10. 1969	1749	Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	1762
Der Hessische Minister des Innern		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten	
Fortbildungslehrgang für Schwimmmeister 1970	1750	Flurbereinigung Altenfeld, Krs. Fulda	1776
Der Hessische Minister der Finanzen		Flurbereinigung Wisper, Krs. Untertaunus	1777
Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. 11. 1964; hier: Anschließtarifvertrag mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1750	Personalmeldungen	
Reduzierung von Dienststellen im Zuge einer Organisationsreform; hier: Staatliche Bauverwaltung	1750	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1777
Jahresabschluß für das Rechnungsjahr 1969	1751	Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	1779
Neue Rufnummer des Staatsbauamtes Wetzlar	1752	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	1779
Richtlinien betr. Zuwendungen des Landes an außerhalb der Landesverwaltung stehende Stellen und für den Nachweis der Verwendung der Mittel nach § 64 a Abs. 1 RHO	1752	Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	1779
Stundung und Niederschlagung von Forderungen des Landes und Einstellung des Einziehungsverfahrens	1753	Der Landeswahlleiter für Hessen	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		Bekanntmachung des endgültigen Ergebnisses der Bundestagswahl am 28. 9. 1969 im Lande Hessen	1780
Verzeichnis der hessischen Krankenhäuser nach Pflegesatzgruppen	1753	Regierungspräsidenten	
Richtlinien für die Abgabe und Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken der Bundesstraßenverwaltung	1758	DARMSTADT	
Widmung einer Neubaustrecke der Bundesautobahn Dortmund — Gießen (A 13) einschließlich der Bundesautobahn-Anschlußstellen Dillenburg, Herborm-West und Herborm-Süd im Dillkreis	1761	Bekanntmachung über die Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG., Werk Offenbach/Main	1784
Wirtschaftsprüferordnung	1761	Buchbesprechungen	1785
		Öffentlicher Anzeiger	1786
		Ordentliche Mitgliederversammlung des Technischen Überwachungs-Vereins Frankfurt am Main e. V.	1793
		Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Lich nach Grünberg	1793
		Satzungsänderung der Nassauischen Brandversicherungsanstalt Wiesbaden	1794

Die 10. Folge 1969 der monatlich erscheinenden Beilage

» **Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte** «

ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

1462

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 27. November 1968 spreche ich Herrn Bernhard Zimmermann, Oberselters, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 27. 6. 1969

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14 c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 27. November 1968 spreche ich Frau Thekla Vormann, Oberselters, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 27. 6. 1969

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14 c

StAnz. 43/1969 S. 1749

1463

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 27. 9. 1969 bis 10. 10. 1969

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Staat und Wirtschaft in Hessen

24. Jahrgang — Heft 9 — September 1969

Aus dem Inhalt:

Die Wahl zum sechsten Deutschen Bundestag in Hessen am 28. September 1969

Die Ausfuhr Hessens 1968 nach Ländergruppen und Verbrauchsländern

Absatzwege von Getreide und Kartoffeln

1968 höchste Sterbeziffer nach dem Kriege

Frequenz hessischer Kinderheime

Weiterhin Tendenz zur Betriebsvergrößerung in der Landwirtschaft

Einschränkung des Apfelanbaus zu erwarten

Hessischer Zahlenspiegel

Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Statistische Berichte

B III 1 — 4/69

Die Wahl zum sechsten Deutschen Bundestag in Hessen am 28. September 1969 — vorläufige Ergebnisse

C II 1 — m 9/69 (erscheint nur für April bis Dezember)

Erntebereitschaft über Feldfrüchte und Grünland in Hessen Anfang September 1969

Preis

DM

1,50

1,50

—,50

	Preis DM		Preis DM
C II 1 — 69/S 1 Die Getreideernte 1969 in Hessen	—,50	G I 1 — m 8/69 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im August 1969 — Schnellmeldung (vorläufige Zahlen)	—,50
C II 3 — m 9/69 (erscheint nur für Mai bis Oktober) Ernteberichterstattung über Obst in Hessen im September 1969	—,50	G IV 1 — m 7/69 Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Juli 1969	—,50
C III 1 — vj 3/69 Der Schweinebestand am 3. September 1969 in Hessen (endgültiges Ergebnis)	—,50	H I 1 — m 7/69 Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 1969	1,—
C III 2 — m 8/69 Die Schlachtungen in Hessen im August 1969	—,50	L I 2 — vj 2/69 Die Gemeindefinanzen in Hessen im 2. Vierteljahr 1969 (Vierteljahresstatistik)	1,—
C III 3 — m 8/69 Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Aug. 1969 (31 Tage)	—,50	L I 3 — j/68 Die Realsteuerhebesätze in den Gemeinden Hessen 1968	1,50
C III 6 — m 8/69 Brut und Schlachtungen von Geflügel in Hessen im Aug. 1969	—,50	L II 1 — m 8/69 Landes- und Bundessteuern im August 1969 in Hessen (kassenmäßiges Aufkommen)	—,50
C IV 3 — m 8/69 Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen in Hessen im August 1969	—,50	MI 2 — m 8/69 Verbraucherpreise in Hessen im August 1969	1,50
E I 1 — m 7/69 Die Industrie in Hessen im Juli 1969	1,50	NI 1 — vj 2/69 — Teil I Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im April 1969 — Teil I: Verdienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter	1,50
E I 2 — m 7/69 Die industrielle Produktion in Hessen im Juli 1969	1,—	NI 1 — vj 2/69 — Teil II Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im April 1969 — Teil II: Angestelltenverdienste	1,50
E I — FI/S — m 8/69 Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen im August 1969 (vorläufige Ergebnisse)	1,—	Wiesbaden, 10. 10. 1969	
F II 1 — m 8/69 Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im August 1969	—,50	Hessisches Statistisches Landesamt Z 213a Az.: 77 a 241/69 StAnz. 43/1969 S. 1749	

1464

Der Hessische Minister des Innern

Fortbildungslehrgang für Schwimmelster 1970

Die nächsten Fortbildungslehrgänge für Schwimmeister finden vom 16. bis 20. Februar 1970 und vom 23. bis 27. März 1970

in der Sportschule des Landessportbundes Hessen e. V. in Frankfurt/Main, Otto-Fleck-Schneise, statt.

An dem ersten Fortbildungslehrgang vom 16. bis 20. 2. 1970 können nur staatlich geprüfte Schwimmeister teilnehmen. Die Vorlage einer Fotokopie des Schwimmeisterzeugnisses ist für eine Teilnahme erforderlich.

Zu dem zweiten Lehrgang vom 23. bis 27. 3. 1970 werden alle als Hilfsschwimmeister oder Schwimmeisteranwärter beschäftigten Personen zugelassen.

Ich bitte, alle kommunalen Unterhaltsträger von Schwimmbädern auf diese Lehrgänge hinzuweisen. Die Meldungen der Teilnehmer erbitte ich bis zum 15. Januar 1970.

Im Interesse der Fortbildung der in den Gemeinden tätigen Schwimmeister und damit auch der Betreuung der Besucher der Bäder würde ich es begrüßen, wenn auch in diesem Jahr wieder möglichst vielen Schwimmelstern — insbesondere soweit sie bisher einen derartigen Lehrgang nicht besucht haben — Gelegenheit zur Teilnahme und damit zur Fortbildung gegeben werden könnte.

Die Programmfolge wird den Teilnehmern mit der Einladung zu einem der Lehrgänge übersandt.

Verspätet eingehende Meldungen können aus organisatorischen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden.

Wiesbaden, 30. 9. 1969

Der Hessische Minister des Innern
IV A 42 — 90 a 05 1969

StAnz. 43/1969 S. 1750

1465

Der Hessische Minister der Finanzen

Tarifvertrag vom 15. April 1969 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. November 1964;

hier: Anschließtarifvertrag mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft

Bezug: Mein Erlaß vom 29. Mai 1969 — P 2028 A — 47 — I B 32, P 2028 A — 49 — I B 32 (StAnz. S. 1009)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben am 10. September 1969 mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft einen Anschließtarifvertrag zu dem o. a. Änderungsstarifvertrag vom 15. April 1969 vereinbart.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung des Anschließtarifvertrages und einer nochmaligen Bekanntgabe des Änderungsstarifvertrages vom 15. April 1969 sehe ich ab.

Wiesbaden, 13. 10. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2048 A — 30 — I B 32

StAnz. 43/1969 S. 1750

1466

An

das Staatsbauamt Bad Homburg
das Staatsbauamt Friedberg
das Staatsbauamt Frankfurt/Main
das Sonderbauamt Frankfurt/Main

Reduzierung von Dienststellen im Zuge einer Organisationsreform;

hier: Staatliche Bauverwaltung

Im Zuge einer Organisationsreform wird das Staatsbauamt Bad Homburg mit Ablauf des 31. Oktober 1969 aufgelöst und mit dem Staatsbauamt Friedberg unter der Bezeichnung „Staatsbauamt Friedberg“ vereinigt. Das neu zu bildende Staatsbauamt Friedberg ist vom 1. November 1969 an für die Wahrnehmung aller Bauaufgaben des Landes und des Bundes in den Landkreisen Friedberg, Büdingen, Obertaunus und Usingen zuständig. Zur Weiterführung der z. Z. laufenden

Baumaßnahmen und zur Gewährleistung eines ordnungsmäßigen Aufgabenübergangs an das Staatsbauamt Friedberg bleibt in Bad Homburg bis auf weiteres eine Bauleitung des Staatsbauamts Friedberg bestehen.

Im einzelnen werden die bisherigen örtlichen Zuständigkeiten wie folgt aufgeteilt:

Das Staatsbauamt Friedberg übernimmt unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben

- a) von dem aufzulösenden Staatsbauamt Bad Homburg die Bauaufgaben des Landes und die zivilen Bauaufgaben des Bundes in den Landkreisen Obertaunus und Usingen,
- b) vom Sonderbauamt Frankfurt/Main die militärischen Bauaufgaben des Bundes in den Landkreisen Friedberg und Büdingen,
- c) vom Staatsbauamt Frankfurt/Main die militärischen Bauaufgaben des Bundes im Obertaunuskreis.

Die sich aus der Auflösung des Staatsbauamtes Bad Homburg und der Umorganisation des Staatsbauamtes Friedberg ergebenden personalwirtschaftlichen Maßnahmen werden durch besonderen Erlaß geregelt.

Ich bitte zu veranlassen, daß in den betroffenen Kreisen in den örtlichen Tageszeitungen eine Veröffentlichung etwa folgenden Inhalts erscheint:

1. „Das Staatsbauamt Bad Homburg wird mit Ablauf des 31. Oktober 1969 aufgelöst und mit dem Staatsbauamt Friedberg in Friedberg, Schützenrain 5—7, Tel. 50 09, und 57 70, vereinigt.

Seine bisherigen Aufgaben werden vom 1. November 1969 an von dem Staatsbauamt Friedberg übernommen.

2. Im Zuge einer Organisationsreform in der hessischen Staatsbauverwaltung werden mit Wirkung vom 1. November 1969

— die bisher vom Sonderbauamt Frankfurt/Main wahrgenommenen militärischen Bauaufgaben des Bundes in den Landkreisen Friedberg und Büdingen —,

— die bisher vom Staatsbauamt Frankfurt/Main wahrgenommenen militärischen Bauaufgaben des Bundes im Obertaunuskreis —

von dem Staatsbauamt Friedberg, Schützenrain 5—7, Tel. 50 09 und 57 70, übernommen.“

Darüber hinaus bitte ich, allen in Betracht kommenden Behörden die Zuständigkeitsänderung im Sinne der Ziff. 1—2 noch schriftlich mitzuteilen.

Wiesbaden, 16. 9. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1006 A — 33 — I A 23
St.Anz. 43/1969 S. 1750

1467

Jahresabschluß für das Rechnungsjahr 1969

Ich gebe den Jahresabschlußerlaß 1969 bekannt und weise nochmals auf folgendes hin:

Da in die Arbeiten für den Jahresabschluß und die Rechnungslegung weitgehend das Rechenzentrum der Hessischen Landesverwaltung eingeschaltet ist, verzögern Fehler oder Terminüberschreitungen auch nur einer Behörde oder Kasse die Fertigstellung des gesamten Jahresabschlusses.

Ich bitte deshalb die Behörden und Dienststellen des Landes Hessen, für die Einhaltung der Fristen in Abschnitt 3. des Jahresabschlußerlasses zu sorgen.

Jahresabschlußerlaß 1969

1. **Kassenbücher über die Einnahmen und Ausgaben des Landes**

- 1.1. Gemäß § 61 Abs. 1 RHO in Verbindung mit § 81 Abs. 1 RKO und § 56 Abs. 1 VKO bestimme ich folgendes:

- 1.1.1. Die Kassenbücher über die Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Landes für das Rechnungsjahr 1969 sind von allen Kassen (außer Finanzkassen) als Amtskassen am 5. Januar 1970 abzuschließen (Jahresabschlußtag). Jahresabschlußtag für die Finanzkassen ist der 31. Dezember 1969. Der 5. Januar 1970 (für die Finanzkassen

der 31. Dezember 1969) ist der letzte Tag, an dem Zahlungen für das Rechnungsjahr 1969 geleistet werden dürfen.

- 1.1.2. Um die Abschlußergebnisse der nachgeordneten Kassen (§ 81 Abs. 3 letzter Satz RKO) zu übernehmen, können — ausschließlich für diesen Zweck — die Bücher der Oberfinanzkasse und der Kasse des Versorgungsamtes Frankfurt (Main) als Oberkasse bis zum 9. Januar 1970 offengehalten werden.

- 1.1.3. Für den Abschluß der Bücher der Staatshauptkasse ergeht besonderer Erlaß.

- 1.2. Die Abschlußnachweisungen für den Monat Dezember 1969 sind der Kasse, mit der abzurechnen ist, vorzulegen:

- 1.2.1. von den Amtskassen und der Oberjustizkasse bis zum 7. Januar 1970,

- 1.2.2. von der Oberfinanzkasse und der Amtskasse des Versorgungsamtes Frankfurt/M. als Oberkasse bis zum 12. Januar 1970. Für den Zeitraum vom 1. Dezember 1969 bis zum Abschluß der Kassenbücher am 5. Januar 1970 (für die Finanzkassen am 31. Dezember 1969) ist nur eine Abschlußnachweisung zu fertigen.

2. **Kassenbücher über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, die mit der Staatshauptkasse Hessen in Wiesbaden abgerechnet werden.**

- 2.1. Der Bundesminister der Finanzen hat mit Rundschreiben vom 12. September 1969 — II A/6 — H 2202 — 6/69 —, das im Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen veröffentlicht wird, nach § 61 Abs. 1 RHO in Verbindung mit § 81 Abs. 1 RKO bestimmt, daß die Kassenbücher über die Haushaltseinnahmen und Haushaltsausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1969 abzuschließen sind:

- 2.1.1. von den Amtskassen — allgemein — am 5. Januar 1970 (für die Finanzkassen wird abweichend hiervon der 31. Dezember 1969 festgelegt).

- 2.1.2. Von den Oberkassen 1. Stufe am 9. Januar 1970,

- 2.1.3. von den Oberkassen 2. Stufe am 13. Januar 1970.

Der letzte Tag, an dem Zahlungen für das Rechnungsjahr 1969 geleistet werden dürfen, ist

für alle Kassen der 5. Januar 1970 (§ 61 RHO)

— für die Finanzkassen der 31. Dezember 1969 —.

Die Oberkassen der 1. und 2. Stufe halten ihre Bücher über den 5. Januar 1970 hinaus nur offen, um die Abschlußergebnisse nach § 81 Abs. 3 letzter Satz RKO zu übernehmen.

- 2.2. Für den Einzelplan 35 des Bundeshaushalts gelten ebenfalls die unter Nr. 2.1. einheitlich festgesetzten Abschlußzeitpunkte.

- 2.3. Die Abschlußnachweisungen für den Monat Dezember 1969 sind vorzulegen:

von den Amtskassen an die Oberkasse 1. Stufe bis zum 7. Januar 1970,

von den Amtskassen, die unmittelbar mit der Staatshauptkasse abrechnen, und von den Oberkassen 1. Stufe bis zum 12. Januar 1970,

von der Staatshauptkasse Hessen 15. Januar 1970.

Für den Zeitraum vom 1. Dezember 1969 bis zum Abschluß der Kassenbücher am 5. Januar 1970 (bei den Finanzkassen am 31. Dezember 1969) ist nur eine Abschlußnachweisung zu fertigen.

- 2.4. Damit der Bundesminister der Finanzen möglichst frühzeitig über die kassenmäßige Entwicklung des Haushalts 1969 im letzten Viertel des Rechnungsjahres unterrichtet werden kann, sind die Istergebnisse bis einschließlich Oktober, November und für das Rechnungsjahr 1969 in einer besonderen Schnellmeldung wie folgt mitzuteilen:

- 2.4.1. Amtskassen, die den rechnungsmäßigen Nachweis über Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts führen und hierüber mit der Staatshauptkasse Hessen abrechnen, zeigen unverzüglich nach Abschluß der Bücher der

Staatshauptkasse fernmündlich (Durchwahl App. 32-2201 oder App. 32-2204) die Istergebnisse des Abrechnungszeitraumes vom 1. Januar 1969

bis Ende Oktober 1969,

bis Ende November 1969

sowie bis Ende des Rechnungsjahres 1969 an.

Die Ergebnisse sind auf volle 1000 DM ab- bzw. aufzurunden und umgehend schriftlich zu bestätigen.

- 2.4.2. Auf die Schnellmeldung durch die Finanzkassen mittels besonderen Vordrucks kann verzichtet werden, wenn die Einnahme- und Ausgabenachweisungen „Bund“ so rechtzeitig aufgestellt und abgesandt werden, daß sie der Oberfinanzkasse bis spätestens

4. November 1969,

2. Dezember 1969

bzw. 7. Januar 1970

vorliegen.

Die jeweiligen Abschlußtage für die Monate Oktober und November 1969 sind im Einvernehmen mit dem Rechenzentrum der Hessischen Landesverwaltung festzulegen.

- 2.4.3. Die Staatshauptkasse Hessen faßt die gemeldeten Ergebnisse mit ihren eigenen als Amtskasse zusammen und teilt die Gesamtergebnisse in gleicher Weise und Aufgliederung wie zu 2.4.1. der Bundeshauptkasse durch Fernschreiben (Fernschreib.-Nr. 08-86 645 — bundfinanz bonn) so rechtzeitig mit, daß sie der Bundeshauptkasse

am 5. November 1969,

am 3. Dezember 1969

bzw. am 8. Januar 1970

vorliegen. Die Ergebnisse sind ebenfalls auf volle 1000 Deutsche Mark ab- bzw. aufzurunden.

3. Gemeinsame und sonstige Bestimmungen

- 3.1. Mit Rücksicht auf die überaus starke Belastung der Kassen durch die beim Ende eines Rechnungsjahres ohnehin anfallenden Abschluß- und Rechnungslegungsarbeiten bitte ich alle Landesbehörden, die letzten Kassenanweisungen für das Rechnungsjahr 1969 noch vor dem 19. Dezember 1969 zu erteilen. **Nach diesem Zeitpunkt** dürfen den Kassen nur noch **ausnahmsweise** und **spätestens** wie folgt zugeleitet werden:

- 3.1.1. **Annahmearrangungen** bis zum 23. Dezember 1969, wenn der Eingang der Zahlung bis zum 5. Januar 1970 (bei den Finanzkassen bis zum 31. Dezember 1969) mit Sicherheit zu erwarten ist:

- 3.1.2. **Auszahlungsanordnungen** bis zum 29. Dezember 1969, 12 Uhr (Eingang bei den Kassen);

- 3.1.3. **Auszahlungsanordnungen über persönliche Bezüge** (Löhne, Trennungentschädigung usw., jedoch nicht Reisekostenvergütungen), soweit es sich um Barauszahlungen handelt, bis zum 2. Januar 1970, 16.00 Uhr (bei den Finanzkassen bis zum 30. Dezember 1969, 16.00 Uhr).

- 3.2. Die Einnahme- und Ausgabenachweisungen für den Monat Dezember 1969 sind dem Rechenzentrum der Hessischen Landesverwaltung spätestens zum 7. Januar 1970 vorzulegen. Die mit ihrer Anfertigung befaßten Bediensteten haben dafür Sorge zu tragen, daß diese Nachweisungen hinsichtlich der Beträge, Einzelplan-, Kapitel- sowie Titelnummern unter allen Umständen mit den Titelnummern und -karten übereinstimmen, damit nachträgliche Berichtigungen vermieden werden.

- 3.3. Die Abrechnungskonten der Kassen gegenüber der Staatshauptkasse sind zum Jahreschluß auszugleichen, so daß im Abschnitt B der Abschlußnachweisung für den Monat Dezember die Beträge zu den laufenden Nummern 4 und 7 sich decken und bei laufender Nummer 8 ein Bestand nicht mehr verbleibt.

In der Abschlußnachweisung für den Monat Dezember ist eine eventuelle Ausgleichsbuchung im Abschnitt C zu kennzeichnen, einer weiteren Mitteilung an die Staatshauptkasse bedarf es nicht.

- 3.4. Verwahrungen und Vorschüsse sind, soweit dies möglich ist, noch vor dem Jahresabschlußtag abzuwickeln.

- 3.5. Die laufenden Zeitungsgelder, die im Monat Dezember 1969 für Bezugszeiten des Jahres 1970 von den Postscheckkonten der Kassen abgebucht werden, sind als Haushaltsausgaben des Rechnungsjahrs 1969 zu buchen (§ 68 Abs. 1 RHO). Zahlungen, die für Fälligkeiten eingehen oder zu leisten sind, die in den Titelnummern (Titelkarten) des Rechnungsjahres 1970 zum Soll stehen, können bereits vor dem Jahresabschlußtag für das neue Rechnungsjahr gebucht werden.

- 3.6. Nach § 62 Abs. 2 RKO sind in den Titelnummern (Titelkarten) die den Behörden zugewiesenen Haushaltsbeträge sowie Haushaltsreste und -vorrufe nachzuweisen.

Die Haushaltsvorrufe auf das Rechnungsjahr 1970 sind von den Kassen selbständig auf die Titelkarten (Titelnummern) des Rechnungsjahres 1970 vorzutragen (erforderlichenfalls im Benehmen mit den anweisenden Dienststellen). Für den Vortrag der Haushaltsreste erhalten sie von den Behörden schriftliche Anweisung.

- 3.7. Damit die Kassen beschleunigt Rechnung legen können, bitte ich die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter, auf die monatliche Belegvorlage nach meinem RdErl. vom 21. Juli 1955 — H 3104 — III a 91 — für Dezember 1969 tunlichst zu verzichten und Belege nur anzufordern, wenn es für den Fortgang der Vorprüfung unumgänglich ist.

- 3.8. In den vergangenen Jahren haben einige Kassen mit anweisenden Dienststellen vereinbart, daß diese ihnen bei Zeitdruck aushilfsweise Schreibkräfte zur Verfügung stellen, damit die Überweisungen rechtzeitig geleistet und die Abschlußtermine eingehalten werden konnten. Ich bitte, bei Bedarf entsprechende Abreden in gutnachbarlichem Einvernehmen zu treffen.

Über die Rechnungslegung für das Rechnungsjahr 1969 ergeht besonderer Erlaß.

Wiesbaden, 6. 10. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
H 3030 A — 69 — III C 42
StAnz. 43/1969 S. 1751

1468

Neue Rufnummer des Staatsbauamtes Wetzlar

Das Staatsbauamt Wetzlar ist ab sofort unter der
neuen Rufnummer: 2 2 0 4 4
zu erreichen.

Wiesbaden, 3. 10. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
VV 2903 B — 186 — I A 24
StAnz. 43/1969 S. 1752

1469

Richtlinien betr. Zuwendungen des Landes an außerhalb der Landesverwaltung stehende Stellen und für den Nachweis der Verwendung der Mittel nach § 64 a Abs. 1 RHO (abgekürzt: Landesrichtlinien zu § 64 a RHO).

Der Erlaß vom 28. Januar 1954 — H 1000 53 — III a/1 a, abgedruckt in StAnz. S. 133, wird mit der Maßgabe neu erlassen, daß

- in Abs. 2 Satz 1 des Erlasses an die Stelle des § 13 nach Artikel 3 des Anpassungsgesetzes zum Hessischen Beamtenengesetz vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213) § 14 tritt;
- in Nr. 2 der Landesrichtlinien zu § 64 a RHO an die Stelle des Betrages von 2000 DM der Betrag von 4000 DM tritt;
- in Nr. 14 der Landesrichtlinien zu § 64 a RHO hinter Satz 2 folgender Satz eingefügt wird: „Bei Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände wird auf die schriftliche Einverständniserklärung verzichtet.“
- den Zuwendungsempfängern bei Zuwendungen aus Landesmitteln zur Ausführung von Baumaßnahmen im Be-

willigungsbescheid auf Seite 3 der Anlage 3 der Landesrichtlinien zu § 64 a RHO neben den erwähnten allgemeinen Auflagen folgende besondere Bedingungen aufzugeben sind:

a) Tiefbauten

Der Kostengliederung mit den Auswertungsergebnissen ist eine mit der Bauausführung übereinstimmende Zeichnung beizufügen, aus der der Umfang der ausgeführten Arbeiten in den wesentlichsten Teilen zu erkennen ist.

b) Hochbauten

Die Kostengliederung ist nach DIN 276 vom März 1954 — Anl. 2 — aufzustellen. Eine mit der Bauausführung übereinstimmende Zeichnung sowie die in der vorgenannten DIN-Vorschrift erwähnte Berechnung des umbauten Raumes nach DIN 277 und die Berechnung der Wohnflächen und Nutzflächen nach DIN 283 mit der Ermittlung der Kostenmiete sind beizufügen.“

Die Erlasse vom 31. Januar 1955 betr. Verwendungsnachweis über Zuwendungen für Baumaßnahmen (StAnz. S. 158) sowie vom 27. Juli 1966 betr. Änderung der Landesrichtlinien zu § 64 a RHO (StAnz. S. 1095) werden hiermit aufgehoben.

Im übrigen gelten die seit dem 1. Januar 1960 wegen der Anwendung und Auslegung der Bundesrichtlinien zu § 64 a RHO und der Landesrichtlinien zu § 64 a RHO herausgegebenen Erlasse unverändert fort.

Wiesbaden, 20. 3. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
H 1000/69 — III A 1
StAnz. 43/1969 S. 1752

1470

Stundung und Niederschlagung von Forderungen des Landes und Einstellung des Einziehungsverfahrens

Der Erlaß vom 24. Februar 1955 — H 1001/55 — III a/7, abgedruckt in StAnz. S. 292, wird mit der Maßgabe neu erlassen, daß Abschn. II Ziffer 4 Abs. 1 wie folgt gefaßt wird:

„Ausgenommen von der Ermächtigung nach Ziffer 3 a sind die Fälle, in denen ein zivilrechtlicher Anspruch des Landes durch eine vorsätzliche strafbare Handlung des Schuldners entstanden ist.“

Wiesbaden, 24. 3. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
H 1000/69 — III A 1
StAnz. 43/1969 S. 1753

1471

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Verzeichnis der hessischen Krankenhäuser nach Pflegesatzgruppen (§ 1 der Verordnung über Gruppenpflegesätze für Krankenhäuser vom 25. Juli 1968 [GVBl. I S. 207], geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Gruppenpflegesätze für Krankenhäuser vom 29. Juli 1969 [GVBl. I S. 149])

Stand: 15. September 1969

Erläuterung:

- A — Anstaltskrankenhäuser
- B — Belegkrankenhäuser und Belegabteilungen
- k — kommunale Krankenhäuser
- f — freigemeinnützige Krankenhäuser
- p — private Krankenhäuser
- ö — öffentliche Krankenhäuser — Land —

Anstaltskrankenhäuser

Gruppe A 1

1. p Bad Wildungen, Klinik Glückauf
2. p Butzbach, Waldkrankenhaus
3. f Fliesen, St.-Katharinen-Krankenhaus
4. ö Gießen, Notaufnahmelager — Krankenhaus —
5. p Königstein i. Ts., Kindergenesungsheim Dr. Haenisch
6. p Korbach, Privatklinik Dr. Müller

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 1

1. f Bad Homburg v. d. H., Kath. Schwesternhaus, Krankenhaus
2. f Bad Homburg v. d. H., Krankenhaus Rotes Kreuz
3. k Haiger, Städtisches Krankenhaus
4. k Hungen, Städtisches Krankenhaus „Fendtsche Stiftung“
5. p Korbach, Privatklinik Waldhaus, Dr. Dumke
6. p Korbach, Chirurgische Klinik und Unfallklinik Dr. Thalmann
7. f Lorsch, Krankenhaus St. Josef
8. k Michelstadt, Städtisches Krankenhaus
9. p Schlüchtern, Kinzigtal-Frauenklinik
10. k Tann, Kreis Fulda, Städtisches Berta-Krankenhaus

Anstaltskrankenhäuser

Gruppe A 2 (1)

1. p Bad Homburg v. d. H., Klinik für Hals-Nasen-Ohren Dr. König
2. f Bad Schwalbach, Orthopädische Klinik

Gruppe A 2 (2)

1. k Fulda, Heilig-Geist-Krankenhaus

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 2 (1)

1. f Bad Hersfeld, St.-Elisabeth-Krankenhaus
2. f Bad Orb, Krankenhaus
3. p Darmstadt, Fachklinik für Hals-Nasen-Ohren Dr. Heuer
4. p Gersfeld, Sanatorium und Krankenhaus Dr. Siegmund
5. p Herborn, Privatklinik Dr. Tittel
6. p Lollar, Klinik Dr. Glock
7. f Salmünster, St.-Josef-Krankenhaus

Gruppe B 2 (2)

1. p Fulda, Klinik Dr. Poeschel
2. f Kronberg/Ts., Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus
3. f Laubach, Kreis Gießen, Laubacher Stift
4. f Volkmarzen, Elisabeth-Krankenhaus

Anstaltskrankenhäuser

Gruppe A 3 (1)

— — —

Gruppe A 3 (2)

1. f Nieder-Weisel, Johanniter-Krankenhaus
B — Gynäkologie, Innere Med.
A — übr. Abt.

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 3 (1)

1. p Darmstadt, Weber'sche Augenklinik
2. f Fulda, St.-Elisabethen-Klinik

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 3 (2)

1. p Frankfurt am Main, Krankenhaus Riederwald
2. f Fürstentagen, Krankenhaus
3. k Gedern, Bezirkskrankenhaus
4. f Hochheim a. M., St.-Elisabeth-Krankenhaus
5. f Kassel, Ludwig-Noll-Krankenhaus
6. f Königstein i. Ts., Krankenhaus
7. p Korbach, Klinik Dr. Niebel
8. k Lich, Städtisches Krankenhaus

9. f Nieder-Weisel, Johanniter-Krankenhaus
 B — Gynäkologie, Innere Med.
 A — übr. Abt.
10. f Schlitz, Hospital Schlitzerland
11. k Schotten, Städtisches Krankenhaus
12. k Usingen, Kreiskrankenhaus
13. f Wiesbaden, Krankenhaus „Bethanien“

Anstaltskrankenhäuser**Gruppe A 4 (1)**

1. f Marburg a. d. Lahn, Klinik St. Elisabeth
2. p Offenbach am Main, Privatklinik Dr. Frühauf
3. f Treysa, Hess. Brüderhaus e. V., Krankenhaus Anstalten Hephata, Chirurgie und Klinik für Neurologie und Psychiatrie

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen**Gruppe B 4 (1)**

1. f Ehringshausen, Kreis Wetzlar, Kaiserin-Auguste-Victoria-Krankenhaus
2. f Hadamar, St.-Anna-Krankenhaus
3. f Lampertheim, Evangelisches Krankenhaus
4. f Lampertheim, St.-Marien-Krankenhaus

Anstaltskrankenhäuser**Gruppe A 4 (2)**

1. k Bad Vilbel, Städtisches Krankenhaus
 B — HNO
 A — übr. Abt.
2. p Bensheim-Auerbach, Krankenanstalt Auerbach, Klinik für physikalische Medizin
3. k Braunfels, Kreiskrankenhaus „Falkeneck“
 B — HNO, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 A — übr. Abt.
4. f Büdingen, Mathilden-Hospital
 A — Innere Med.
 B — übr. Abt.
5. f Dornholzhausen/Ts., Versehrtenheim
6. k Eppstein, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med.
 B — Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe, HNO, Urologie
7. f Frankfurt am Main, Diakonissen-Krankenhaus
 B — Orthopädie, HNO
 A — übr. Abt.
8. p Hofheim a. Ts., Fachklinik für HNO-Krankheiten, Dr. Schullenberg
9. p Kassel, Urologische Klinik Dr. Meyer-Delpho
 A — Eigene Patienten
 B — Belegarzt-Patienten
10. p Melsungen, Klinik und klinisches Sanatorium Dr. Wittich
11. k Melsungen, Städtisches Krankenhaus
 A — Innere Med.
 B — Chirurgie, HNO

Anstaltskrankenhäuser**Gruppe A 4 (2)**

12. f Rotenburg a. d. Fulda, Kreiskrankenhaus
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 A — übr. Abt.
13. f Rüdeshheim am Rhein, St.-Josefs-Krankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Gynäkologie, Geburtshilfe
14. k Schlüchtern, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe

15. k Schotten, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Augen, HNO
16. k Seligenstadt, Kreiskrankenhaus
17. k Weilburg, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen**Gruppe B 4 (2)**

1. k Bad Vilbel, Städtisches Krankenhaus
 B — HNO
 A — übr. Abt.
2. f Biedenkopf, DRK-Krankenhaus
3. k Braunfels, Kreiskrankenhaus „Falkeneck“
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO
 A — übr. Abt.
4. f Büdingen, Mathilden-Hospital
 A — Innere Med.
 B — übr. Abt.
5. f Dieburg, Kreiskrankenhaus St. Rochus
6. k Eltville am Rhein, Städtisches Krankenhaus
7. k Eppstein, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med.
 B — Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe, HNO, Urologie
8. f Flörsheim, Marienkrankenhaus
9. f Frankfurt am Main, Diakonissen-Krankenhaus
 B — Orthopädie, HNO
 A — übr. Abt.
10. f Helmarshausen, Krankenhaus
11. k Heppenheim a. d. Bergstraße, Stadtkrankenhaus
12. p Kassel, Urologische Klinik Dr. Meyer-Delpho
 A — Eigene Patienten
 B — Belegarztpatienten
13. p Kassel, Frauenklinik Dr. Koch
14. k Melsungen, Städtisches Krankenhaus
 A — Innere Med.
 B — Chirurgie, HNO
15. p Offenbach am Main, Privatfrauenklinik Dr. Rauh
16. f Rotenburg a. d. Fulda, Kreiskrankenhaus
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 A — übr. Abt.
17. f Rüdeshheim am Rhein, St.-Josefs-Krankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Gynäkologie, Geburtshilfe
18. k Schlüchtern, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
19. k Schotten, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Augen, HNO
20. f Viernheim, St.-Josefs-Krankenhaus
21. k Weilburg, Kreiskrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie
 B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen

Anstaltskrankenhäuser**Gruppe A 5 (1)**

1. f Fritzlar, Hospital zum Hl. Geist
 B — HNO
 A — übr. Abt.
2. f Wehrda, Kreis Marburg, Diakonissenkrankenhaus
 B — HNO
 A — übr. Abt.

Gruppe A 5 (2)

1. f Gießen, Evangelisches Schwesternhaus
A — Chirurgie
B — übr. Abt.
2. p Kassel, Königin-Elena-Klinik

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 5 (1)

1. f Fritzlar, Hospital zum Hl. Geist
B — HNO
A — übr. Abt.
2. f Wehrda, Kreis Marburg, Diakoniekrankenhaus
B — HNO
A — übr. Abt.

Gruppe B 5 (2)

1. f Bensheim, Heilig-Geist-Hospital
2. f Gießen, Krankenhaus Balserische Stiftung
3. f Gießen, Evangelisches Schwesternhaus
A — Chirurgie
B — übr. Abt.
4. f Gießen, St.-Josefs-Krankenhaus

Anstaltskrankenhäuser

Gruppe A 5 (3)

1. k Alsfeld, Kreiskrankenhaus
A — Chirurgie
B — übr. Abt.
2. k Arolsen, Stadtkrankenhaus
B — HNO, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
A — übr. Abt.
3. k Bad Schwalbach, Kreiskrankenhaus
A — Innere Med.
B — übr. Abt.
4. k Erbach, Kreis Erbach, Kreiskrankenhaus
A — Innere Med., Chirurgie
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Augen, HNO
5. k Frankenberg/Eder, Kreiskrankenhaus
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen
A — übr. Abt.
6. k Friedberg, Städtisches Bürgerhospital
A — Innere Med., Chirurgie
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen
7. k Groß-Umstadt, Kreiskrankenhaus
A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
B — Urologie
8. k Hofgeismar, Kreiskrankenhaus
A — Innere Med., Chirurgie
B — übr. Abt.
9. f Hofheim a. Ts., St.-Marien-Krankenhaus
10. k Homberg, Bez. Kassel, Kreiskrankenhaus
B — HNO, Innere Med.
A — übr. Abt.
11. f Hünfeld, Bürgerhospital, St.-Elisabeth-Krankenhaus
A — Chirurgie
B — übr. Abt.
12. k Idstein, Kreiskrankenhaus
13. k Jugenheim a. d. Bergstraße, Kreiskrankenhaus
14. f Kassel, Elisabeth-Krankenhaus
B — HNO, Urologie
A — übr. Abt.
15. f Kassel, Marienkrankenhaus
A — Innere Med., Chirurgie
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Augen, HNO

16. k Korbach, Stadtkrankenhaus (Rüdiger- und Bangert-Stiftung)
B — Gynäkologie
A — übr. Abt.
17. f Lauterbach, Krankenhaus Eichhof
A — Innere Med., Chirurgie
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen, Pneumologie
18. f Wiesbaden, Augenheilanstalt
B — nur Belegbetten
A — übr. Abt.
19. k Wolfhagen, Kreis- und Stadtkrankenhaus
B — HNO, Geburtshilfe, Gynäkologie
A — übr. Abt.

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 5 (3)

1. k Alsfeld, Kreiskrankenhaus
A — Chirurgie
B — übr. Abt.
2. k Arolsen, Stadtkrankenhaus
B — HNO, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
A — übr. Abt.
3. k Bad Schwalbach, Kreiskrankenhaus
A — Innere Med.
B — übr. Abt.
4. f Darmstadt, Marienhospital
5. k Erbach, Kreis Erbach, Kreiskrankenhaus
A — Innere Med., Chirurgie
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Augen, HNO
6. k Frankenberg/Eder, Kreiskrankenhaus
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen
A — übr. Abt.
7. k Friedberg, Städtisches Bürgerhospital
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen
A — Innere Med., Chirurgie
8. k Groß-Umstadt, Kreiskrankenhaus
A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
B — Urologie
9. f Herborn, Friedrich-Zimmer-Krankenhaus
10. k Hofgeismar, Kreiskrankenhaus
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Kinderkrankheiten, HNO, Augen
A — übr. Abt.
11. k Homberg, Bez. Kassel, Kreiskrankenhaus
B — HNO, Innere Med.
A — übr. Abt.
12. f Hünfeld, Bürgerhospital, St.-Elisabeth-Krankenhaus
A — Chirurgie
B — übr. Abt.
13. f Kassel, Elisabeth-Krankenhaus
B — HNO, Urologie
A — übr. Abt.
14. f Kassel, Marienkrankenhaus
A — Innere Med., Chirurgie
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Augen, HNO
15. k Korbach, Stadtkrankenhaus (Rüdiger- und Bangert-Stiftung)
B — Gynäkologie
A — übr. Abt.
16. f Lauterbach, Krankenhaus Eichhof
A — Innere Med., Chirurgie
B — Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, HNO, Augen, Pneumologie
17. f Lindenfels, Luisen-Krankenhaus

18. f Wiesbaden, Augenheilstalt

B — nur Belegbetten
A — übr. Abt.

19. p Wiesbaden, Chirurgische und Unfallklinik Dr. Frère

20. f Wiesbaden, Rotes-Kreuz-Krankenhaus

21. k Wolfhagen, Kreis- und Stadtkrankenhaus

B — Geburtshilfe, Gynäkologie, HNO
A — übr. Abt.

Anstaltskrankenhäuser**Gruppe A 6 (1)**

1. f Fulda, Herz-Jesu-Krankenhaus

2. f Hanau, St.-Vincenz-Krankenhaus

B — Augen, HNO, Orthopädie, Urologie
A — übr. Abt.

3. f Kassel, Burgfeldkrankenhaus

B — Chirurgie (z. T.), HNO, Augen, Gynäkologie, Geburtshilfe, Röntgen, Innere Med. 12 Betten, für Dr. med. Mann bis zu seinem Ausscheiden
A — übr. Abt.

Gruppe A 6 (2)

1. f Kassel, Rotes-Kreuz-Krankenhaus

A — Chirurgie, Innere Med.
B — übr. Abt.

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen**Gruppe B 6 (1)**

1. f Hanau, St.-Vincenz-Krankenhaus

B — Augen, HNO, Orthopädie, Urologie
A — übr. Abt.

2. f Kassel, Burgfeldkrankenhaus

B — Chirurgie (z. T.), HNO, Augen, Gynäkologie, Geburtshilfe, Röntgen, Innere Med., 12 Betten für Dr. med. Mann bis zu seinem Ausscheiden
A — übr. Abt.

Gruppe B 6 (2)

1. f Kassel, Rotes-Kreuz-Krankenhaus

A — Chirurgie, Innere Med.
B — übr. Abt.

Anstaltskrankenhäuser**Gruppe A 6 (3)**

1. k Bad Nauheim, Städtisches Krankenhaus, Hochwaldstr.

B — HNO, Augen, Orthopädie
A — Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe

2. k Bad Wildungen, Stadtkrankenhaus

B — Frauenkrankheiten, HNO
A — übr. Abt.

3. f Darmstadt, Kinderkrankenhaus „Eleonorenhelm“

4. k Dillenburg, Kreiskrankenhaus

A — Chirurgie, Innere Med.
B — übr. Abt.

5. f Frankfurt am Main, Clementine-Kinder-Krankenhaus

6. f Frankfurt am Main, Krankenhaus der Barmherzigen Brüder

7. k Frankfurt am Main, Städtisches Kinderkrankenhaus

8. f Frankfurt am Main, Schwesternschaft vom Roten Kreuz 1866 e. V. — Krankenhaus —

A — Innere Med.
B — übr. Abt.

9. k Gelnhausen, Kreiskrankenhaus

B — Augen, HNO
A — übr. Abt.

10. k Groß-Gerau, Kreiskrankenhaus

A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe

B — HNO, Augen

11. f Kassel, Kinderkrankenhaus Park Schönfeld

A — Kinderkrankheiten

B — HNO, Mund, Kiefer, Orthopädie, Chirurgie

12. f Kassel, Kinderkrankenhaus „Zum Kind von Brabant“

A — Kinderkrankheiten

B — Chirurgie, HNO, Augen, Mund/Kiefer, Orthopädie

13. f Kassel, Kurhessisches Diakonissenhaus

A — Chirurgie, Innere Med., Röntgen

B — übr. Abt.

14. k Langen, Kreiskrankenhaus „Dreieich“

A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe

B — Augen, HNO

15. k Lich, Kreiskrankenhaus, Gießen,

16. f Wiesbaden, Krankenhaus Paulinenstiftung

B — HNO

A — übr. Abt.

17. k Witzenhausen, Kreis- und Stadtkrankenhaus

A — Innere Med., Chirurgie

B — übr. Abt.

18. k Ziegenhain, Kreiskrankenhaus

B — HNO

A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Urologie

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen**Gruppe B 6 (3)**

1. k Bad Nauheim, Städtisches Krankenhaus, Hochwaldstr.

B — HNO, Augen, Orthopädie

A — Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe

2. k Bad Wildungen, Stadtkrankenhaus

B — Frauenkrankheiten, HNO

A — übr. Abt.

3. f Darmstadt, Alice-Hospital vom Roten Kreuz

4. k Dillenburg, Kreiskrankenhaus

A — Chirurgie, Innere Med.
B — übr. Abt.

5. f Frankfurt am Main, Schwesternschaft vom Roten Kreuz 1866 e. V. — Krankenhaus —

A — Innere Med.
B — übr. Abt.

6. k Gelnhausen, Kreiskrankenhaus

B — Augen, HNO
A — übr. Abt.

7. k Groß-Gerau, Kreiskrankenhaus

A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe

B — HNO, Augen

8. f Kassel, Kinderkrankenhaus Park Schönfeld

A — Kinderkrankheiten

B — HNO, Mund Kiefer, Orthopädie, Chirurgie

9. f Kassel, Kinderkrankenhaus „Zum Kind von Brabant“

A — Kinderkrankheiten

B — Chirurgie, HNO, Augen, Mund Kiefer, Orthopädie

10. f Kassel, Kurhessisches Diakonissenhaus

A — Chirurgie, Innere Med., Röntgen

B — übr. Abt.

- 11. k Langen, Kreiskrankenhaus „Dreieich“
 - A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 - B — Augen, HNO
- 12. f Offenbach am Main, Ketteler-Krankenhaus
- 13. f Wiesbaden, Krankenhaus Paulinenstiftung
 - B — HNO
 - A — übr. Abt.
- 14. k Witzenhausen, Kreis- und Stadtkrankenhaus
 - A — Innere Med., Chirurgie
 - B — übr. Abt.
- 15. k Ziegenhain, Kreiskrankenhaus
 - B — HNO
 - A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Urologie

Anstaltskrankenhäuser

Gruppe A 7 (1)

- 1. f Bad Homburg v. d. H., Hirnverletztenheim
- 2. f Oberursel (Taunus), Klinik Hohe Mark

Gruppe A 7 (2)

- 1. f Frankfurt am Main, Krankenhaus Sachsenhausen

Gruppe A 7 (3)

- 1. f Darmstadt, Diakonissenhaus Elisabethenstift
- 2. f Frankfurt am Main, St.-Elisabethen-Krankenhaus
- 3. f Frankfurt am Main, Marienkrankenhaus
- 4. k Herborn, Orthopädische Klinik
- 5. k Wetzlar, Stadtkrankenhaus
 - B — Orthopädie, HNO
 - A — übr. Abt.

- 6. k Wiesbaden, Orthopädische Klinik

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 7 (1)

— — —

Gruppe B 7 (2)

— — —

Gruppe B 7 (3)

- 1. f Frankfurt am Main, Krankenhaus Maingau vom Roten Kreuz
- 2. f Frankfurt am Main, Krankenhaus Bethanien, Im Prüfling 23—25, und Am Mühlberg 30
- 3. k Wetzlar, Stadtkrankenhaus
 - B — Orthopädie, HNO
 - A — übr. Abt.

Anstaltskrankenhäuser

Gruppe A 7 (4)

- 1. k Bad Hersfeld, Kreiskrankenhaus
- 2. k Bad Homburg v. d. H., Kreiskrankenhaus Obertaunus
 - A — Innere Med., Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe
 - B — Kinderkrankheiten, HNO (auch Dr. Künzel), Augen, Röntgen, Orthopädie, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Gynäkologie (Dr. Bartsch)
- 3. k Bad Nauheim, Städt. Krankenhaus — Innere Klinik — Konitzkystift
- 4. k Eschwege, Kreiskrankenhaus
 - B — Kinderkrankheiten, HNO, Orthopädie
 - A — übr. Abt.
- 5. f Frankfurt am Main, Bürgerhospital
- 6. f Frankfurt am Main, Hospital z. hl. Geist
 - A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Röntgen, Urologie
 - B — HNO, Augen, Orthopädie

- 7. f Frankfurt a. Main, St.-Katharinen-Krankenhaus GmbH
 - A — Innere Med., Chirurgie, Augen, Mund/Kiefer, Frauenkrankheiten, Nerven, Röntgen,
 - B — HNO, Urologie

- 8. f Frankfurt am Main, St.-Markus-Krankenhaus
 - A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Nerven, Röntgen
 - B — HNO, Augen, Orthopädie, Kinderkrankheiten, Urologie

- 9. k Hanau, Stadtkrankenhaus
 - B — Kinderkrankheiten, HNO, Augen, Haut- und Geschlechtskrankheiten
 - A — übr. Abt.

- 10. f Hess.-Lichtenau, Orthopädische Klinik und Reha-
bilitationszentrum der Inneren Mission e. V., Hess.-Lichtenau

- 11. k Kassel, Orthopädische Klinik

- 12. f Limburg a. d. Lahn, St.-Vincenz-Hospital
 - A — Chirurgie, Innere Med., Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 - B — Kinderkrankheiten, HNO, Urologie, Röntgen, Orthopädie

- 13. k Rüsselsheim, Stadtkrankenhaus

- 14. f Wiesbaden, St.-Josefs-Hospital
 - A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 - B — HNO

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen

Gruppe B 7 (4)

- 1. k Bad Homburg v. d. H., Kreiskrankenhaus Obertaunus
 - A — Innere Med., Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe
 - B — Kinderkrankheiten, HNO (auch Dr. Künzel), Augen, Röntgen, Orthopädie, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Gynäkologie (Dr. Bartsch)
- 2. k Eschwege, Kreiskrankenhaus
 - B — Kinderkrankheiten, HNO, Orthopädie
 - A — übr. Abt.
- 3. f Frankfurt am Main, Hospital zum hl. Geist
 - A — Innere Med., Chirurgie, Urologie, Frauenkrankheiten, Röntgen
 - B — HNO, Augen, Orthopädie
- 4. f Frankfurt a. Main, St.-Katharinen-Krankenhaus GmbH
 - A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Nerven, Röntgen, Augen, Mund/Kiefer
 - B — HNO, Urologie
- 5. f Frankfurt am Main, St.-Markus-Krankenhaus
 - A — Innere Med., Frauenkrankheiten, Röntgen, Chirurgie, Nerven
 - B — HNO, Augen, Orthopädie, Kinderkrankheiten, Urologie
- 6. k Hanau, Stadtkrankenhaus
 - B — Kinderkrankheiten, HNO, Augen, Haut- und Geschlechtskrankheiten
 - A — übr. Abt.

7. f Limburg a. d. Lahn, St.-Vincenz-Hospital
 A — Chirurgie, Innere Med., Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 B — Kinderkrankheiten, HNO, Urologie, Röntgen, Orthopädie
8. f Wiesbaden, St.-Josefs-Hospital
 A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe
 B — HNO

Anstaltskrankenhäuser**Gruppe A 8**

1. k Darmstadt, Städtische Kliniken
2. k Frankfurt am Main-Höchst, Städtisches Krankenhaus
 B — HNO
 A — übr. Abt.
3. f Frankfurt am Main-Niederrad, Orthopädische Universitätsklinik Friedrichsheim
4. f Frankfurt am Main-Praunheim, Nord-West-Krankenhaus der Stiftung Hospital zum Hl. Geist
5. ö Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Kliniken der Johann Wolfgang Goethe-Universität
6. k Fulda, Städtisches Krankenhaus
 B — Augen
 A — übr. Abt.
7. ö Gießen, Kliniken der Justus Liebig-Universität
8. k Kassel, Stadtkrankenhaus einschl. neurologisch-psychiatrische Abteilung
9. ö Marburg a. d. Lahn, Kliniken der Philipps-Universität
10. k Offenbach am Main, Stadtkrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Kinderkrankheiten, Urologie
 B — Augen, HNO
11. k Wiesbaden, Kliniken der Landeshauptstadt Wiesbaden

Belegkrankenhäuser oder -abteilungen**Gruppe B 8**

1. k Fulda, Städtisches Krankenhaus
 B — Augen
 A — übr. Abt.
2. k Frankfurt am Main-Höchst, Städtisches Krankenhaus
 B — HNO
 A — übr. Abt.
3. k Offenbach am Main, Stadtkrankenhaus
 A — Innere Med., Chirurgie, Frauenkrankheiten, Geburtshilfe, Kinderkrankheiten, Urologie
 B — Augen, HNO

Wiesbaden, 16. 9. 1969

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Verkehr**
 II c 2 — 75 — Y 5 c — 69
StAnz. 43/1969 S. 1753

1472

Hessisches Landesamt für Straßenbau
 62 Wiesbaden

Richtlinien für die Abgabe und Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken der Bundesstraßenverwaltung

Bezug: 1. Schreiben des Bundesministers für Verkehr vom 14. 10. 1964 — StB 13 — La 221 Vms 64 —
 2. Schreiben des Bundesministers für Verkehr vom 11. 3. 1968 — StB 13 — La 45 Sch 67 —

Mit dem Bezugsschreiben zu 1. hat der Herr Bundesminister für Verkehr die

„Richtlinien für die Abgabe und Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken der Bundesstraßenverwaltung (zu § 9 Abs. 1 und 2 der 2. AVVFStr)“ bekanntgegeben.

Ich bitte, bei Grundstücksgeschäften hiernach zu verfahren. Nach Nr. 4 der Richtlinien vom 14. 10. 1964 übertrage ich Ihnen die Befugnis, über die Abgabe von Grundstücken der Bundesstraßenverwaltung an das allgemeine Kapital- und Sachvermögen des Bundes zu entscheiden.

Hinsichtlich des Verfahrens bei der Abgabe von Grundstücken des allgemeinen Kapital- und Sachvermögens an die Bundesstraßenverwaltung ist das Bezugsschreiben zu 2. sowie das Schreiben des Herrn Bundesschatzministers vom 20. 12. 1967 — II A/1 — VV 100 — 7/67 — zu beachten.

Meine Erlasse vom 20. 11. 1964 — Z 3 b — 35 a — 06 — 27 B und vom 22. 4. 1968 — I c 3 — 35 a — 06 — 27 B (nicht veröffentlicht) werden hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 10. 10. 1969

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Verkehr**

I c 3 — 35 a — 06—04 B

Im Auftrag

gez. L o m m a t z s c h

StAnz. 43/1969 S. 1758

*

Anlage 1

An die obersten Straßenbaubehörden der Länder mit Nebenabdrucken für die Regierungen oder Mittelbehörden, die Straßenbauämter, die Autobahnämter, die Rechnungshöfe der Länder

Nachrichtlich:

An den Bundesrechnungshof

6 Frankfurt/Main

Berliner Str. 51

Betr.: **Richtlinien für die Abgabe und Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken der Bundesstraßenverwaltung**

Anlg.: — 1 —

Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister der Finanzen und dem Bundesrechnungshof habe ich Richtlinien über die Abgabe und Veräußerung von Grundstücken der Bundesstraßenverwaltung aufgestellt. In der Anlage übersende ich die Richtlinien mit der Bitte, hiernach im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen zu verfahren. Ich weise besonders darauf hin, daß Grundstücke, die nicht mehr für Zwecke der Bundesstraßenverwaltung benötigt werden und sich insbesondere nicht als Ersatzgelände eignen, grundsätzlich an die zuständige Oberfinanzdirektion abzugeben sind.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung besteht in Nr. 15 der Richtlinien die Möglichkeit, die in § 9 Abs. 1 Satz 1 der 2. AVVFStr den obersten Straßenbaubehörden der Länder erteilte Ermächtigung zum Verkauf von Grundstücken von geringer Größe und einem Verkehrswert von nicht mehr als 10 000 DM in dem Umfang auf Mittelbehörden zu delegieren, wie diese zur Veräußerung landeseigener Grundstücke zuständig sind. Soweit Flächen, die über den Anschlag und den dauernden Bedarf hinaus aus den für eine Baumaßnahme zugewiesenen Haushaltsmitteln erworben worden sind, vor Abschluß der Rechnung über die Baumaßnahme wiederveräußert werden sollen (§ 71 Abs. 2 RHO), wurde die Zuständigkeit der Länder zum Verkauf auf 50 000 DM erweitert.

Unklarheiten bestanden bisher teilweise, was unter Tausch im Sinne von § 47 Abs. 6 RHO zu verstehen ist, und welche Grundstücksgeschäfte kein Tausch im Sinne dieser Bestimmung sind. Hierzu ist in Nr. 20 und 21 der Richtlinien eine Klarstellung erfolgt.

Bonn, 14. 10. 1964

Der Bundesminister für Verkehr

StB 13 — La 221 Vms 64

Im Auftrag

E y m a n n

*

Anlage 2

Richtlinien für die Abgabe und Veräußerung von Grundstücken der Bundesstraßenverwaltung (zu § 9 Abs. 1 und 2 der 2. AVVFStr)

Diese Richtlinien gelten für die Abgabe und Veräußerung von Grundstücken und Grundstücksteilen (nachfolgend Grundstücke genannt) der Bundesrepublik Deutschland — Bundesstraßenverwaltung —.

A) Abgabe von Grundstücken

I. Abgabe zum allgemeinen Kapital- und Sachvermögen des Bundes

1. Grundstücke, die nicht mehr für Zwecke der Bundesstraßenverwaltung benötigt werden, sind grundsätzlich der zuständigen Oberfinanzdirektion — Bundesvermögens- und Bauabteilung — zur Verfügung zu stellen. Ein Wertausgleich findet nicht statt (§ 1 Abs. 1 Satz 2 und § 8 der Anlage 3 zu § 57 RWB).

2. Ob Grundstücke entbehrlich sind, muß unter Berücksichtigung der Planungen für künftige Neu- und Ausbaumaßnahmen sorgfältig geprüft werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, ob Grundstücke in absehbarer Zeit im Rahmen des Grunderwerbs für eine Straßenbaumaßnahme als Ersatzland verwendet oder in ein Flurbereinigungsverfahren eingebracht werden können.

3. Nicht abgegeben werden dürfen Grundstücke, die zur Erhaltung der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs auf der Straße, insbesondere zur Sichtverbesserung, erforderlich sind.

4. Die Entscheidung über die Abgabe soll die oberste Straßenbaubehörde oder die von ihr bestimmte Mittelbehörde treffen.

5. Zwischen der abgebenden und der übernehmenden Verwaltung ist eine Verwaltungsvereinbarung zu schließen. Bei der Abgabe ist § 34 der Buchführungs- und Rechnungslegungsordnung für das Vermögen des Bundes (VBRO) zu beachten. Unter Ziff. 1 der Übergabebeschein nach Muster 8 VBRO sind die Grundstücke kataster- und grundbuchmäßig zu bezeichnen. Mit dem Übergabebeschein sind der übernehmenden Verwaltung alle für die Grundstücksakte (§ 67 Abs. 1 VBRO) benötigten Unterlagen, insbesondere die Unterlagen über etwa bestehende besondere Rechtsverhältnisse an den Grundstücken, zu übergeben.

6. Berechtigte Interessen der Bundesstraßenverwaltung an der künftigen Verwendung der abgegebenen Grundstücke sind der Oberfinanzdirektion — Bundesvermögens- und Bauabteilung — mitzuteilen, oder in die Verwaltungsvereinbarung aufzunehmen. Dies ist insbesondere dann erforderlich, wenn bei einer etwaigen künftigen Veräußerung oder Verpachtung der abgegebenen Flächen aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs bestimmte Nebenabreden in den Vertrag aufzunehmen sind, oder wenn vom Erwerber eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Bundesrepublik Deutschland — Bundesstraßenverwaltung — gefordert werden muß, um neben den Bundesfernstraßen bauliche Anlagen, Reklame, Verkaufsstände und dergl. zu verhindern. In begründeten Fällen kann auch die Beteiligung der abgebenden Behörde bei der Aufstellung eines Vertragsentwurfes vorbehalten werden.

II. Abgabe zum Verwaltungsvermögen anderer Bundesverwaltungen

7. Für sonstige Bundesaufgaben im Bereich anderer Verwaltungen dürfen Grundstücke, die für Zwecke der Bundesstraßenverwaltung nicht mehr benötigt werden (vgl. hierzu Nr. 2 und 3), nur mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen unmittelbar durch Verwaltungsvereinbarung abgegeben werden (§ 1 Abs. 1 Satz 4 der Anlage 3 RWB).

8. Die Zustimmung ist beim Bundesminister für Verkehr zu beantragen. Dabei sind die kataster- und grundbuchmäßig genauen Bezeichnungen der Grundstücke und ihre bisherige Verwendung anzugeben. Lagepläne sind beizufügen.

9. Von der übernehmenden Verwaltung ist bei dauernder Abgabe der Verkehrswert des abgegebenen Grundstücks zu erstatten. Der Gegenwert ist als Einnahme zu buchen; auf § 37 Abs. 2 VBRO wird hingewiesen.

Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen kann von der Erstattung des Gegenwertes abgesehen werden (§ 65 Absatz 2 Satz 1 RHO). Im letzteren Falle ist sinngemäß nach Nr. 5 dieser Richtlinien zu verfahren.

Bei dauernder Abgabe an Sondervermögen des Bundes (Bundespost, Bundesbahn) ist stets Erstattung des Verkehrswertes (= voller Wert im Sinne von § 2 der Anlage 3 RWB) zu verlangen.

10. Ist bei der Abgabe ein Wertausgleich vorgesehen, so ist bei Einholung der Zustimmung der Verkehrswert des abzugebenden Grundstücks mitzuteilen und eine gutachtliche Äußerung der zuständigen Oberfinanzdirektion zur Höhe des Verkehrswertes beizufügen.

Der Verkehrswert bemißt sich für den Grund und Boden nach vergleichbaren ortsüblichen Grundstückspreisen. Der Wert der Hochbauten ist auf der Grundlage des Sach- oder Ertragswertes zu ermitteln. Bei der Ermittlung des Verkehrswertes

sind die „Verordnung über Grundsätze für die Ermittlung des Verkehrswertes von Grundstücken“ vom 7. 8. 1961 (BGBl. I S. 1183) in Verbindung mit den „Richtlinien für die Ermittlung des Wertes beim An- und Verkauf von Grundstücken im Verkehr mit Bundesbehörden“ in der jeweils geltenden Fassung zugrunde zu legen.

11. Bei vorübergehender Überlassung von Grundstücken an eine andere Bundesverwaltung (z. B. zur Verwendung als Lagerplatz während einer Baumaßnahme) ist eine Nutzungsvereinbarung zu treffen. Nutzungsentgelte sind in diesen Fällen nicht zu erheben. Bei der vorübergehenden Überlassung an ein Sondervermögen des Bundes (Bundespost, Bundesbahn) oder an einen Betrieb nach § 15 RHO ist ein Entgelt nach den ortsüblichen Miet- oder Pachtsätzen zu vereinbaren.

B) Veräußerung von Grundstücken

I. Verkauf

a) allgemein

12. Abweichend von Nr. 1 können in Ausnahmefällen Grundstücke, die nicht mehr für Aufgaben der Bundesstraßenverwaltung benötigt werden (vgl. hierzu Nr. 2 und 3) unmittelbar veräußert werden. Dies soll grundsätzlich nur geschehen, wenn die Flächen mit Nachbargrundstücken zusammengelegt oder einer gärtnerischen, land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden sollen. Grundstücke, die als Bauland oder für Gewerbe Zwecke geeignet sind, sollen in der Regel an die Oberfinanzdirektion — Bundesvermögens- und Bauabteilung — abgegeben werden. Etwaige Kaufbewerber sind dorthin zu verweisen.

13. In die Kaufverträge sind die aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs erforderlichen Bedingungen aufzunehmen (vgl. Nr. 6).

14. Als Verkaufspreis ist der Verkehrswert im Zeitpunkt der Veräußerung zugrunde zu legen. Für die Ermittlung des Verkehrswertes ist Nr. 10 Abs. 2 maßgebend.

Der Verkaufserlös ist als Einnahme zu buchen; auf § 37 Abs. 2 VBRO wird hingewiesen.

15. Über den Verkauf entscheiden bei Grundstücken von geringer Größe und einem Verkehrswert von nicht mehr als 10 000 DM die obersten Straßenbaubehörden der Länder (§ 9 Abs. 2 S. 1 der 2. AVVFSt). Es bestehen keine Bedenken, wenn die obersten Straßenbaubehörden der Länder im Rahmen dieser Ermächtigung die Befugnis zum Verkauf in dem Umfang auf Mittelbehörden übertragen, wie diese zur Veräußerung landeseigener Grundstücke zuständig sind.

In den übrigen Fällen ist die Zustimmung des Bundesministers der Finanzen erforderlich; sie ist auch dann einzuholen, wenn ausnahmsweise ein Grundstück, zu dessen Veräußerung sonst eine oberste Landesstraßenbaubehörde oder die von ihr bestimmte Mittelbehörde zuständig wäre, unter dem Verkehrswert verkauft werden soll. Die Zustimmung ist beim Bundesminister für Verkehr zu beantragen. Neben dem Nachweis des Verkehrswertes (vgl. Nr. 10 Abs. 1) sind die in Nr. 8 aufgeführten Unterlagen beizufügen.

16. Sollen Grundstücke an ein Land oder an Bedienstete eines Landes veräußert werden, ist in jedem Falle die Genehmigung beim Bundesminister für Verkehr einzuholen. Entsprechendes gilt für die Veräußerung von Grundstücken an eine Selbstverwaltungskörperschaft, die nach Landesrecht Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes verwaltet, sowie an deren Bedienstete.

b) Verkauf vor Abschluß der Rechnung über eine Baumaßnahme

17. Mußten im Zusammenhang mit dem Grunderwerb für eine Straßenbaumaßnahme Flächen über den Anschlag und den dauernden Bedarf hinaus aus den für die Baumaßnahme zugewiesenen Haushaltsmitteln erworben werden (z. B. weil der betroffene Grundstückseigentümer einen Übernahmeanspruch geltend machen konnte), so darf gemäß § 71 Abs. 2 RHO der Erlös aus der Wiederveräußerung dieser Flächen in Höhe des beim Erwerb aufgewendeten Betrages von den Ausgaben abgesetzt werden, solange die Rechnung über die Baumaßnahme noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Ein Mehrerlös ist gesondert zu buchen; die Buchungsstelle ist beim Bundesminister für Verkehr zu erfragen. Auf §§ 33 und 37 VBRO wird hingewiesen.

18. Die Entbehrlichkeit der Flächen ist nach Nr. 2 und 3 zu prüfen. Auch ist zuvor bei der zuständigen Oberfinanzdirektion — Bundesvermögens- und Bauabteilung — festzustellen, ob die Flächen noch für andere Bundesaufgaben benötigt werden. Im Falle der Wiederveräußerung sind Nr. 10 Abs. 2 und Nr. 13 zu beachten.

19. Abweichend von Nr. 15 Abs. 1 Satz 1 werden die obersten Straßenbaubehörden ermächtigt, über die Wiederveräußerung von Grundstücken bis zum Verkehrswert von 50 000 DM zu entscheiden. Im übrigen gelten Nr. 15 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 sowie Nr. 16 entsprechend.

II. Tausch

20. Nach § 47 Abs. 6 RHO ist ein Tausch von Grundstücken nur zulässig, wenn er aus wirtschaftlichen Rücksichten geboten ist. Als Tausch sind grundsätzlich Rechtsgeschäfte anzusehen, die die Hingabe von dem Bund gehörenden Grundstücken gegen den Empfang anderer Grundstücke bezwecken.

21. Kein Tausch im Sinne von § 47 Abs. 6 RHO ist ein sogen. Doppelgeschäft (Kauf und Verkauf). Hierunter fallen Grundstücksgeschäfte über Flächen,

- a) die als Ersatzland im Rahmen des Grunderwerbs gegeben werden und für diesen Zweck erworben worden sind;
- b) die beim Grunderwerb für eine Straßenbaumaßnahme über den Anschlag und den dauernden Bedarf hinaus erworben werden mußten, weil eine Übernahmeverpflichtung bestand, und danach als Ersatzland verwendet werden.

Bei einem solchen Doppelgeschäft sind die vereinbarten Kaufpreise für die beiderseits hingegabenen Grundstücke haushaltsmäßig in voller Höhe zu erfassen, also nicht nur ein durch Barzahlung auszugleichender etwaiger Differenzbetrag, sondern auch die durch Aufrechnung getilgten Teile der Kaufpreise (Verbuchung nach dem Bruttoprinzip).

22. Ein Tausch von Grundstücken bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen (§ 47 Abs. 6 RHO). Im übrigen gelten Nr. 8, 10 und 13 entsprechend. Die Wertermittlung ist für beide Grundstücke durchzuführen.

23. Hinsichtlich der Buchung in der Geldrechnung und Vermögensrechnung ist bei Tauschgeschäften wie folgt zu verfahren:

1. Geldrechnung:

- a) Deckt sich der Wert des hingegabenen Grundstücks mit dem des empfangenen Grundstücks, dann ist eine Buchung des Wertes in Einnahme und Ausgabe entbehrlich. Zur rechnungsmäßigen Kontrolle ist der Tausch jedoch in einer besonderen Nachweisung zur Bundeshaushaltsrechnung nach dem unten angegebenen Muster aufzuführen.
- b) Verbleiben bei einem Tauschgeschäft in bar auszugleichende Spitzenbeträge, so sind diese an der vorgesehenen Verbuchungsstelle in Einnahme oder in Ausgabe nachzuweisen. Der Tausch als solcher ist ebenfalls in der vorgenannten Nachweisung aufzuführen. Hierbei ist ebenfalls in der Spalte „Bemerkungen“ ein Hinweis auf die Verbuchungsstelle, bei der der in bar auszugleichene Spitzenbetrag in Einnahme oder in Ausgabe erscheint, und umgekehrt bei der Verbuchungsstelle ein Hinweis auf die laufende Nummer der Nachweisung aufzunehmen.

Nachweisung
über die im Rechnungsjahr
vorgenommenen Tauschgeschäfte
(§ 47 Abs. 6 RHO)

Lfd. Nr.	Bezeichnung des hingegabenen Grundstücks	Wert des hingegabenen Grundstücks	Bezeichnung des eingetauschten Grundstücks	Wert des eingetauschten Grundstücks	Zustimmung mit Schr. des BMV Nr. vom	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7

2. Vermögensrechnung

- a) Deckt sich der Buchwert des auszutauschenden Grundstücks mit dem Tauschwert, so ist auf dem Vermögenskonto der Buchwert als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung nachzuweisen. Auf dem für das neue Grundstück eingerichteten Vermögenskonto ist mit gleichem Wertansatz ein Zugang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.
- b) Weicht der Wert des auszutauschenden Grundstücks von dem auf dem Vermögenskonto nachgewiesenen Buchwert ab, so ist gemäß § 33 VBRO der Buchwert vor der Buchung des Abgangs zu berichtigen.

c) In bar auszugleichende Spitzenbeträge sind auf den Vermögenskonten als Zugänge oder Abgänge mit haushaltsmäßiger Zahlung nachzuweisen.

*

Anlage 3

An die obersten Straßenbaubehörden der Länder mit Nebenabdrucken für die Regierungen oder Mittelbehörden nachrichtlich:

An den Bundesrechnungshof
6 Frankfurt/Main
Berliner Straße 51

Betr.: Vereinfachung des Verfahrens bei der Abgabe von Grundstücken nach § 1 der Anlage 3 RWB für Zwecke der Bundesstraßenverwaltung

Anlg.: — 1 —

Der Herr Bundesminister der Finanzen hat sich bis auf weiteres damit einverstanden erklärt, daß Grundstücke aus dem Allgemeinen Kapital- und Sachvermögen des Bundes an die Bundesstraßenverwaltung ohne Erstattung des Gegenwertes abgegeben werden, wenn sie

- a) unmittelbar für Straßenzwecke, nicht als Ersatzland verwendet werden sollen oder
- b) von der Bundesstraßenverwaltung zum Allgemeinen Kapital- und Sachvermögen des Bundes unentgeltlich abgegeben worden sind und zur Verwendung unmittelbar für Straßenzwecke oder zur Verwendung als Ersatzland zurückverlangt werden.

Der Herr Bundesschatzminister hat die Oberfinanzdirektionen ermächtigt, über die Abgabe selbst zu entscheiden, wenn der Wert des Grundstücks 100 000 DM nicht überschreitet. Bei einem höheren Wert hat er sich zunächst die Entscheidung vorbehalten.

Ich bitte, entsprechende Anträge in allen Fällen der Oberfinanzdirektion zuzuleiten. Der Nachweis, daß das Grundstück unmittelbar für Straßenzwecke verwendet werden soll, kann durch eine entsprechende Bescheinigung der obersten Landesstraßenbaubehörde oder durch einen Auszug aus dem Planfeststellungsbeschluß geführt werden.

Nicht benötigte Restflächen sind dem Allgemeinen Kapital- und Sachvermögen zurückzugeben. Als Ersatzland verwendete Restflächen müssen in den Fällen zu a) dem Allgemeinen Kapital- und Sachvermögen bezahlt werden.

Eine Abschrift des BV-Erlasses Nr. 5/67 an die Oberfinanzdirektionen ist zur Unterrichtung beigelegt.

Bonn, 11. 3. 1968

Der Bundesminister für Verkehr
StP 13 — La — 45 Sch 67
Im Auftrag
E y m a n n

*

Anlage 4

An alle Oberfinanzdirektionen

An die Sondervermögens- und Bauverwaltung bei der Oberfinanzdirektion Berlin
1 Berlin 12

An den Herrn Bundesminister der Finanzen
— Ref. I A/7 —
— Ref. II B/1 —
— Ref. II B/2 —

53 Bonn

An den Bundesrechnungshof
6 Frankfurt/Main

BV-Erlaß Nr. 5/67

Betr.: Vereinfachung des Verfahrens bei der Abgabe von Grundstücken des Allgemeinen Kapital- und Sachvermögens an die Bundesstraßenverwaltung

1.

Das Verfahren bei der Abgabe von Grundstücken des Allgemeinen Kapital- und Sachvermögens an die Bundesstraßenverwaltung wird wesentlich durch die besonderen Organisationsverhältnisse der Bundesstraßenverwaltung bestimmt.

Zur Geschäftserleichterung in diesen Fällen hat der Herr Bundesminister der Finanzen mit Schreiben vom 25. 7. 1967 allgemein seine Zustimmung gemäß § 65 (2) RHO dazu erteilt, daß Grundstücke des Allgemeinen Kapital- und Sachvermögens an die Bundesstraßenverwaltung für unmittelbare Straßenbauzwecke unentgeltlich abgegeben werden.

Es ist somit künftig allgemein bei dauernden Abgaben in das Ressortvermögen der Bundesstraßenverwaltung von einer Erstattung des Grundstückswerts und bei etwaigen vorübergehenden Abgaben an diesen Verwaltungszweig von der Erhebung eines Entgeltes in Höhe des entsprechenden Miet- oder Pachtzins abzusehen.

Die vorstehende Regelung vereinfacht insbesondere das Verfahren in der Ministerialinstanz.

2.

Im Interesse der in diesen Fällen auch für die Mittelinstanz gebotenen Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges ermächtige ich hiermit im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr und dem Herrn Bundesminister der Finanzen die Oberfinanzdirektionen, Grundstücke des Allgemeinen Kapital- und Sachvermögens, die unmittelbar für Straßenbauzwecke benötigt werden, in eigener Zuständigkeit an die Bundesstraßenverwaltung unentgeltlich abzugeben, sofern

- a) bei dauernden und bei vorübergehenden Abgaben der Grundstückswert den Betrag von 100 000,— DM nicht übersteigt und
- b) die anfordernden Dienststellen der Auftragsverwaltung eine Bestätigung der obersten Straßenbaubehörde des Landes oder einen Auszug aus dem Planfeststellungsbeschuß vorlegen, aus denen sich die Notwendigkeit und die Angemessenheit der beantragten Abgaben eindeutig ergeben.

3.

Grundstücke, die den Oberfinanzdirektionen zu einem früheren Zeitpunkt von der Bundesstraßenverwaltung gemäß § 1 Abs. 1 S. 2 der Anlg. 3 RWB zur Verfügung gestellt wurden und noch verfügbar sind, dürfen an die Bundesstraßenverwaltung auch dann unentgeltlich abgegeben werden, wenn sie nicht unmittelbar für Straßenbauzwecke, sondern als Ersatzland benötigt werden.

Anderes als Ersatzland benötigte Grundstücke des Allgemeinen Kapital- und Sachvermögens dürfen nur gegen Wertersatzung an die Bundesstraßenverwaltung abgegeben werden.

Die Wertgrenze von 100 000,— DM für die Zuständigkeit der Oberfinanzdirektionen gilt auch in diesen Fällen.

4.

In den Fällen, in denen die vorgenannte Wertgrenze überschritten wird, sind mir die Abgabeanträge der Bundesstraßenverwaltung mit Ihrer Stellungnahme zur Zustimmung zuzuleiten.

Auch in Zweifelsfällen oder in Fällen, in denen bei Interessensüberschneidungen mit anderen Bedarfsträgern eine Einigung auf örtlicher Ebene nicht erreicht werden kann, ist meine Entscheidung einzuholen.

Den Berichtsvorlagen sind jeweils die unter vorst. Ziff. 2 (Buchst. b) genannten Nachweise beizufügen.

5.

Jeweils nach Durchführung einer dauernden oder vorübergehenden Abgabe an die Bundesstraßenverwaltung bitte ich mir 2 Durchschriften der Abgabvereinbarung zu übersenden. Auf den Vereinbarungen ist zu vermerken, welche der unter Ziff. 2 b) genannten Unterlagen der anfordernden Behörden vorgelegt haben.

Bei Abgaben an andere Verwaltungszweige des Bundes ist mir wie bisher jeweils nur 1 Durchschrift der Abgabvereinbarung vorzulegen.

Für Abgaben über die Übernahme von Grundstücken, die für Verwaltungszwecke nicht mehr benötigt werden, durch die Oberfinanzdirektionen gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Anlg. 3 RWB, gilt weiterhin mein Erlaß vom 18. 7. 1967 — II A/1 — VV 2492 — 30/67. Anzeige in einfacher Form mit Verwertervermerk ohne Anlagen.

6.

Die Regelungen über die Ermittlung, Berechnung und Zahlung von Mieten für Geschäftsräume der Auftragsverwaltung

in bundeseigenen Liegenschaften gemäß dem den Oberfinanzdirektionen mit Erlaß vom 27. 9. 1967 — II A/1 — VV 2200 — 4/67 — zugegangenen Schreiben des Herrn Bundesministers für Verkehr vom 26. 7. 1967 werden durch diesen Erlaß nicht berührt.

Bad Godesberg, 20. 12. 1967

Der Bundesschatzminister

II A.1 — VV 1100 — 7 67

Im Auftrag

Fehrenz

VV 2492 — 30/67

1473

Widmung einer Neubaustrecke der Bundesautobahn Dortmund—Gießen (A 13) einschließlich der Bundesautobahn-Anschlußstellen Dillenburg, Herborm-West und Herborm-Süd im Dillkreis, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Dillkreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Teilstrecke der Bundesautobahn Dortmund—Gießen (A 13)

von km 136,300 bis km 148,550 = 12.250 km

sowie die neugebauten Bundesautobahn-Anschlußstellen Dillenburg, Herborm-West und Herborm-Süd erhalten mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 die Eigenschaft einer Bundesautobahn und werden Bestandteile der Bundesautobahn Dortmund—Gießen (A 13) (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741).

2. Der mit Wirkung vom 1. September 1969 gewidmete Anschlußarm an die Bundesstraße 277 alt bei Dillenburg wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 eingezogen, da dieser mit der Widmung der Bundesautobahn-Anschlußstelle Dillenburg für den Verkehr entbehrlich geworden ist.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 2. 10. 1969

Der Hessische Minister

für Wirtschaft und Verkehr

III b 3 — Az.: 63 a 30

StAnz. 43/1969 S. 1761

1474

Wirtschaftsprüferordnung

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. 7. 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

1. **Als Wirtschaftsprüfer sind am 6. 10. 1969**

öffentlich bestellt worden:

- a) Dipl.-Kfm. Dr. Gustav Göttelmann, Frankfurt/M.,
- b) Dipl.-Kfm. Hans-Dieter Papzien, Frankfurt/M.,
- c) Dipl.-Volkswirt Dr. Karl Schulze, Frankfurt/M.,
- d) Dipl.-Kfm. Karl Sohl, Frankfurt/M.;

2. **Als Wirtschaftsprüfer wurde am 10. 6. 1969**

öffentlich wiederbestellt:

Rudolf Feldmann, Bad Homburg v. d. H.;

3. **Die folgenden öffentlichen Bestellungen als**

Wirtschaftsprüfer sind erloschen:

- a) Dr. jur. Eugen Engling, Frankfurt/M., durch Tod am 29. 7. 1969,
- b) Willy Erle, Kassel, durch Tod am 31. 5. 1969.

Wiesbaden, 7. 10. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr

I b 1 — WP — 01 o — 69

StAnz. 43/1969 S. 1761

10. **Nr. 201/152** — Zweiter Änderungstarifvertrag vom 28. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 7. 1969/Beginn des Forstwirtschaftsjahres 1969/70 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Waldarbeiter in den Staatsforsten der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (VersTV-W) vom 4. 11. 1966.
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Nordmark.
11. **Nr. 303/149** — Tarifvertrag vom 11. 3. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 6. 5. 1968 (u. a. Deputatabfindung).
12. **Nr. 303/150** — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 11. 3. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969.
Zu 11. und 12. abgeschlossen mit der IG Bergbau und Energie.
13. **Nr. 303/152** — Tarifvertrag vom 11. 3. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 9. 5. 1968 (u. a. Deputatabfindung).
14. **Nr. 303/153** — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 11. 3. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969.
Zu 13. und 14. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand — Bundesberufsgruppe Bergbauangestellte.
Zu 11. bis 14. betr. Angestellte und Lehrlinge im Braunkohlenbergbau im Lande Hessen.
15. **Nr. 303/151** — Protokollnotiz vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969 — zum vorstehend genannten Gehaltstarifvertrag vom 11. 3. 1969 nebst Gehaltstafel B 1 für die Angestellten der Preußenelektra-Betriebe, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 11. und 12.
16. **Nr. 303/154** — Protokollnotiz vom 6. 6. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969 — zum vorstehend genannten Gehaltstarifvertrag vom 11. 3. 1969 nebst Gehaltstafel B 1 für die Angestellten der Preußenelektra-Betriebe, abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 13. und 14.
Zu 11. bis 16. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des Hessischen Braunkohlenbergbaus e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
17. **Nr. 305/164** — Tarifvertrag vom 24. 2. 1969 — gültig ab 1. 3. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten im Eisenerzbergbau im Bundesgebiet (ohne Bayern) vom 19. 3. 1964 nebst Gehaltsgruppenkatalog.
Tarifvertragsparteien:
Unternehmensverband Eisenerzbergbau e. V., Düsseldorf, und IG Bergbau und Energie, Bochum.
18. **Nr. 400/140** — Tarifvertrag vom 29. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer der Steine- und Erden-Industrie im Lande Hessen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
19. **Nr. 400/141** — 406/41 — Lohntarifvertrag vom 29. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge der Industrie der Steine und Erden und der Ziegelindustrie im Lande Hessen.
20. **Nr. 400/142** — Gehaltstarifvertrag vom 29. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge.
Zu 18. bis 20. abgeschlossen mit der IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
21. **Nr. 400/143** — Gehaltstarifvertrag vom 29. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Landesverband Hessen.
Zu 20. und 21. betr. Arbeitnehmer in der Industrie der Steine und Erden (ausgenommen Feuerfeste Industrie einschließlich Ton- und Quarzitgruben) im Lande Hessen.
22. **Nr. 400/144** — Tarifvertrag vom 7. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über die Zuschläge zur Berechnung der Akkordlohnsätze für die gewerblichen Arbeitnehmer (Steinmetze und Schleifer) der Schleiferei- und Werksteinbetriebe im Lande Hessen, abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 18. bis 20.
Zu 18. bis 22. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Steine und Erden für das Land Hessen e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
23. **Nr. 406/42** — Lohntarifvertrag vom 24. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer der Kalksandsteinindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Bezirksgruppe Süd im Bundesverband Kalksandsteinindustrie e. V., Raunheim, und IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Straße Nr. 69/77.
24. **Nr. 409/218** — Tarifvertrag vom 15. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über die Beschäftigungsgruppeneinteilung der kaufmännischen und technischen Angestellten, Lehrlinge sowie Meister in den glasindustriellen Betrieben im Lande Hessen.
25. **Nr. 409/219** — Gehaltstarifvertrag vom 15. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge.
26. **Nr. 409/220** — Lohntarifvertrag vom 15. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge.
Zu 25. und 26. betr. Arbeitnehmer der Hohlglas erzeugenden Industrie einschl. Hüttenveredelung und -verarbeitung im Lande Hessen.
27. **Nr. 409/221** — Gehaltstarifvertrag vom 27. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge in den glasindustriellen Betrieben (ausgenommen Hohlglaserzeugung) im Lande Hessen.
Zu 24. bis 27. abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/M.
28. **Nr. 409/222** — Lohntarifvertrag vom 19. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge der Hohlglas veredelnden und verarbeitenden Industrie (Herstellung von Ampullen und lampengeblasenen Verpackungsgläsern; Herstellung von Glasapparaten, Glasinstrumenten einschl. Thermometer und Aräometer sowie Ganzglasspritzen; Veredelung von Hohlglas und Beleuchtungsglas aller Art einschl. Kristall-Lustererzeugung — ausgenommen sind Hüttenveredelung und Herstellung und Veredelung von Lusterbehang; Herstellung von Isolierflaschen und -gefäßen; Firma Glaswerk Schuller GmbH, Wertheim/Main) im Bundesgebiet.
29. **Nr. 409/223** — Tarifvertrag vom 19. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über die Regelung der Arbeitszeit für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge (ab 1. 3. 1970/1. 1. 1972 Arbeitszeitkürzung mit Lohnausgleich).
30. **Nr. 409/224** — Tarifvertrag vom 19. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über die Regelung der Arbeitszeit für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Lehrlinge sowie Meister (Arbeitszeitkürzung ab 1. 3. 1970/1. 1. 1972).
Zu 29. und 30. betr. Arbeitnehmer der Hohlglas veredelnden und verarbeitenden Industrie (Herstellung von Ampullen und lampengeblasenen Verpackungsgläsern; Herstellung von Glasapparaten, Glasinstrumenten einschl. Thermometer und Aräometer sowie Ganzglasspritzen; Veredelung von Hohlglas und Beleuchtungsglas aller Art einschl. Kristall-Lustererzeugung — ausgenommen sind Hüttenveredelung und Herstellung und Veredelung von Lusterbehang; Herstellung von Isolierflaschen und -gefäßen) im Bundesgebiet.
Zu 28. bis 30. abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
Zu 24. bis 30. Tarifvertragsparteien:
Verein der Glasindustrie e. V., München, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

31. Nr. 409f/93 — Lohntarifvertrag vom 25. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer in den Betrieben der Gablonzer Industrie, soweit sie herstellen, verarbeiten und veredeln: Perlen, Steine, Knöpfe, Lusterbehang, Rückstrahler und technische Artikel im Hütten- druckverfahren aus Glas; Perlen (Wickeln), Steine (Rad- lersteine), Knöpfe und Spezialsteine im Lampendruck- bzw. Wickelverfahren aus Glas; Kristallwaren nach Gablonzer Art; Artikel aus Unedelmetall, Kunststoff und sonstigen Stoffen; im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Gablonzer Industrie e. V., Bonn, und IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
32. Nr. 700/593 — Manteltarifvertrag vom 12. 2. 1968 — gültig ab 1. 12. 1967 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
33. Nr. 700/594 — Manteltarifvertrag vom 12. 2. 1968 — gültig ab 1. 12. 1967 — für die kaufmännischen und techni- schen Angestellten sowie Meister.
34. Nr. 700/595 — Tarifvertrag vom 21. 11. 1968 — gültig ab 1. 9. 1968 — über Entgelte für alle Lehrlinge.
35. Nr. 700/596 — Lohntarifvertrag vom 11. 12. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
36. Nr. 700/597 — Gehaltstarifvertrag vom 11. 12. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die kaufmännischen und techni- schen Angestellten sowie Meister.
Zu 32. bis 36. betr. Arbeitnehmer der Firma Paul Guter- muth — Apparate- und Behälterbau, Langenselbold.
Zu 32. bis 36. Tarifvertragsparteien:
Firma Paul Guter muth — Apparate- und Behälterbau, Langenselbold, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt (Main).
37. Nr. 700/598 — Arbeitszeitabkommen vom 30. 5. 1969.
38. Nr. 700/599 — Urlaubsabkommen vom 30. 5. 1969.
39. Nr. 700/600 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1968/1. 1. 1969 — über die Löhne für Arbeiter und den Rationalisierungsschutz für Arbeiter und Angestellte. Zu 37. bis 39. betr. Arbeitnehmer der Firma Elkoma, Elektrokohle und Maschinenteile GmbH, Gladenbach.
Zu 37. bis 39. Tarifvertragsparteien:
Firma Elkoma — Elektrokohle und Maschinenteile GmbH, Gladenbach, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
40. Nr. 700/601 — 1. Nachtrag vom 15. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zum Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 14. 6. 1968.
41. Nr. 700/602 — 1. Nachtrag vom 15. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zum Manteltarifvertrag für die Angestellten vom 14. 6. 1968.
Zu 40. und 41. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirks- leitung Hannover.
42. Nr. 700/603 — 1. Nachtrag vom 15. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zum Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 14. 6. 1968, abgeschlossen mit dem Christl. Metallarbeiter-Verband Deutschlands — Landes- verband Niedersachsen.
43. Nr. 700/604 — 1. Nachtrag vom 15. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zum Manteltarifvertrag für Angestellte vom 14. 3. 1968, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten- Gewerkschaft — Landesverband Niedersachsen/Bremen.
44. Nr. 700/605 — 1. Nachtrag vom 15. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zum Manteltarifvertrag für Angestellte vom 14. 6. 1968, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Nieder- sachsen, Hannover, dem Verband Deutscher Techniker, Landesverband Niedersachsen, Hannover, sowie dem Bund Deutscher Werkmeister, Landesverband Nieder- sachsen, Hannover (zusammengeschlossen im Gesamtver- band Deutscher Angestellten-Gewerkschaften — GEDAG). Zu 40. bis 44. betr. Arbeitnehmer der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg.
Zu 40. bis 44. Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, und vorstehend ge- nannte Arbeitnehmerorganisationen.
45. Nr. 700/606 — Firmentarifvertrag vom 20. 2. 1969 — gül- tig ab 1. 4. 1969 — für die Arbeitnehmer der Süddeut- schen Feinmechanik GmbH, Bad Orb und Wolfersborn (Mantel, Lohn, Gehalt, Lehrlingsentgelte, Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung, Rationalisierungsschutz).
Tarifvertragsparteien:
Firma Süddeutsche Feinmechanik GmbH, Bad Orb, und IG Metall — Bezirksleitung Frankfurt/M.
46. Nr. 700/607 — Tarifvertrag vom 2. 8./16. 8. 1969 — gültig ab 1. 9./1. 10./1. 11./1. 12. 1969/1. 1. 1970 — über Löhne, Gehälter, Urlaubsdauer für die Arbeiter und Angestell- ten, Urlaubsdauer und zusätzliche Urlaubsvergütung für Lehrlinge, über den Schutz der gewerkschaftlichen Ver- trauensleute und Jugendvertreter sowie über die Einset- zung einer Kommission betr. Beurlaubung für Bildungs- zwecke.
47. Nr. 700/608 — Tarifvertrag vom 2. 8./16. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute.
48. Nr. 700/609 — Tarifvertrag vom 2. 8./16. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — über den Schutz der Jugendvertreter.
Zu 46. bis 48. betr. Arbeitnehmer der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Bundesgebiet einschl. West-Berlin (mit Ausnahme der eisenschaffenden Industrie des Saar- landes).
Zu 46. bis 48. Tarifvertragsparteien:
Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberver- bände e. V. — Vorstand — i. V. der nachstehend aufgeführ- ten Arbeitgeberverbände: Verband metallindustrieller Ar- beitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf; Verband Württemberg-Badischer Metallindustrieller e. V., Stuttgart; Verein der Bayer. Metallindustrie, München; Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie e. V., Frankfurt/M.; Arbeitgeberverband der Berliner Metall- industrie e. V., Berlin; Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e. V., Hannover (einschl. des Verbandes der Metallindustriellen des Nordwestlichen Niedersach- sens e. V., Wilhelmshaven); Verband der Metallindustri- ellen Hamburgs und Umgebung e. V., Hamburg; Verband der Metallindustrie von Südwürttemberg-Hohenzollern e. V., Reutlingen; Verband der Deutschen Uhrenindustrie e. V., Schweningen a. N.; Sozialrechtlicher Landesver- band der Südwürttembergischen Elektroindustrie e. V., Tübingen; Fachvereinigung Waagenbau Württemberg- Hohenzollern, Ebingen Württemberg; Arbeitgeberverband der Badischen Eisen- und Metallindustrie e. V., Freiburg i. B.; Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie des Saarlandes e. V., Saarbrücken; Arbeitgeberverband der Metallindustrie in Schleswig-Holstein e. V., Kiel; Arbeitgeberverband der Metallindustrie im Unterweser- gebiet e. V., Bremen; Verband der Pfälzischen Eisen- und Metallindustrie e. V., Neustadt Weinstr.; Vereinigung der Eisen- und Metallindustrie Rheinland-Rheinlands e. V., Koblenz; Verband der Metallindustrie im Bezirk Osnab- rück e. V., Osnabrück; und IG Metall für die Bundes- republik Deutschland — Vorstand.
49. Nr. 700/610 — Gehaltstarifvertrag vom 18. 8. 1969 — gül- tig ab 1. 9. 1969 — für die kaufmännischen und techni- schen Angestellten sowie Meister der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der hess. Metallindustrie e. V., Frank- furt/M., und Deutscher Handels- und Industrieangestell- ten-Verband, Landesverband Rhein-Main, Frankfurt/M., Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Hessen, Frankfurt/M., sowie Verband Deutscher Techni- ker — Land Hessen, Frankfurt/M. (zusammengeschlossen im Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaf- ten [GEDAG] — Land Hessen, Frankfurt/M.).
50. Nr. 700/611 — Lohntarifvertrag vom 19. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
51. Nr. 700/612 — Gehaltstarifvertrag vom 19. 8. 1969 — gül- tig ab 1. 9. 1969 — für die kaufmännischen und techni- schen Angestellten sowie Meister.
Zu 50. und 51. betr. Arbeitnehmer der Firma Dr.-Ing. Ulrich Esterer, Tank-Fahrzeug-Bau, Helsa.
Zu 50. und 51. Tarifvertragsparteien:
Firma Dr.-Ing. Ulrich Esterer, Tank-Fahrzeug-Bau, Helsa, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.

52. Nr. 700/613 — Lohnarbeitsvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
53. Nr. 700/614 — Gehaltstarifvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
54. Nr. 700/623 — Tarifvertrag vom 5. 9. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über Entgelte für die Lehrlinge.
Zu 52. bis 54. betr. Arbeitnehmer der Maschinenfabrik C. A. Neubecker, Offenbach/Main.
Zu 52. bis 54. Tarifvertragsparteien:
Firma C. A. Neubecker — Maschinenfabrik, Offenbach/M., und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
55. Nr. 700/615 — Lohnarbeitsvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
56. Nr. 700/616 — Gehaltstarifvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
Zu 55. und 56. betr. Arbeitnehmer der Firma Werkzeugbau GmbH & Co. KG, Kassel.
Zu 55. und 56. Tarifvertragsparteien:
Firma Werkzeugbau GmbH & Co. KG, Kassel, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
57. Nr. 700/617 — Tarifvertrag vom 25. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Jugendvertreter.
58. Nr. 700/618 — Tarifvertrag vom 25. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969/1. 1. 1970 — für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten betr. Löhne, Gehälter und Tätigkeitsmerkmale für Gehaltsgruppen.
Zu 57. und 58. betr. Arbeitnehmer der Firma Elkoma, Elektrokohle und Maschinenteile GmbH in Gladenbach.
Zu 57. und 58. Tarifvertragsparteien:
Firma Elkoma, Elektrokohle und Maschinenteile GmbH, Gladenbach, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
59. Nr. 700/619 — Tarifvertrag vom 25. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Jugendvertreter.
60. Nr. 700/620 — Tarifvertrag vom 25. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969/1. 1. 1970 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten betr. Löhne, Gehälter und Tätigkeitsmerkmale für Gehaltsgruppen.
Zu 59. und 60. betr. Arbeitnehmer der Firma Gießmetall, Gießerei- und Metall-Gesellschaft mbH in Krofdorf-Gleiberg.
Zu 59. und 60. Tarifvertragsparteien:
Firma Gießmetall, Gießerei- und Metall-Ges. mbH, Krofdorf-Gleiberg, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt (Main).
61. Nr. 700/621 — Tarifvertrag vom 25. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Jugendvertreter.
62. Nr. 700/622 — Tarifvertrag vom 25. 8. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969/1. 1. 1970 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten betr. Löhne, Gehälter und Tätigkeitsmerkmale für Gehaltsgruppen.
Zu 61. und 62. betr. Arbeitnehmer der Firma Schunk & Ebe GmbH in Heuchelheim bei Gießen.
Zu 61. und 62. Tarifvertragsparteien:
Firma Schunk & Ebe GmbH, Heuchelheim, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
63. Nr. 804b/107 — Tarifvertrag vom 9. 9. 1969 — gültig ab 1. 11. 1969 — über die Auslösungsätze gemäß § 14 des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer des Heizungsgewerbes und des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks im Lande Hessen vom 8. 10. 1964.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband Sanitär- und Heizungstechnik Hessen, Wiesbaden, sowie Industrieverband Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik Hessen e. V., Frankfurt/M., und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
64. Nr. 1100/215 — Tarifvertrag vom 9. 4. 1969 — gültig ab 31. 12. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten der chemischen Industrie in den Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein vom 1. 6. 1968 (u. a. Arbeitszeitkürzung).
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie e. V., Wiesbaden, in Vollmacht seiner beteiligten Mitgliedsverbände: Verein der Bayer. Chemischen Industrie e. V., München; Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V., Wiesbaden; Verband der Chemischen Industrie Niedersachsen e. V., Hannover; Landesauschuß der Arbeitgeberverbände der Chemischen Industrie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Landesauschuß der Arbeitgeberverbände der Chemischen Industrie in Westfalen, Bochum; Landesverband Chemische Industrie Rheinland-Pfalz e. V., Ludwigshafen/Rh.; Arbeitgeberverband für die Chemische Industrie und Kunststoffverarbeitung Schleswig-Holstein e. V., Rendsburg; Fach- und Arbeitgeberverband der chemischen Industrie des Saarlandes und verw. Industrien e. V., Saarbrücken; und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hauptvorstand, Hamburg, Verband Deutscher Techniker, Essen-Stadtwald, sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover.
65. Nr. 1100/216 — Gehaltstarifvertrag vom 27. 6. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die akademisch gebildeten Angestellten der chemischen Industrie in den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft von Arbeitgeberverbänden der Chemischen Industrie, Wiesbaden, und Verband Angestellter Akademiker der Chemischen Industrie e. V. in der Union der leitenden Angestellten, Köln, Bund Angestellter Akademiker — Berufsgruppe in der IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
66. Nr. 1102 I/110 — Lohnarbeitsvertrag vom 22. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
67. Nr. 1102 I/111 — Gehaltstarifvertrag vom 22. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten sowie Meister.
Zu 66. und 67. betr. Arbeitnehmer der Firma Westdeutsche Fulgurit-Werke GmbH, Salmünster.
Zu 66. und 67. Tarifvertragsparteien:
Gesamtverband der Arbeitgeber Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern-Büdingen, Hanau/Main, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
68. Nr. 1200/277 — Tarifvertrag vom 29. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — über Urlaub und Urlaubsgeld für die gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge.
69. Nr. 1200/278 — Lohnarbeitsvertrag vom 29. 5. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969/1. 4. 1970 — für die gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 68. und 69. betr. gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge der Bettfedernindustrie im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 68. und 69. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bettfedernindustrie e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
70. Nr. 1200/279 — Lohnarbeitsvertrag vom 19. 6. 1969 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1969/1. 1. 1970 —.
71. Nr. 1200/280 — Arbeitszeitvereinbarung vom 19. 6. 1969 (Arbeitszeitkürzung, Lohnausgleich, Mehrarbeitszuschlag ab 1. 10. 1969).
Zu 70. und 71. betr. gewerbl. Arbeitnehmer des Strickerhandwerks im Bundesgebiet.
Zu 70. und 71. Tarifvertragsparteien:
Bundesinnungsverband für das Stricker-, Sticker- und Weberhandwerk, Landshut, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
72. Nr. 1303c/28 — Lohnarbeitsvertrag vom 27. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Buchbinderhandwerks im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bund Deutscher Buchbinder-Innungen — Bundesinnungsverband für das Buchbinderhandwerk —, Duisburg, und IG Druck und Papier, Stuttgart.

73. Nr. 1400/147 — Manteltarifvertrag mit Spartenanhänge und Anhang Lehrlingsbestimmungen vom 13. 2. 1969 — gültig ab 1. 1./1. 3. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge der Druckindustrie im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Druck e. V. — Sozialpolitischer Ausschuß —, Wiesbaden, und IG Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
74. Nr. 1501/55 — Tarifvertrag vom 6. 8. 1969 zur Änderung des Manteltarifvertrages (§ 12 Abschn. I und II) vom 21. 12. 1964.
75. Nr. 1501/56 — Zusatz-Tarifvertrag II vom 6. 8. 1969 — gültig ab Urlaubsjahr 1969 — über die Urlaubsdauer.
Zu 74. und 75. betr. gewerbl. Arbeitnehmer der ledererzeugenden Industrie im Lande Hessen.
Zu 74. und 75. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Hessischen Ledererzeugenden Industrie e. V., Frankfurt/M.-Höchst, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand Stuttgart und Bezirk Hessen.
76. Nr. 1502/71 — Lohntarifvertrag vom 6. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Leder- und Lederwarenfabrik G. Schaub, Rotenburg a. d. Fulda.
Tarifvertragsparteien:
Firma G. Schaub, Leder- und Lederwarenfabrik, Rotenburg a. d. Fulda, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
77. Nr. 1502/73 — Gehaltstarifvertrag vom 19. 7. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/1. 7. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten sowie Werkmeister.
78. Nr. 1502/72 — Tarifvertrag vom 18. 7. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — für die kaufm. Lehrlinge.
Zu 77. und 78. betr. Arbeitnehmer in den industriellen und handwerklichen Betrieben der Lederwaren-, Sattlerwaren-, Reiseartikel-, Sportartikel- und Kofferherstellung im Lande Hessen.
79. Nr. 1502/75 — Urlaubsvereinbarung vom 28. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten sowie Werkmeister.
Zu 77. bis 79. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand in Stuttgart und Bezirk Hessen in Frankfurt/M., sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
80. Nr. 1502/74 — Urlaubsvereinbarung vom 28. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschließlich Heimarbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand in Stuttgart und Bezirk Hessen in Frankfurt/M.
Zu 79. und 80. betr. Arbeitnehmer der Lederwaren- und Kofferindustrie im Lande Hessen.
Zu 77. bis 80. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Lederwarenhersteller Hessen e. V., Offenbach/M., sowie Landesinnung der Feintäschner und Feinsattler für Hessen, Offenbach/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
81. Nr. 1502a/22 — Tarifvertrag vom 28. 8. 1968 — gültig ab 1. 9. 1968/1. 9. 1969 — über Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer in den Betrieben der Treibriemen-, techn. Lederartikel- und ASA-Industrie in den Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden.
Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsverband Industrieleder-Erzeugnisse e. V., Düsseldorf, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
82. Nr. 1600/132 — Tarifvertrag vom 2. 10. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 30. 1. 1956 i. d. F. vom 26. 6. 1966 (Neufassung des § 13 — Akkordlohnarbeit —) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
83. Nr. 1600/136 — Tarifvertrag vom 20. 12. 1968 — gültig ab Urlaubsjahr 1969 — zur Änderung der Manteltarifverträge für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie für die Angestellten (Urlaubsdauer, Urlaubsgeld).
84. Nr. 1600/137 — Tarifvertrag vom 19. 2. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zur Änderung der Manteltarifverträge für die gewerbl. Arbeitnehmer und für die Angestellten (Schichtzulage).
Zu 82. bis 84. betr. Arbeitnehmer der Kautschukindustrie in den Ländern Hessen und Niedersachsen.
85. Nr. 1600/135 — Tarifvertrag vom 30. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über die Entgeltregelung der in Heimarbeit beschäftigten Arbeitnehmer der Gummiindustrie (Be- und Verarbeiten sowie Verpacken von Gummiartikeln) in Hessen und Niedersachsen.
Zu 82. bis 85. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der niedersächsischen Gummiwarenindustrie e. V., Hannover, sowie Sozialpolitische Vereinigung der hessischen Gummiindustrie, Frankfurt/M., und IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
86. Nr. 1600/133 — Tarifvertrag vom 17. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über Löhne, Gehälter und Sozialzulagen für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
87. Nr. 1600/134 — Tarifvertrag vom 17. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über Entgelte für die Lehrlinge.
Zu 86. und 87. betr. Arbeitnehmer der Gummiindustrie im Lande Hessen.
Zu 86. und 87. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Deutschen Kautschukindustrie, Hannover, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
88. Nr. 1600/138 — Tarifvertrag vom 16. 7. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — zur Änderung der Manteltarifverträge für die gewerbl. Arbeitnehmer und für die Angestellten (Schichtzulage).
89. Nr. 1600/139 — Tarifvertrag vom 16. 7. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — zur Änderung der Manteltarifverträge für die gewerbl. Arbeitnehmer und für die Angestellten (Urlaubsdauer, Urlaubsgeld).
90. Nr. 1600/140 — Tarifvertrag vom 16. 7. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — über Entgelte für die Lehrlinge.
Zu 88. bis 90. betr. Arbeitnehmer der Firma DIANA-Gummiwarenfabrik, Wächtersbach.
91. Nr. 1600/141 — Tarifvertrag vom 16. 7. 1969 — gültig ab 1. 9. 1969 — über Löhne, Gehälter und Sozialzulagen für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten der Firma DIANA-Gummiwarenfabrik in Wächtersbach und der Zweigstelle Bellings.
Zu 88. bis 91. Tarifvertragsparteien:
Firma DIANA-Gummiwarenfabrik, Wächtersbach, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt M.
92. Nr. 1700/196 — Manteltarifvertrag vom 8. 10. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 —.
93. Nr. 1700/197 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 9. 4. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 —.
Zu 92. und 93. betr. kaufm. u. techn. Angestellte, Werkmeister und Lehrlinge der Knopfindustrie im Bundesgebiet — ohne West-Berlin —.
Zu 92. und 93. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft Knopfindustrie, Köln, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Hauptvorstand, Düsseldorf.
94. Nr. 1700/198 — Tarifvertrag vom 16. 10. 1968 — gültig ab 1. 11. 1968 — über Mantel- und Lohnbestimmungen für die gewerbl. Arbeitnehmer des Drechslerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Drechslerhandwerks, Kassel, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz, Frankfurt M.
95. Nr. 1700/199 — Tarifvertrag vom 27. 1. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969 — über die Arbeitszeit und Entgelte für alle Lehrlinge der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verband Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung, Hessen e. V., und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz, Frankfurt M.

96. Nr. 1700/200 — Lohntarifvertrag vom 10. 2. 1969 — gültig ab 1. 3./1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
97. Nr. 1700/201 — Gehaltstarifvertrag vom 3. 3. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die Angestellten.
Zu 96. und 97. betr. Arbeitnehmer der Säge- und Kistenindustrie im Lande Hessen.
Zu 96. und 97. Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsvereinigung Sägeindustrie Hessen e. V. und Gewerkschaft Holz und Kunststoff — Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz —.
98. Nr. 1902/52 — Tarifvertrag vom 27. 6. 1969 — gültig ab 1. 10. 1969 — über die Gründung des Förderungswerkes für die Arbeitnehmer (ausgenommen mithelfende Familienangehörige) der Brot- und Backwarenindustrie im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Deutschen Brot- und Backwarenindustrie e. V. und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.
99. Nr. 1902/53 — Tarifvertrag vom 25. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
100. Nr. 1902/54 — Gehaltstarifvertrag vom 25. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten, Meister und das Verkaufspersonal sowie Entgelte für die kaufm. u. techn. Lehrlinge, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
Zu 99. und 100. betr. Arbeitnehmer der Brot- und Backwarenindustrie im Lande Hessen.
Zu 99. und 100. Tarifvertragsparteien:
Verband der Brot- und Backwarenindustrie Hessen e. V., Geschäftsstelle Stuttgart, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
101. Nr. 1902a/25 — Tarifvertrag vom 27. 6. 1969 — gültig ab 1. 10. 1969 — über die Gründung des Förderungswerkes für die Arbeitnehmer (ausgenommen mithelfende Familienangehörige) des Bäckerhandwerks im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V. und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.
102. Nr. 1902c/15 — Tarifvertrag vom 20. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969/1. 1. 1970 — über Arbeitszeitkürzung, Löhne und Gehälter für die Arbeitnehmer der Konditoreien und Cafés im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband der selbständigen Konditoren Hessens, Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
103. Nr. 1905d/103 — Tarifvertrag vom 9. 7. 1969 — gültig ab 21. 7. 1969 — über die Schlachtlöhnsätze der Lohnschlachter des Städtischen Schlachthofes, Frankfurt/M.
Tarifvertragsparteien:
Fleischerinnung Groß-Frankfurt, Frankfurt/M., Schlachthof, sowie Verein der Groß-Schlachter und Fleisch-Großhändler in Hessen e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
104. Nr. 1905d/104 — Lohntarifvertrag vom 16. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
105. Nr. 1905d/105 — Gehaltstarifvertrag vom 16. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten sowie Meister.
Zu 104. und 105. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
106. Nr. 1905d/106 — Gehaltstarifvertrag vom 16. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten sowie Meister, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
Zu 104 bis 106. betr. Arbeitnehmer der Fleischwarenindustrie im Lande Hessen.
- Zu 104. bis 106. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
107. Nr. 1907b/184 — Tarifvertrag vom 15. 7. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — über Mantelbestimmungen für die Arbeitnehmer der MOHA Milchversorgungsbetriebe Frankfurt und Wiesbaden GmbH.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Molkereien und Käsereien in Hessen e. V., Kassel, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
108. Nr. 1908c/43 — Lohntarifvertrag vom 26. 3. 1969 — gültig ab 1. 3. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge der Margarine- und Kunstspeisefett-Industrie im Bundesgebiet (ohne Bayern).
Tarifvertragsparteien:
Margarine-Verband e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
109. Nr. 1908c/44 — Manteltarifvertrag vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
110. Nr. 1908c/45 — Lohntarifvertrag vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 109. und 110. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
111. Nr. 1908c/46 — Manteltarifvertrag vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die Angestellten sowie für Reisende, Verkaufsförderinnen und Propagandistinnen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
112. Nr. 1908c/47 — Gehaltstarifvertrag vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die Angestellten nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 111. und 112. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.
Zu 109. bis 112. betr. Arbeitnehmer im Außendienst der Margarine-Union GmbH im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 109. bis 112. Tarifvertragsparteien:
Margarine-Union GmbH und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
113. Nr. 1909a/78 — Tarifvertrag vom 26. 6. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969 — über Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer der Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften in Hessen, Rheinland-Nassau und Rheinhessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Landwirtschaft, Wein-, Obst- und Gemüsebau in der Provinz Rheinhessen e. V., Mainz, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
114. Nr. 1914c/78 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
115. Nr. 1914c/79 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 —, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
Zu 114. und 115. betr. kaufm. Angestellte und kaufm. Lehrlinge der Zigarrenindustrie im Lande Hessen und Regierungsbezirk Unterfranken.
Zu 114. und 115. Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Zigarrenindustrie e. V., Bad Godesberg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
116. Nr. 2000/468 — Lohntarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende in der Bekleidungsindustrie im Bundesgebiet.

- Tarifvertragsparteien:**
 Bundesvereinigung der Arbeitgeber im Bundesverband Bekleidungsindustrie, Bad Godesberg, für sich und die nachstehend aufgeführten Verbände: — Arbeitgeberverband der Bekleidungsindustrie Aschaffenburg und Unterfranken e. V., Aschaffenburg; Arbeitgeberverband der Bekleidungsindustrie für die Reg.-Bez. Köln und Aachen e. V., Köln; Arbeitsgemeinschaft der Norddeutschen Bekleidungsindustrie e. V., Hamburg; Landesverband der bayer. Bekleidungsindustrie e. V., München; Unternehmensrat der Bekleidungsindustrie am linken Niederrhein, Krefeld; Verband der Bekleidungsindustrie Hessen e. V., Frankfurt/M.; Verband der Bekleidungsindustrie für Baden e. V., Lahr; Verband der Bekleidungsindustrie für Westfalen, Bielefeld; Verband der Mittelrheinischen Bekleidungsindustrie e. V., Koblenz; Verband der Pfälzischen Bekleidungsindustrie e. V., Neustadt; Verband der Südwestdeutschen Bekleidungsindustrie e. V., Stuttgart; Wirtschaftsvereinigung Bekleidungsindustrie Nordrhein, Mönchengladbach; — und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
117. Nr. 2001/68 — Tarifvertrag über die Arbeitszeit vom 19. 6. 1969 (Arbeitszeitkürzung mit Lohnausgleich sowie Mehrarbeitszuschlag ab 1. 10. 1969).
118. Nr. 2001/69 — Lohntarifvertrag vom 19. 6. 1969 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1969/1. 1. 1970 —
 Zu 117. und 118. betr. gewerbl. Arbeitnehmer des Stickerhandwerks im Bundesgebiet.
 Zu 117. und 118. Tarifvertragsparteien:
 Bundesinnungsverband für das Stricker-, Sticker- und Weberhandwerk, Landshut, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
119. Nr. 2002/64 — Lohntarifvertrag vom 7. 7. 1969 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1969 —.
120. Nr. 2002/65 — Arbeitszeitabkommen vom 7. 7. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 —.
121. Nr. 2002/66 — Urlaubsabkommen vom 7. 7. 1969 — gültig ab 7. 7. 1969 —.
 Zu 119. bis 121. betr. gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter und Gleichgestellte des Kürschnerhandwerks im Bundesgebiet.
 Zu 119. bis 121. Tarifvertragsparteien:
 Zentralverband des Kürschnerhandwerks, Fürstenfeldbruck und Frankfurt/M., und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
122. Nr. 2006/52 — Tarifvertrag vom 21. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — über die Urlaubsdauer für die Arbeitnehmer.
123. Nr. 2006/53 — Lohntarifvertrag vom 21. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — über Mindest-Stundenlöhne für die gewerblichen Arbeitnehmer.
124. Nr. 2006/54 — Lohntarifvertrag vom 21. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — über Schnitt-, Naht- und Dressurlöhne für die gewerbl. Arbeitnehmer.
 Zu 122. bis 124. betr. Arbeitnehmer der Lederhandschuhindustrie im Lande Hessen.
 Zu 122. bis 124. Tarifvertragsparteien:
 Vereinigung der Hessischen Lederhandschuhindustrie e. V., Wetzlar, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand in Stuttgart und Bezirk Hessen in Frankfurt/M.
125. Nr. 2007a/85 — Tarifvertrag vom 19. 2. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 8. 4. 1963 (Urlaubsdauer, Akkordlohn für die Arbeiter).
126. Nr. 2007a/86 — Tarifvertrag vom 18. 3. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 8. 4. 1963 (Urlaubsdauer, Urlaubsvergütung für Heimarbeiter).
127. Nr. 2007a/87 — Tarifvertrag vom 18. 3. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung der Anlage 2 — Lohngruppenverzeichnis — zum Manteltarifvertrag vom 8. 4. 1963.
 Zu 125. bis 127. betr. Arbeiter und Heimarbeiter der Schuhindustrie im Bundesgebiet.
 Zu 125. bis 127. Tarifvertragsparteien:
 Hauptverband der Deutschen Schuhindustrie e. V., Düsseldorf, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
128. Nr. 2007d/27 — Lohntarifvertrag vom 27. 9. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Orthopädie-Schuhmacherhandwerks im Gebiet der Schuhmacherinnung Frankfurt/M., abgeschlossen mit der Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand in Stuttgart sowie Bezirk Hessen in Frankfurt/M.
129. Nr. 2007d/28 — Lohntarifvertrag vom 5. 2. 1969 — gültig ab 6. 1. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Schuhmacherhandwerks im Gebiet der Schuhmacherinnung Frankfurt/M., abgeschlossen mit der Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
 Zu 128. und 129. Tarifvertragsparteien:
 Schuhmacherinnung, Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisation.
130. Nr. 2100/683 — Lohntarifvertrag vom 4. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Bodenlegerbetriebe im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
 Tarifvertragsparteien:
 Bundesverband des Bodenlegerhandwerks e. V., Koblenz, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Hauptvorstand, Düsseldorf.
131. Nr. 2100/684 — Tarifvertrag vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — zur Neuregelung der Auslösungssätze für die gewerbl. Arbeitnehmer des Bauten- und Eisenschutzwes im Bundesgebiet.
 Tarifvertragsparteien:
 Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V. — Bundesfachabteilung Bauten- und Eisenschutz —, Frankfurt/Main, sowie Hauptverband des Deutschen Maler- und Lackierhandwerks — Bundesfachgruppe Eisenanstrich und Entrostung —, Frankfurt/M., und IG Bau-Steine-Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
132. Nr. 2100/685 — Tarifvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 10. 1969 — zur Änderung des Bundesrahmentarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 31. 3. 1965 (u. a. Arbeitszeit).
133. Nr. 2100/686 — Tarifvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 10. 1969 — zur Änderung des Anhanges 1 für Lehrlinge zum Bundesrahmentarifvertrag vom 31. 3. 1965 (Arbeitszeit, Ausbildungsbeihilfe, Urlaub).
134. Nr. 2100/687 — Tarifvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 10. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages zur Förderung der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse während der Winterperiode vom 10. 8. 1962 i. d. F. vom 1. 12. 1967 (Lohnausgleich-Tarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer).
135. Nr. 2100/688 — Tarifvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 10. 1969 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages für die Poliere und Schachtmeister vom 27. 1. 1964 (u. a. Arbeitszeit).
136. Nr. 2100/689 — Tarifvertrag vom 20. 8. 1969 — gültig ab 1. 10. 1969 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages für die techn. u. kaufm. Angestellten vom 27. 1. 1964 (u. a. Arbeitszeit).
 Zu 132. bis 136. betr. Arbeitnehmer im Baugewerbe im Bundesgebiet.
 Zu 132. bis 136. Tarifvertragsparteien:
 Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/M., und IG Bau-Steine-Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
137. Nr. 2100a/190 — Lohntarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz sowie Anhang betr. Erschwerniszulagen vom gleichen Tage.
138. Nr. 2100a/191 — Tarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über die Auslösungssätze für die gewerbl. Arbeitnehmer.
139. Nr. 2100a/192 — Gehaltstarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Poliere sowie Entgelte für die Lehrlinge.

140. Nr. 2100a/193 — Tarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über die Auslösungssätze für die Angestellten.
141. Nr. 2100a/194 — Arbeitszeitabkommen vom 24. 6. 1969 für alle Arbeitnehmer (Arbeitszeitkürzung ab 1. 5. 1970). Zu 137. bis 141. abgeschlossen mit der IG Bau-Steine-Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
142. Nr. 2100a/195 — Lohntarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz sowie Anhang betr. Erschwerniszulagen vom gleichen Tage.
143. Nr. 2100a/196 — Tarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über die Auslösungssätze für die gewerbl. Arbeitnehmer.
144. Nr. 2100a/197 — Gehaltstarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten und Poliere sowie Entgelte für die Lehrlinge.
145. Nr. 2100a/198 — Tarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über die Auslösungssätze für die Angestellten.
146. Nr. 2100a/199 — Arbeitszeitabkommen vom 24. 6. 1969 für alle Arbeitnehmer (Arbeitszeitkürzung ab 1. 5. 1970). Zu 142. bis 146. abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand.
147. Nr. 2100a/200 — Gehaltstarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufm. u. techn. Angestellten und Poliere sowie Entgelte für die Lehrlinge.
148. Nr. 2100a/201 — Tarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über die Auslösungssätze für die Angestellten.
149. Nr. 2100a/202 — Arbeitszeitabkommen vom 24. 6. 1969 für die kaufm. u. techn. Angestellten, Poliere und Lehrlinge (Arbeitszeitkürzung ab 1. 5. 1970). Zu 147. bis 149. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —. Zu 137. bis 149. betr. Arbeitnehmer der Säureschutzindustrie im Bundesgebiet und West-Berlin. Zu 137. bis 149. Tarifvertragsparteien: Rheinischer Unternehmerverband Steine und Erden e. V., Neuwied, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
150. Nr. 2102a/38 — Lohntarifvertrag vom 9. 1. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge des Glaserhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien: Landesinnungsverband des Glaserhandwerks Hessen und Gewerkschaft Holz und Kunststoff — Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz —.
151. Nr. 2102d/22 — Tarifvertrag vom 7. 7. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — zur Wiedereinkraftsetzung und Änderung des Manteltarifvertrages vom 31. 1. 1965 für die gewerbl. Arbeitnehmer des Raumausstatterhandwerks (Tapezierer-, Polsterer- und Dekorateurhandwerk sowie Sattlerhandwerk) im Bundesgebiet und West-Berlin (Geltungsbereich, zusätzl. Urlaubsgeld).
Tarifvertragsparteien: Zentralverband des Raumausstatterhandwerks (Bundesinnungsverband des Raumausstatter- und Sattlerhandwerks) und Gewerkschaft Holz und Kunststoff — Hauptvorstand —.
152. Nr. 2102e/51 — Rahmentarifvertrag vom 20. 6. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 —.
153. Nr. 2102e/52 — Tarifvertrag vom 9. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über eine überbetriebliche Alters- und Invalidenbeihilfe.
154. Nr. 2102e/53 — Tarifvertrag vom 9. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über das Verfahren für die Zusatzversorgung der Wehrpflichtigen.
155. Nr. 2102e/54 — Tarifvertrag vom 9. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — zur Förderung der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse während der Winterperiode (Lohnausgleichs-Tarifvertrag).
156. Nr. 2102e/55 — Tarifvertrag vom 9. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über das Verfahren für den Lohnausgleich und die Zusatzversorgung.
157. Nr. 2102e/56 — Tarifvertrag vom 10. 7. 1969 über eine Lohnausgleichs-Tabelle für die Winterperiode 1969/70. Zu 152. bis 157. betr. gewerbl. Arbeitnehmer des Dachdeckerhandwerks im Bundesgebiet.
Zu 152. bis 157. Tarifvertragsparteien: Zentralverband des Dachdeckerhandwerks e. V., Hannover-Kleefeld, und IG Bau-Steine-Erden, Frankfurt/M.
158. Nr. 2102i/29 — Lohntarifvertrag vom 4. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge des Kachelofen- und Luftheizungsbauerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien: Landesinnung des Kachelofen- und Luftheizungsbauerhandwerks Hessen, Massenheim, und IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
159. Nr. 2303a/19 — Zusatztarifvertrag vom 5. 3. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Schornsteinfegerhandwerks im Lande Hessen (Lohn, Erschwerniszuschlag, Entschädigung für Beförderungsmittel).
Tarifvertragsparteien: Landesinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks Hessen, Frankfurt/M., und Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen — Landesverband Hessen —, Kassel.
160. Nr. 2400/239 — Lohntarifvertrag vom 9. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
161. Nr. 2400/240 — Gehaltstarifvertrag vom 9. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — für die kaufm. Angestellten. Zu 160. und 161. betr. Arbeitnehmer in den Cigaretten-Frischdiensten der Firma Reemtsma im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin.
Zu 160. und 161. Tarifvertragsparteien: Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
162. Nr. 2400/241 — Gehaltstarifvertrag vom 22. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — für die kaufm. Angestellten im Kundendienst sowie in den Verkaufsleistungsbüros Rauchtak und Cigarette der Firma Martin Brinkmann AG im Bundesgebiet einschl. West-Berlin nebst Protokollnotiz.
Tarifvertragsparteien: Firma Martin Brinkmann AG, Bremen, vertreten durch den Arbeitgeberverband der Cigarettenindustrie e. V., Hamburg, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
163. Nr. 2400/242 — Lohntarifvertrag vom 18. 4. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien: Landesverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels in Hessen e. V., Frankfurt/M., und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Ffm.
164. Nr. 2403/69 — Gehalts- und Lohntarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 3. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 —.
165. Nr. 2403/70 — Tarifvertrag vom 3. 7. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 15. 11. 1968 (Urlaubsdauer). Zu 164. und 165. betr. alle Arbeitnehmer des Brennstoffhandels im Lande Hessen (ohne Reg.-Bezirk Kassel). Zu 164. und 165. Tarifvertragsparteien: Arbeitgeberverband Hessischer Brennstoffhändler e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/M.
166. Nr. 2501b/232 — Tarifvertrag vom 10. 7. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969 — über Gehälter, Umsatzprämie und Sozialzulagen für die Leiter der Frischfleischabteilungen in der Konsumgenossenschaft Darmstadt.
Tarifvertragsparteien: Konsumgenossenschaft Darmstadt eGmbH — Vorstand — und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen — Landesleitung Hessen —.

167. Nr. 2501b/233 — Tarifvertrag vom 6. 3. 1969 — gültig ab 1. 2. 1969 — über Gehälter, Löhne, Lehrlingsentgelte, Urlaubsgeld, Sozialzulagen, Spesen für die Arbeitnehmer der Konsumgenossenschaften im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft der Konsumgenossenschaften in Hessen, Geschäftsstelle Hamburg, und Deutsche Angestellten-gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
168. Nr. 2600/18 — Tarifvertrag vom 1. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über Gehälter, Löhne, Lehrlingsentgelte, Treueprämien, zusätzl. Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer der Deutschen-Städte-Reklame GmbH (Zentrale und Geschäftsstellen) im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Städte-Reklame GmbH, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
169. Nr. 2601/158 — Tarifvertrag vom 12. 3. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — über die Gewährung eines Urlaubsgeldes an Redakteure und Volontäre an Tageszeitungen im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. und Deutscher Journalisten-Verband e. V., IG Druck und Papier sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.
170. Nr. 2601/159 — Manteltarifvertrag vom 29. 4. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die Arbeitnehmer (ausgenommen Redakteure, Kantinen- und Reinigungspersonal sowie Aushilfskräfte) der Deutsche Presse-Agentur GmbH — dpa — im Bundesgebiet und West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Presse-Agentur GmbH, Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen — Hauptvorstand —, Düsseldorf.
171. Nr. 2601/160 — Tarifvertrag vom 30. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — über die Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten der United Press International vom 4. 3. 1966 (zusätzlicher Nachtdienstzuschlag für Fernschreiber im Schichtdienst der Frankfurter Zentrale).
Tarifvertragsparteien:
United Press International, Filiale Deutschland, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
172. Nr. 2601/161 — Tarifvertrag vom 16. 6. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 22. 3. 1968 (Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit).
173. Nr. 2601/162 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 16. 6. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969.
Zu 172. u. 173. betr. Arbeitnehmer (ausgenommen Redakteure, Bildberichterstatler und leitende Angestellte) der Associated Press GmbH (Zentrale und Zweigbüros) im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 172. u. 173. Tarifvertragsparteien:
Associated Press GmbH, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
174. Nr. 2601/163 — Tarifvertrag vom 9. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — betr. Gehaltsgruppen für die Arbeitnehmer der DENA Deutsche Nachrichten-Akt.-Ges. im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
DENA Deutsche Nachrichten-Akt.-Ges., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/M.
175. Nr. 2603g/58 — Gehaltstarifvertrag vom 13. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — (Gehalt, Urlaubsgeld).
176. Nr. 2603g/59 — Tarifvertrag vom 13. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über Entgelte und Urlaubsgeld für die Lehrlinge.
Zu 175. u. 176. betr. Angestellte und Lehrlinge der privaten Reisebürobetriebe im Bundesgebiet.
Zu 175. u. 176. Tarifvertragsparteien:
Deutscher Reisebüro-Verband e. V., Frankfurt/M., und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg, sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
177. Nr. 2701/365 — Tarifvertrag vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./2. 4. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages i. d. F. vom 18. 3. 1968 (Urlaubsdauer, Kündigung).
178. Nr. 2701/366 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./1. 11. 1969 — nebst Protokollnotiz über Sonderregelungen bei den zentralen Geldinstituten der Raiffeisenorganisation (Arbeitszeit, Ortsklassenabschlag).
Zu 177. u. 178. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg, sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Düsseldorf.
179. Nr. 2701/367 — Tarifvertrag vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./2. 4. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages i. d. F. vom 18. 3. 1968 (Urlaubsdauer, Kündigung).
180. Nr. 2701/368 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./1. 11. 1969 — nebst Protokollnotiz über Sonderregelungen bei den zentralen Geldinstituten der Raiffeisenorganisation (Arbeitszeit, Ortsklassenabschlag).
Zu 179. u. 180. abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, dem Deutschen Bankbeamten-Verein e. V., Düsseldorf, sowie dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
Zu 177. bis 180. betr. Arbeitnehmer der zentralen Geldinstitute und Kreditgenossenschaften mit 5 oder mehr Arbeitnehmern im Deutschen Raiffeisenverband im Bundesgebiet.
181. Nr. 2701/369 — Tarifvertrag vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./2. 4. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages i. d. F. vom 18. 3. 1968 (Urlaubsdauer, Kündigung).
182. Nr. 2701/370 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./1. 11. 1969.
Zu 181. u. 182. abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 177. u. 178.
183. Nr. 2701/371 — Tarifvertrag vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./2. 4. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages i. d. F. vom 18. 3. 1968 (Urlaubsdauer, Kündigung).
184. Nr. 2701/372 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 3./1. 11. 1969.
Zu 183. u. 184. abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 179. u. 180.
Zu 181. bis 184. betr. Arbeitnehmer der Kreditgenossenschaften im Deutschen Raiffeisenverband im Bundesgebiet.
Zu 177. bis 184. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Arbeitsgebervereinigungen im ländlichen Genossenschaftswesen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
185. Nr. 2701/373 — Tarifvertrag vom 16. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 3. 8. 1961 (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
186. Nr. 2701/374 — Tarifvertrag vom 16. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 3. 8. 1961 (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesgruppe Banken und Sparkassen —, Hamburg.
187. Nr. 2701/375 — Tarifvertrag vom 16. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 3. 8. 1961 (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein e. V., Düsseldorf.
188. Nr. 2701/376 — Tarifvertrag vom 16. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 3. 8. 1961 (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hauptvorstand, Hamburg.
189. Nr. 2701/377 — Tarifvertrag vom 16. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 3. 8. 1961 (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover.
Zu 185. bis 189. betr. Arbeitnehmer der gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und genossenschaftlichen Teilzahlungsbanken im Bundesgebiet.

- Zu 185. bis 189. Tarifvertragsparteien: Arbeitgeberverband gewerblicher Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und genossenschaftlicher Teilzahlungsbanken e. V., Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
190. Nr. 2701/378 — Manteltarifvertrag vom 31. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969.
191. Nr. 2701/379 — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 31. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969.
Zu 190. u. 191. betr. alle Arbeitnehmer des Beamtenheimstättenwerks Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 190. u. 191. Tarifvertragsparteien: Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
192. Nr. 2701/30 — Rationalisierungsschutz-Tarifvertrag vom 7. 8. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die Arbeitnehmer der Lotterie-Treuhandges. mbH Hessen, Wiesbaden.
Tarifvertragsparteien: Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Hessen, Wiesbaden, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/M.
193. Nr. 2702a/236 — Gehaltstarifvertrag vom 11. 4. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — für die Angestellten sowie Entgelte für die Lehrlinge des Versicherungsvermittler-Gewerbes im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien: Bundesverband bevollmächtigter Generalagenten und Geschäftsstellenleiter der Assekuranz e. V., Köln, und Deutscher Handels- und Industriangestellten-Verband, Hauptvorstand, Hamburg, sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover.
194. Nr. 2702a/237 — 2. Zusatzabkommen vom 12. 5. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — zum Tarifvertrag für die Arbeitnehmer der Gemeinnützigen Bestattungsgesellschaft mbH im Bundesgebiet und West-Berlin vom 1. 1. 1967 (Erhöhung der Gehälter, Tätigkeitszulagen und Lehrlingsentgelte).
Tarifvertragsparteien: Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft mbH, Berlin, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Berlin i. A. des Hauptvorstandes, Düsseldorf.
195. Nr. 2702a/238 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages (§§ 9 u. 13).
196. Nr. 2702a/141 — Tarifvertrag vom 22. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages (§ 3).
Zu 195. u. 196. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Düsseldorf.
197. Nr. 2702a/239 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages (§§ 9 u. 13).
198. Nr. 2702a/240 — Tarifvertrag vom 22. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — zur Ergänzung des Manteltarifvertrages (§ 3).
Zu 197. u. 198. abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industriangestellten-Verband, Hamburg, sowie dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
Zu 195. bis 198. betr. Arbeitnehmer des privaten Versicherungsgewerbes im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 195. bis 198. Tarifvertragsparteien: Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmungen in Deutschland, München, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
199. Nr. 2702c-1/311 — Änderungstarifvertrag Nr. 12 vom 1. 12. 1968 — gültig ab 1. 11. 1968 — zum Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 18. 9. 1964.
200. Nr. 2702c-1/312 — Änderungstarifvertrag Nr. 13 vom 1. 3. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — zum Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 18. 9. 1964 (Lohngrundlagen).
- Zu 199. u. 200. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
201. Nr. 2702c-1/314 — Vergütungstarifvertrag Nr. 7 vom 1. 3. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die Angestellten, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
202. Nr. 2702c-1/315 — Tarifvertrag vom 1. 3. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — über Entgelte für die Lehrlinge und Anlernlinge, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten.
Zu 199. bis 202. betr. Arbeitnehmer der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet und West-Berlin.
203. Nr. 2702c-1/313 — Lohnstarifvertrag Nr. 13 vom 1. 3. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
204. Nr. 2702c-1/316 — Tarifvertrag vom 6. 11. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/Weihn. 1968 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die gewerbl. Arbeitnehmer vom 17. 2. 1965.
Zu 203. u. 204. abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 199. u. 200.
205. Nr. 2702c-1/317 — Tarifvertrag vom 6. 11. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/Weihn. 1968 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Angestellte vom 17. 2. 1965.
206. Nr. 2702c-1/318 — Tarifvertrag vom 6. 11. 1968 — gültig ab Weihn. 1968 — über die Gewährung einer Zuwendung an Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 205. u. 206. abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 201.
Zu 203. bis 206. betr. Arbeitnehmer der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet — mit Ausnahmen —.
Zu 199. bis 206. Tarifvertragsparteien: Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
207. Nr. 2702c-3/48 — Tarifvertrag vom 6. 11. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/Weihn. 1968 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung vom 1. 2. 1965.
208. Nr. 2702c-3/49 — Vergütungstarifvertrag Nr. 6 vom 1. 2. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969.
209. Nr. 2702c-3/50 — Tarifvertrag vom 1. 3. 1969 — gültig ab 1. 3. 1969 — über die Gewährung von Beihilfen.
Zu 207. bis 209. betr. Angestellte der Landkrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet.
Zu 207. bis 209. Tarifvertragsparteien: Bundesverband der Landkrankenkassen, Hannover, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten e. V., Bonn.
210. Nr. 2702c-4/235 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 11 vom 2. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — zum BG-ArbT II vom 17. 2. 1965 (Manteländ. u. a. Lohnformen, Monatslohn, Lohnzahlung) nebst Monatslohntabelle.
211. Nr. 2702c-4/236 — Tarifvertrag vom 2. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — über Löhne, Sozialzuschlag sowie Manteländerungen.
Zu 210. u. 211. betr. Arbeiter der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Bundesgebiet.
Zu 210. u. 211. Tarifvertragsparteien: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn.
212. Nr. 2702c-5/161 — 15. Tarifvertrag vom 29. 10. 1968 — gültig ab 1. 11. 1968 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten (Umzugskostenvergütung, Trennungsschädigung), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

- 213. Nr. 2702c-5/162** — 6. Tarifvertrag vom 10. 12. 1968 — gültig ab 1. 12. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
Zu 212 u. 213. betr. Arbeitnehmer der Verwaltung und Betriebe der Knappschaften und der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften im Bundesgebiet.
Zu 212. u. 213. Tarifvertragsparteien: Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften, Bochum, i. V. der Aachener Knappschaft, Aachen; Brühler Knappschaft, Köln; Hannoverische Knappschaft, Hannover; Hessische Knappschaft, Kassel; Niederrheinische Knappschaft, Moers/Ndrhh.; Ruhrknappschaft, Bochum; Saarknappschaft, Saarbrücken; Süddeutsche Knappschaft, München; und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 214. Nr. 2702c-6/224** — Tarifvertrag vom 1. 6. 1969 — gültig ab 1. 11. 1968 — zur Übernahme des Tarifvertrages betr. Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT für die Angestellten des Bundes und der Länder vom 23. 10. 1968 (Tätigkeitsmerkmale für Angestellte in technischen Berufen).
- 215. Nr. 2702c-6/225** — Tarifvertrag vom 1. 6. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — zur Übernahme des Dritten Änderungs-tarifvertrages vom 17. 4. 1969 zum Versorgungstarifvertrag für die Arbeitnehmer des Bundes, der Länder und der Gemeinden.
Zu 214. u. 215. betr. Angestellte und Arbeiter der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe im Bundesgebiet (mit Ausnahmen).
Zu 214. u. 215. Tarifvertragsparteien: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
- 216. Nr. 2702c-6a/746** — Tarifvertrag Nr. 189 vom 24. 3. 1969 — gültig ab 1. 10. 1968 —, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
- 217. Nr. 2702c-6a/747** — Tarifvertrag Nr. 189 vom 24. 3. 1969 — gültig ab 1. 10. 1968 —, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn.
- 218. Nr. 2702c-6a/748** — Tarifvertrag Nr. 189 vom 24. 3. 1969 — gültig ab 1. 10. 1968 —, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Berlin, sowie der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands.
- 219. Nr. 2702c-6a/749** — Tarifvertrag Nr. 189 vom 24. 3. 1969 — gültig ab 1. 10. 1968 —, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover.
Zu 216. bis 219. betr. 1. Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 151 für die Angestellten vom 29. 11. 1966 über die Einstufung der BfA-eigenen Sanatorien zu den Bereitschaftsdienststufen.
- 220. Nr. 2702c-6a/750** — Tarifvertrag Nr. 192 vom 1. 2. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
- 221. Nr. 2702c-6a/751** — Tarifvertrag Nr. 192 vom 1. 2. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 217.
- 222. Nr. 2702c-6a/752** — Tarifvertrag Nr. 192 vom 1. 2. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands.
Zu 220. bis 222. betr. Lohntarifvertrag Nr. 7 für die Arbeiter (Lohn, Sozialzuschlag, Manteländerung).
Zu 216. bis 222. betr. Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 216 bis 222. Tarifvertragsparteien: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 223. Nr. 2804/422** — Tarifvertrag Nr. 262a vom 1. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 —, abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, Frankfurt M.
- 224. Nr. 2804/423** — Tarifvertrag Nr. 262b vom 1. 7. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 —, abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband, Bonn, sowie der Christlichen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldewesens, Hauptvorstand, München.
Zu 223. u. 224. betr. Ergänzung und Änderung der Anlage 2 zum TV Ang. für die Angestellten der Deutschen Bundespost im Bundesgebiet (Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im Fernmeldewesen).
Zu 223. u. 224. Tarifvertragsparteien: Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 225. Nr. 2804/424** — Tarifvertrag Nr. 56 vom 1. 7. 1969 — gültig ab 1. 1./1. 6./1. 12. 1969/1. 1. 1970/1. 1. 1973 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter vom 22. 6. 1961 (u. a. Urlaub, Urlaubsgeld).
- 226. Nr. 2804/425** — Tarifvertrag Nr. 57 vom 1. 7. 1969 — gültig ab 1. 1./1. 5. 1969 — über die Änderung von Tarifverträgen für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge (Manteländ., u. a. lfd. Zuwendung, Urlaubsgeld).
Zu 225. u. 226. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben der Bundesdruckerei in Berlin, Frankfurt/M., Neu-Isenburg und Bonn.
Zu 225. u. 226. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, und Deutsche Postgewerkschaft, Hauptvorstand in Frankfurt/M. und Landesleitung Berlin sowie IG Druck und Papier, Hauptvorstand in Stuttgart und Landesbezirksvorstand Berlin.
- 227. Nr. 2805/341** — Tarifvertrag Nr. 4 a/1969 vom 22. 5. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
- 228. Nr. 2805/342** — Tarifvertrag Nr. 4 b/1969 vom 22. 5. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 —, abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter Christl. Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter.
Zu 227. u. 228. betr. Änderung und Ergänzung des LTV für die Arbeiter (Mantel- und Lohngruppenänderung, Lohn).
- 229. Nr. 2805/343** — Tarifvertrag Nr. 3 a (II a) 1969 vom 27. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 227.
- 230. Nr. 2805/344** — Tarifvertrag Nr. 3 b (II b) 1969 vom 27. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 228.
Zu 229. u. 230. betr. Vereinbarungen über die Gewährung jährlicher Zuwendungen an alle Arbeitnehmer.
Zu 227. bis 230. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbahn im Bundesgebiet.
Zu 227. bis 230. Tarifvertragsparteien: Deutsche Bundesbahn — Vorstand — und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 231. Nr. 2806a/352** — Tarifvertrag Nr. 390 vom 12. 6. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
- 232. Nr. 2806a/353** — Tarifvertrag Nr. 391 vom 12. 6. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands — Hauptvorstand —, Frankfurt M.
- 233. Nr. 2806a/354** — Tarifvertrag Nr. 392 vom 12. 6. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969 —, abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner — Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christl. Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter, Frankfurt M.
Zu 231. bis 233. betr. Erhöhung des Unterhaltszuschusses zur Ausbildung der Anwärter (Änderung Abschn. F der

- Anlage 7 zum ETV) bei den nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 231. bis 233. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
234. Nr. 2807/86 — Tarifvertrag vom 20. 12. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 — zur Regelung der Arbeitsbedingungen.
235. Nr. 2807/87 — Tarifvertrag vom 20. 12. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 — über die Zahlung eines Urlaubsgeldes und die Berechnung des Urlaubsentgeltes.
Zu 234. u. 235. betr. gewerbl. Arbeitnehmer in den Mineralölvertrieb-Betrieben der ESSO AG im Bundesgebiet und West-Berlin.
Zu 234. u. 235. Tarifvertragsparteien:
Firma ESSO AG, Hamburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
236. Nr. 2807/88 — Tarifvertrag vom 24. 6. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — über Entgelte für die Lehrlinge des Tankstellen- und Garagengewerbes sowie der Autopflegestellen im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband Tankstellen- und Garagengewerbe im VKT Hessen e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt/M.
237. Nr. 2808/182 — Manteltarifvertrag Nr. 2 vom 19. 2. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969.
238. Nr. 2808/183 — Gehaltstarifvertrag Nr. 2 vom 19. 2. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969.
Zu 237. u. 238. betr. Arbeitnehmer (ausgenommen die deutschen Stewardessen) der British European Airways im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Zu 237. u. 238. Tarifvertragsparteien:
British European Airways — Direktion für Deutschland —, Berlin-Tempelhof, Flughafen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
239. Nr. 2808/184 — Tarifvertrag vom 1. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1969 — für das Bordpersonal der Condor-Flugdienst GmbH im Bundesgebiet (Mantel, Tätigkeitsmerkmale, Gehalt, Flugzulagen) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
240. Nr. 2808/185 — Tarifvertrag vom 5. 5. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969 — zur Änderung der Protokollnotiz des Tarifvertrages vom 1. 9. 1961 über die Seniorität für das Bordpersonal der Deutschen Lufthansa AG im Bundesgebiet.
Zu 239. u. 240. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
241. Nr. 2900/160 — Manteltarifvertrag vom 27. 9. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969 — für die Arbeitnehmer der Internationalen Schlafwagen- und Touristik-Gesellschaft im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Internationale Schlafwagen- und Touristik-Gesellschaft, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
242. Nr. 2900/161 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1968 zur Ergänzung des Manteltarifvertrages vom 1. 7. 1966 (u. a. zusätzl. Urlaubsgeld) für die Arbeitnehmer.
243. Nr. 2900/162 — Lohnstarifvertrag vom 1. 10. 1968 — gültig ab 1. 10. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
244. Nr. 2900/163 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 10. 1968 — gültig ab 1. 10. 1968 — für die Angestellten.
245. Nr. 2900/164 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1968 zum Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 1. 10. 1968.
Zu 242. bis 245. betr. Arbeitnehmer in den Schulungs- und Erholungsheimen der Gesellschaft für Jugendheime mbH im Bundesgebiet.
- Zu 242. bis 245. Tarifvertragsparteien:
Gesellschaft für Jugendheime mbH, Düsseldorf, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
246. Nr. 3001/1581 — Änderungstarifvertrag vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — zum Bundeslohnstarifvertrag Nr. 15 für die Arbeiter vom 1. 2. 1969 (Lohnzulage, Sozialzuschlag).
247. Nr. 3001/1582 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter vom 24. 11. 1964.
248. Nr. 3001/1583 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über Kinderzuschläge für die Arbeiter vom 28. 7. 1958.
249. Nr. 3001/1584 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der arbeiterrentenversicherungspflichtigen Lehrlinge vom 7. 3. 1963.
250. Nr. 3001/1606 — 2. Ergänzungstarifvertrag vom 1. 7. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — zum Rahmentarifvertrag zu § 20 Abs. 1 BMT-G (Lohngruppen, Lohngruppenspannen) für die Arbeiter vom 28. 7. 1967.
Zu 246. bis 250. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
251. Nr. 3001/1585 — Anschlußtarifvertrag vom 26. 6. 1969 zum Änderungstarifvertrag vom 1. 4. 1969 zum Bundeslohnstarifvertrag Nr. 15 für die Arbeiter vom 1. 2. 1969; Änderungstarifvertrag vom 1. 4. 1969 zum 9. Bundeslohnstarifvertrag für das Haus- und Küchenpersonal vom 1. 2. 1969; Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter vom 24. 11. 1964; Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 zur Änderung des Tarifvertrages über Kinderzuschläge für die Arbeiter vom 28. 7. 1958, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
252. Nr. 3001/1586 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Lehrlinge und Anlernlinge vom 6. 11. 1968.
253. Nr. 3001/1587 — 3. Änderungstarifvertrag vom 17. 4. 1969 — gültig ab 1. 1. 1967/1. 1. 1968/1. 7. 1969 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer (VersTV-G) vom 6. 3. 1967.
Zu 252. u. 253. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
254. Nr. 3001/1598 — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1968 zum Tarifvertrag vom 1. 4. 1968 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter vom 24. 11. 1964 und Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 zum Bundeslohnstarifvertrag Nr. 14 für die Arbeiter vom 3. 12. 1967.
255. Nr. 3001/1599 — Anschlußtarifvertrag vom 14. 1. 1969 zum Tarifvertrag vom 6. 11. 1968 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter vom 24. 11. 1964.
256. Nr. 3001/1600 — Anschlußtarifvertrag vom 28. 2. 1969 zum Ersten Ergänzungstarifvertrag vom 20. 6. 1968 zum Rahmentarifvertrag zu § 20 Abs. 1 BMT-G (Lohngruppen, Lohngruppenspannen) für die Arbeiter vom 28. 7. 1967.
257. Nr. 3001/1601 — Anschlußtarifvertrag vom 5. 3. 1969 zum Bundeslohnstarifvertrag Nr. 15 für die Arbeiter vom 1. 2. 1969.
Zu 254. bis 257. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, Kassel.

258. Nr. 3002a/261 — Änderungsarbeitsvertrag vom 1. 4. 1969 zum 9. Bundeslohntarifvertrag für das Haus- und Küchenpersonal vom 1. 2. 1969 (Sozialzuschlag), abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 246. bis 250.
259. Nr. 3002a/262 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Medizinalassistenten vom 24. 11. 1964, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 252 u. 253. Zu 246. bis 259 betr. Arbeitnehmer der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet. Zu 246. bis 259. Tarifvertragsparteien: Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Köln-Marienburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
260. Nr. 3001/1588 — Anschlussarbeitsvertrag vom 13. 3. 1969 zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 14 zum MTL II vom 12. 3. 1969, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands — Bundesvorstand.
261. Nr. 3001/1589 — Anschlussarbeitsvertrag vom 13. 3. 1969 zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 14 zum MTL II vom 12. 3. 1969, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand.
262. Nr. 3001/1590 — Anschlussarbeitsvertrag vom 13. 3. 1969 zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 14 zum MTL II vom 12. 3. 1969, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund. Zu 260. bis 262. betr. Arbeiter der Länderverwaltungen und -betriebe im Bundesgebiet (mit Ausnahmen).
263. Nr. 3001/1591 — Anschlussarbeitsvertrag vom 13. 3. 1969 für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschl. der Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und des Saarlandes zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 14 zum MTL II vom 12. 3. 1969, abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter — Bundesvorstand. Zu 260. bis 263. Tarifvertragsparteien: Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
264. Nr. 3001/1595 — 3001a/1138 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Lehrlinge und Anlernlinge vom 6. 11. 1968.
265. Nr. 3001/1596 — 3001a/1142 — Tarifvertrag vom 19. 6. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Betriebsprüfer und Steuerfahnder der Steuerverwaltungen der Länder vom 1. 2. 1967 (Ausdehnung des Geltungsbereiches auf Angestellte im Außendienst der Steuerprüfung oder der Zollfahndung des Bundes).
266. Nr. 3001/1607 — 3001a/1153 — Tarifvertrag vom 10. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969 — zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im Schreib- und Fernschreibdienst). Zu 264. bis 266. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
267. Nr. 3001/1603 — 3001a/1150 — Anschlussarbeitsvertrag vom 21. 8. 1969 zum Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter vom 24. 11. 1964, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
268. Nr. 3001/1604 — 3001a/1151 — Anschlussarbeitsvertrag vom 21. 8. 1969 zum Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter vom 24. 11. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Bundesvorstand. Zu 264. bis 268. betr. Arbeitnehmer des Bundes und der Länderverwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
269. Nr. 3001a/1130 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter vom 25. 11. 1964.
270. Nr. 3001a/1131 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Lehrlinge und Anlernlinge vom 7. 11. 1968. Zu 269. u. 270. betr. Arbeiter, Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes im Bundesgebiet und der Verwaltungen und Betriebe des Saarlandes. Zu 269. u. 270. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands — Bundesvorstand. Zu 264. bis 270. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
271. Nr. 3001/1592 — 3001a/1135 — 21. Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 4./1. 5. 1969 — zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten (Manteländ.).
272. Nr. 3001/1593 — 3001a/1136 — Änderungsarbeitsvertrag Nr. 3 vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961.
273. Nr. 3001/1594 — 3001a/1137 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten vom 24. 11. 1964.
274. Nr. 3001/1605 — 3001a/1152 — Dritter Änderungsarbeitsvertrag vom 17. 4. 1969 — gültig ab 1. 1. 1967 i. 1. 1968 i. 7. 1969 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer (Versorgungs-TV) vom 4. 11. 1966.
275. Nr. 3002a/266 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 24. 11. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an Praktikantinnen (Praktikanten) in der Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege, für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Krankengymnasten, der Beschäftigungstherapeutin, des Masseurs, des Masseurs und med. Bade-meisters.
276. Nr. 3002a/267 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. 11. 1967.
277. Nr. 3002a/268 — Tarifvertrag vom 15. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. 11. 1967. Zu 271. bis 277. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
278. Nr. 3001/1597 — 3001a/1146 — Anschlussarbeitsvertrag vom 8. 8. 1969 zum Tarifvertrag vom 20. 9. 1968 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Vergütungsgruppen für Angestellte mit Restaurierungs-, Präparierungs- und Konservierungsarbeiten — und zum Tarifvertrag vom 23. 10. 1968 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Vergütungsgruppen für Angestellte in technischen Berufen —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand.
279. Nr. 3001/1602 — 3001a/1149 — Anschlussarbeitsvertrag vom 18. 8. 1969 zum Tarifvertrag vom 20. 9. 1968 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Vergütungsgruppen für Angestellte mit Restaurierungs-, Präparierungs- und Konservierungsarbeiten — und zum Tarifvertrag vom 23. 10. 1968 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Vergütungsgruppen für Angestellte in technischen Berufen —, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund. Zu 271. bis 279. betr. Arbeitnehmer des Bundes, der Länderverwaltungen und -betriebe und der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
280. Nr. 3001a/1139 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten vom 25. 11. 1964.

281. Nr. 3002a/263 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 24. 11. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an Praktikantinnen (Praktikanten) in der Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege, für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Krankengymnasten, der Beschäftigungstherapeutin, des Masseurs, des Masseurs und med. Bademeisters.
282. Nr. 3002a/264 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Lernschwestern und Lernpfleger vom 6. 2. 1968.
283. Nr. 3002a/265 — Tarifvertrag vom 16. 4. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 6. 2. 1968. Zu 280. bis 283. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands — Bundesvorstand. Zu 280. bis 283. betr. Arbeitnehmer des Bundes im Bundesgebiet, des Saarlandes sowie der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Saarland. Zu 271. bis 283. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
284. Nr. 3001a/1134 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 12 vom 12. 3. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — zum MTB II für die Arbeiter des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr im Bundesgebiet (Neuregelung der Entschädigungssätze gem. § 38 MTB II). Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland sowie Bundesanstalt für den Güterfernverkehr — beide vertreten durch den Bundesminister des Innern — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
285. Nr. 3001a/1132 — Tarifvertrag vom 10. 5. 1969 — gültig ab 1. 7. 1969 — über Lohnzuschläge gem. § 29 MTB II für Arbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands — Bundesvorstand.
286. Nr. 3001a/1133 — Anschlußtarifvertrag vom 22. 7. 1969 zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 12 zum MTB für die Arbeiter vom 12. 3. 1969, Ergänzungstarifvertrag vom 1. 4. 1969 zum Tarifvertrag über die Löhne der Arbeiter vom 1. 2. 1969, Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 4. 1969 zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 5. 4. 1965.
287. Nr. 3001a/1148 — Anschlußtarifvertrag vom 15. 8. 1969 zum Tarifvertrag über Lohnzuschläge gem. § 29 MTB II für die Arbeiter vom 9. 5. 1969. Zu 286. u. 287. abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
288. Nr. 3001a/1143 — Anschlußtarifvertrag vom 1. 8. 1969 zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 12 vom 12. 3. 1969 zum MTB II für die Arbeiter, Ergänzungstarifvertrag vom 1. 4. 1969 zum Lohnstarifvertrag für die Arbeiter vom 1. 2. 1969 und zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 4. 1969 zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 5. 4. 1965.
289. Nr. 3001a/1147 — Anschlußtarifvertrag vom 18. 8. 1969 zum Tarifvertrag über Lohnzuschläge gem. § 29 MTB II für die Arbeiter vom 9. 5. 1969. Zu 288. u. 289. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand.
290. Nr. 3001a/1144 — Anschlußtarifvertrag vom 7. 8. 1969 zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 12 vom 12. 3. 1969 zum MTB II für die Arbeiter, Ergänzungstarifvertrag vom 1. 4. 1969 zum Lohnstarifvertrag für die Arbeiter vom 1. 2. 1969 und zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 4. 1969 zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 5. 4. 1965.
291. Nr. 3001a/1145 — Anschlußtarifvertrag vom 8. 8. 1969 zum Tarifvertrag über Lohnzuschläge gem. § 29 MTB II für die Arbeiter vom 9. 5. 1969. Zu 290. u. 291. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Hauptverwaltung. Zu 285. bis 291. betr. Arbeiter und Kraftfahrer des Bundes im Bundesgebiet. Zu 285. bis 291. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
292. Nr. 3001a/1140 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
293. Nr. 3001a/1141 — Tarifvertrag vom 30. 5. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand. Zu 292. u. 293. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbank im Bundesgebiet. Zu 292. u. 293. Tarifvertragsparteien: Deutsche Bundesbank — Direktorium — und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
294. Nr. 3001a-1/207 — 14. Tarifvertrag vom 3. 6. 1969 — gültig ab 9. 6. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten und der Vergütungsordnung — Anlage 1 zum MTA.
295. Nr. 3001a-1/208 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 6. 1969 — zum Manteltarifvertrag für die Angestelltenlehrlinge vom 17. 7. 1962 (Kinderzuschlag, Laufzeit).
296. Nr. 3001a-1/209 — Tarifvertrag vom 3. 6. 1969 — gültig ab 1. 5. 1969 — zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Nachwuchskräfte des höheren Dienstes im Angestelltenverhältnis. Zu 294. bis 296. betr. Arbeitnehmer der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet. Zu 294. bis 296. Tarifvertragsparteien: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
297. Nr. 3002/71 — Tarifvertrag vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — über die Regelung der Rechtsverhältnisse der nicht vollbeschäftigten Fleischbeschauer, Fleischbeschauer und Trichinenschauer in öffentlichen Schlachthöfen des Landes Berlin und des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie der Gemeinden im Bundesgebiet.
298. Nr. 3002/72 — Tarifvertrag vom 1. 4. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — über die Regelung der Rechtsverhältnisse der Fleischbeschautierärzte, Fleischbeschauer und Trichinenschauer außerhalb öffentlicher Schlachthöfe der Stadtgemeinde Bremen sowie der Länder und Gemeinden im Bundesgebiet. Zu 297. u. 298. Tarifvertragsparteien: Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
299. Nr. 3002/73 — Änderungstarifvertrag Nr. 8 vom 28. 7. 1969 — gültig ab 1. 8. 1969/1. 1. 1970 — zum Tarifvertrag vom 11. 2. 1963 für die Angestellten und Lehrlinge der Ärztlichen Verrechnungsstelle Büdingen e. V. in Büdingen (Erhöhung der Gehälter und Lehrlingsentgelte, Arbeitszeitkürzung). Tarifvertragsparteien: Ärztliche Verrechnungsstelle Büdingen e. V., Büdingen/Hessen, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
300. Nr. 3004/309 — Tarifvertrag vom 6. 6. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — über die Erhöhung der Vergütungen für TO.K-Musiker der Kulturochester im Bundesgebiet.

Tarifvertragsparteien:

Deutscher Bühnenverein e. V., Köln, und Deutsche Orchestervereinigung im DGB, Hamburg, sowie Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

301. Nr. 3004/310 — Tarifvertrag vom 22. 6. 1969 — gültig ab 1. 4. 1969 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 9. 11. 1964 über die Abfindung von Angestellten und Arbeitern der Staatstheater Wiesbaden und Kassel und des Landes-theaters Darmstadt bei der Teilnahme an Abstechern und Gastspielen im Inland (Erhöhung des Tagegeldes).
Tarifvertragsparteien:
Land Hessen, vertreten durch den Hess. Minister der Finanzen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/M.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

302. Nr. H-409f/92 — Bindende Festsetzung von Entgelten für das Fädeln und Ketteln von Glaskurzwaren, wie Bundware, Kolliers usw., nach Gablonzer Art in Heimarbeit vom 20. 5. 1969 — gültig ab dem ersten Tage des auf die Veröffentlichung im Bundesanzeiger folgenden Monats —, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 112 vom 25. 6. 1969, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Glaskurz- und Kristallglaswaren nach Gablonzer Art.
303. Nr. H-1209/40 — Bindende Festsetzung der Entgelte für die mit Maschinenstickerei in Heimarbeit Beschäftigten vom 8. 5. 1969 — gültig ab dem Tage der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

304. Nr. H-1209/41 — Bindende Festsetzung über Urlaub für die in der Maschinenstickerei in Heimarbeit Beschäftigten vom 8. 5. 1969 — gültig ab 1. 1. 1970.
Zu 303. u. 304. Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 103 vom 10. 6. 1969, beschlossen von dem Heimarbeitsaus-schuß für Maschinenstickerei.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Berichtigung:

In den nachstehend genannten Veröffentlichungen muß es richtig heißen:

- a) StAnz. Nr. 18/1969
auf Seite 737 lfd. Nr. 65: Nr. 1912c 99
auf Seite 745 lfd. Nr. 228: Neuregelung der Vergütungen
- b) StAnz. Nr. 22 1969
auf Seite 911 lfd. Nr. 75: Nr. 2100 652
auf Seite 912 lfd. Nr. 93: Nr. 2100/662
auf Seite 913 lfd. Nr. 110: Nr. 2802 239.

Wiesbaden, 8. 10. 1969

Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt
und Gesundheitswesen
I A 2 — 2607

StAnz. 43/1969 S. 1762

1477

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Altenfeld, Krs. Fulda

Ergänzungsbeschuß

Auf Grund des § 8 (2) in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 — BGBI. I S. 591 — wird der Flurbereinigungsbeschuß von Altenfeld vom 10. 6. 1965 wie folgt geändert:

1. Zum Flurbereinigungsverfahren werden nachträglich folgende Grundstücke zugezogen:

Gemarkung Gackenhof

Flur 10, Flurstück 13/1, Mittelwald, H, 0,0574 ha, Flur 10, Flurstück 12/2, Mittelwald, H, 0,4428 ha, Flur 10, Flurstück 17, Kohlgraben, Weg, 0,3410 ha, Flur 10, Flurstück 18/1, Kohlgraben, Weg, 0,0482 ha, Flur 10, Flurstück 20/1, Kohlgraben, H, 1,2277 ha.

Gemarkung Gichenbach

Flur 9, Flurstück 1, Lahngraben, H, 0,0945 ha, Flur 9, Flurstück 2, Lahngraben, H, 0,1714 ha, Flur 9, Flurstück 3, Lahngraben, H, 0,0161 ha, Flur 9, Flurstück 4, Lahngraben, Weg, 0,4816 ha, Flur 9, Flurstück 5, Lahngraben, H, 236,7235 ha, Flur 9, Flurstück 6, Harthberg, Weg, 0,0911 ha, Flur 9, Flurstück 7, Harthberg, H, 0,1152 ha, Flur 9, Flurstück 8, Harthberg, Weg, 0,7436 ha, Flur 9, Flurstück 9, Harthberg, H, 10,2005 ha. Zusammen: 250,7546 ha.

2. Das Flurbereinigungsverfahren Altenfeld umfaßt gemäß Beschuß vom 10. 6. 1965 eine Fläche von rd. 437,0000 ha hinzu kommen nunmehr auf Grund dieses Ergänzungsbeschlusses rd. 251,0000 ha

zusammen: rd. 688,0000 ha

Die Verfahrensfläche des Flurbereinigungsverfahrens Altenfeld wird daher mit einer Fläche von rd. 688,0000 ha

festgestellt.

Die Änderungen des Flurbereinigungsgebietes sind aus der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, ersichtlich.

3. Änderungen in der Bezeichnung und im Sitz der Teilnehmergemeinschaft treten durch diesen Beschuß nicht ein. Die Zahl der Mitglieder des Teilnehmervorstandes bleibt unverändert.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte an den hiermit zugezogenen Grundstücken, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung

am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Fulda anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Für die hiermit zugezogenen Grundstücke ist nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der vorstehende Ergänzungsbeschuß wird in der Gemeinde Altenfeld sowie in den Nachbargemeinden Gersfeld, Gackenhof, Gichenbach, Ebersberg, Hettenhausen und Maersbach,

Kreis Fulda, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Ergänzungsbeschluß zur Einsichtnahme für die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern der vorstehenden Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Beschwerde beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstr. 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde, eingelegt werden. Die Einlegung der Beschwerde ist innerhalb vorgenannter Frist auch beim Kulturamt in Fulda zulässig.

Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Wiesbaden oder Kulturamt in Fulda zu erklären.

Wiesbaden, 24. 9. 1969

Landeskulturamt Wiesbaden
KF 248-Altendorf Gesch.-Nr.: 24826/69
St.Anz. 43/1969 S. 1776

1478

Flurbereinigung Wisper, Krs. Untertaunus

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Wisper (Untertaunus) wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden sämtliche Grundstücke der Gem. Wisper u. die in der Anlage aufgeführten Grundstücke der Gem. Langschieb festgestellt. Es hat eine Größe von 280,9612 ha, worin eine Waldfläche von 158,2087 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen bzw. orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Wisper (Untertaunus)“

mit dem Sitz in Wisper (Untertaunus).

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden, Schützenhofstr. 3, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Wisper und den Nachbargemeinden Langschieb, Mappershain, Springen, Dicktschied und Nauroth öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Wisper und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

Landeskulturamt
WF 427 — Wisper — 25362/69
St.Anz. 43/1969 S. 1777

*

Anlage

zum Flurbereinigungsbeschluß Wisper/Uts.

Grundstücksverzeichnis

Im Verfahren:

1. Gemarkung Wisper, Flur 1—4 ganz

2. Gemarkung Langschieb

Flur 6: Flurstücke: 1, 200/2, 3, 4, 201/5, 202/6, 203/7, 204/8, 205/9, 206/10, 11—15, 207/16, 17—19, 233/20, 234/20, 235/20, 236/20, 229/21, 230/21, 231/21, 232/21, 22—35, 227/36, 228/36, 237/37, 238/37, 38—42, 225/43, 226/43, 44—47, 196/48, 197/48, 49, 50, 210/51, 52—54, 211/55, 56, 57, 171—179;

Flur 7: sämtliche Flurstücke

Flur 8: sämtliche Flurstücke

Flur 9: sämtliche Flurstücke

Flur 10: Flurstücke: 6/3, 24/1, 12, 66/13, 67/14, 15, 25, 26, 35/7, 39/1, 39/2, 39/3, 39/4, 39/5, 39/6, 59/1, 59/2;

Flur 15: Flurstücke: 88—102.

1479

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

a) Ministerium

ernannt:

zum **Leitenden Ministerialrat** Ministerialrat (BaL) Dr. Helmut Lenz (24. 9. 1969);

zum **Regierungsrat zur Anstellung (BaP)** Angestellter Fritz Rückel (3. 10. 1969);

zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Josef Löw (24. 9. 1969);

zu **Amtsräten** die Regierungsamtswärter (BaL) Gerhard Hirschmann (1. 8. 1969), Herbert Heldt (1. 10. 1969);

zum **Regierungsvermessungsamtmann** Regierungsvermessungsoberspektor (BaL) Ernst Komora (1. 10. 1969);

zum **Brandoberinspektor** Brandinspektor (BaL) Walter Rausch (24. 9. 1969);

zu **Regierungsoberspektoren** die Regierungsinspektoren (BaL) Hans-Ulrich Rösecke (24. 9. 1969), Betty Dreiling (24. 9. 1969), Margarete Herbert (24. 9. 1969);

in den **Ruhestand** getreten:

Oberamtsrat Heinrich Leinweber (Ende März 1969);

in den Ruhestand versetzt:

Amtsrat Karl Fey auf eigenen Antrag (Ende Juni 1969),
Regierungsamtmann Alfred Kamme auf eigenen Antrag
(Ende Juni 1969).

Wiesbaden, 13. 10. 1969

Der Hessische Minister des Innern

I A 23 — 8 b — P 349

StAnz. 43/1969 S. 1777

b) staatliche Polizei des Regierungsbezirks Darmstadt

ernannt:

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Peter Groß, PVB Darmstadt (15. 7. 1969), Maximilian Klanitz, Landrat PK Darmstadt (23. 7. 1969), Johannes Finke, Landrat des Untertaunuskreises PK (22. 7. 1969), Alfred Wüst, Landrat PK Büdingen (18. 8. 1969), Wenzel Schaffer, PVB Butzbach (16. 9. 1969), Friedrich Brötz, PVB Butzbach (16. 9. 1969), Heinrich Bremser, PVB Idstein (25. 9. 1969);

zum **Kriminalhauptmeister** Kriminalobermeister (BaL) Fritz Fettes, StKK Gelnhausen (25. 7. 1969);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Rudolf Schneider, Landrat des Kreises Bergstraße PK (10. 7. 1969), Ernst Kornmann, PVB Darmstadt (7. 8. 1969), Erich Naumann, Landrat des Kreises Bergstraße PK (21. 8. 1969), Karl Rauber, PVB Butzbach (31. 8. 1969), Günter Göpel, PVB Butzbach (29. 8. 1969), Rolf Kettrukat, Landrat des Dillkreises PK (29. 8. 1969), Rudolf Lortz, Landrat PK Darmstadt (12. 9. 1969), Ewald Krämer, Landrat PK Büdingen (11. 9. 1969), Adolf Heinisch, Landrat PK Büdingen (11. 9. 1969), Rudolf Hölzer, Landrat PK Limburg (17. 9. 1969), Ferdinand Schmid, Landrat PK Gelnhausen (17. 9. 1969), Rudolf Zdarsky, Landrat des Kreises Bergstraße PK (23. 9. 1969), Werner Stritzke, Landrat des Kreises Bergstraße PK (23. 9. 1969), Horst Gebauer, Landrat des Kreises Bergstraße PK (28. 9. 1969), Horst Schirmacher, Landrat PK Friedberg (30. 9. 1969);

zum **Kriminalobermeister** Kriminalmeister Wilhelm Lesch, StKK Hofheim (30. 8. 1969);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Peter Rogge, Landrat des Obertaunuskreises PK (29. 8. 1969), Julius Schmidt, Landrat des Obertaunuskreises PK (29. 8. 1969), Horst Jaburek, Landrat des Obertaunuskreises PK (29. 8. 1969), Detlev Thielke, Landrat PK Offenbach (12. 9. 1969);

die **Polizeihauptwachtmeister** (BaP) Joachim Aufleger, Landrat PK Groß-Gerau (16. 7. 1969), Roland Heid, Landrat PK Dieburg (17. 7. 1969), Rainer Storck, Landrat PK Erbach (17. 7. 1969), Hans Jürgen Waldek, Landrat PK Erbach (21. 7. 1969), Walther Wassipaul, Landrat PK Erbach (17. 7. 1969), Hans Josef Stockmann, Landrat PK Limburg (18. 7. 1969), Karl-Heinz Höbig, Landrat PK Limburg (18. 7. 1969), Heinz Pauly, Landrat PK Büdingen (18. 7. 1969), Gottfried Schwanzler, Landrat PK Gießen (12. 8. 1969), Rolf Wegner, Landrat PK Offenbach (13. 8. 1969), Winfried Möller, Landrat PK Offenbach (12. 8. 1969), Hans-Günter Burk, Landrat PK Groß-Gerau (28. 8. 1969), Karl Jürgen Meinecke, Landrat PK Wetzlar (29. 8. 1969), Artur Kümmel, Landrat PK Biedenkopf (25. 9. 1969);

zu **Polizeimeistern unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Werner Janke, Landrat PK Alsfeld (16. 7. 1969), Helmuth Drexler, Landrat PK Büdingen (13. 7. 1969), Hans Hofmann, Landrat des Kreises Bergstraße PK (21. 8. 1969), Heinz Plößer, Landrat PK Darmstadt (28. 8. 1969), Helmuth Pohl, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (28. 8. 1969), Klaus Ernst Barnikau, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (28. 8. 1969), Dieter Janz, Landrat PK Gießen (28. 8. 1969), Herbert Schleufe, Landrat PK Friedberg (29. 9. 1969), Wilfried Rothenburg, Landrat PK Friedberg (29. 9. 1969), Fred Zehe, Landrat PK Friedberg (30. 9. 1969);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Wilfried Köbler, EdS Darmstadt (1. 10. 1969), Wolfgang Kunkel, EdS Darmstadt (1. 10. 1969), Rudolf Schäfer, EdS Darmstadt (1. 10. 1969), Rudolf Wenner, EdS Darmstadt (1. 10. 1969), Rolf Meyer, Landrat PK Groß-Gerau (1. 10. 1969), Hartmut Birx, PVB Idstein (1. 10. 1969), Claus Schmeigel, Landrat PK Friedberg (1. 10. 1969), Klaus Schröder, Landrat PK Friedberg (1. 10. 1969), Dieter Jäger, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (1. 10. 1969), Karl-Heinz Schäfer, Landrat PK Usingen (1. 10. 1969), Paul Mosler, Landrat des Rheingaukreises PK (1. 10. 1969),

Roland Graf, Landrat des Untertaunuskreises PK (1. 10. 1969), Jörg Hartebrodt, PVB Darmstadt (1. 10. 1969), Heinz-Dieter Steinbrecher, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK (1. 10. 1969), Karl Joachim Hechler, Landrat PK Darmstadt (1. 10. 1969), Hans Peter Klöter, Landrat des Kreises Bergstraße PK (1. 10. 1969), der Polizeiwachtmeister Gilbert Sulek, Landrat des Rheingaukreises PK (1. 10. 1969);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeimeister Horst Voigtländer, Landrat des Kreises Bergstr. PK (21. 7. 1969), Karl Bartmann, Landrat PK Bergstraße PK (18. 7. 1969), Otto Moritz, Landrat PK Hanau (22. 7. 1969), Gerd Müller, PVB Wiesbaden (18. 7. 1969), Ludwig Haas, Landrat PK Gelnhausen (25. 7. 1969), Dieter Opper, Landrat PK Friedberg (31. 7. 1969), Horst Wenderoth, Landrat PK Friedberg (18. 8. 1969), Ernst Hackl, Landrat des Oberlahnkreises PK (14. 8. 1969), Jürgen Zipperer, Landrat PK Hanau (14. 8. 1969), Wilfried Geyer, Landrat des Kreises Bergstraße PK (21. 8. 1969), Gerd Wahner, Landrat PK Gelnhausen (29. 8. 1969), Reinhard Lücke, Landrat PK Büdingen (13. 9. 1969), Volker Gerhold, PVB Wiesbaden (28. 8. 1969), Klaus Stüber, Landrat PK Groß-Gerau (4. 9. 1969), Gerhard Schmitt, Landrat PK Offenbach (26. 9. 1969), Werner Wagner, Landrat PK Offenbach (2. 10. 1969), Hermann Luczak, Landrat PK Wetzlar (2. 10. 1969), Albert Würzburger, Landrat PK Darmstadt (28. 9. 1969);

die **Polizeihauptwachtmeister** (BaP) Detlev Thielke, Landrat PK Offenbach (31. 7. 1969), Dietmar Emmelius, Landrat des Obertaunuskreises PK (27. 8. 1969);

in den Ruhestand versetzt:

mit Wirkung vom 1. 8. 1969

Polizeiobermeister Heinrich Maninger, PVB Wiesbaden;

mit Wirkung vom 1. 9. 1969

Polizeiobermeister Anton Witzel, Landrat PK Darmstadt,
Polizeihauptmeister Wilhelm Cezanne, Landrat PK Groß-Gerau;

mit Wirkung vom 1. 10. 1969

Polizeiobermeister Christian Seitz, Landrat des Kreises Bergstraße PK, Polizeihauptmeister Georg Berges, Landrat PK Dieburg, Polizeihauptmeister Kurt Boltze, Landrat PK Hanau, Polizeihauptmeister Johann Grusel, Landrat PK Schlüchtern, Polizeihauptmeister Karl Hartmann, PVB Darmstadt, Polizeihauptmeister Hermann Hauck, Landrat PK Gelnhausen, Polizeihauptmeister Karl Husemann, Landrat PK Offenbach, Polizeihauptmeister Hans Kalbe, EdS Darmstadt, Polizeihauptmeister Fritz Kirchner, Landrat PK Friedberg, Polizeihauptmeister Heinrich Kloppenburg, Landrat PK Limburg, Polizeihauptmeister Karl Langendorf, Landrat PK Erbach, Polizeihauptmeister Ferdinand Neuber, Landrat PK Gelnhausen, Polizeihauptmeister Jakob Reuter, PVB Darmstadt, Polizeihauptmeister Philipp Spieß, Landrat PK Darmstadt, Polizeihauptmeister Hermann Schroth, Landrat PK Lauterbach, Polizeihauptmeister Hermann Schulz, Landrat PK Wetzlar, Polizeiobermeister Edmund Bödicker, PVB Darmstadt, Polizeiobermeister Johann Bruchhäuser, Landrat des Rheingaukreises PK, Polizeiobermeister Kurt Dähne, Landrat des Rheingaukreises PK, Polizeiobermeister Georg Dietz, Landrat des Main-Taunus-Kreises PK, Polizeiobermeister Franz Fleischer, Landrat PK Dieburg, Polizeiobermeister Josef Knippler, Landrat des Untertaunuskreises PK, Polizeiobermeister Erwin Meier, Landrat PK Usingen, Polizeiobermeister Adam Neff, Landrat PK Friedberg, Polizeiobermeister Franz Neuhaus, Landrat des Rheingaukreises PK, Polizeiobermeister Heinrich Riedl, Landrat PK Lauterbach, Polizeiobermeister Rudolf Thamerus, PVB Wiesbaden, Polizeimeister Johann Heuser, Landrat des Dillkreises PK, Kriminalobermeister Heinrich Busch, StKK Heppenheim, Kriminalhauptmeister Erich Götte, StKK Darmstadt;

eingestellt:

Dieter Riegel mit Wirkung vom 1. 8. 1969 als Polizeimeister unter Berufung in das Beamtenverhältnis a. Pr. beim Landrat PK Friedberg, Walter Kunz mit Wirkung vom 1. 8. 1969 als Kriminalmeister unter Berufung in das Beamtenverhältnis a. Pr. beim StKK Offenbach;

verstorben:

Polizeimeister Antwig Altmann, PVB Wiesbaden (26. 7. 1969), Polizeiobermeister Otto Ritter, Landrat PK Wetzlar (22. 8. 1969), Polizeihauptmeister Heinz Göbel, Landrat des Kreises Bergstraße PK (13. 9. 1969);

entlassen:

Polizeimeister Raymond Kaiser, Landrat PK Offenbach, mit Ablauf des 31. 7. 1969 auf eigenen Antrag, Polizeiobermeister Wilhelm Dörr, Landrat PK Groß-Gerau, mit Ablauf des 31. 8. 1969 auf eigenen Antrag, Polizeimeister Georg Schulze, Landrat PK Offenbach, mit Ablauf des 30. 9. 1969 auf eigenen Antrag.

Darmstadt, 7. 10. 1969

Der Regierungspräsident
III 26 — 71 02

StAnz. 43/1969 S. 1778

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz**a) Ministerium**

in den Ruhestand getreten:

Oberamtsrat August Witte am 30. September 1969.

Wiesbaden, 7. 10. 1969

Der Hessische Minister der Justiz
ZB pers. W 12

StAnz. 43/1969 S. 1779

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**a) Ministerium**

ernannt:

zum **Regierungsinspektor (BaL)** Regierungsinspektor Hans Panek (27. 9. 1969);**b) Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main**

ernannt:

zur **Akademischen Rätin (BaL)** Akademische Rätin z. A. Josefa Zoltobrocki (2. 9. 1969);zum **Akademischen Rat (BaL)** Akademischer Rat z. A. Dr. Alfred Lorenzer (11. 9. 1969);zur **Akademischen Rätin z. A. (BaP)** Wissenschaftl. Assistentin Dr. Helga Gesche (22. 9. 1969);zur **Akademischen Rätin (BaL)** Akademische Rätin z. A. Dr. Barbara Fülgraff (19. 9. 1969);zu **Akademischen Räten z. A. (BaP)** die Wissenschaftl. Assistenten Dr. Horst Dieter Schlosser (24. 9. 1969), Dr. Dieter Kimpel (23. 9. 1969);zum **Dozenten (BaW)** Dipl.-Kfm. Dr. Joachim Süchting (15. 9. 1969);zum **Lektor (BaW)** Dr. Otto Holzappel (1. 9. 1969);**c) Philipps-Universität Marburg**

ernannt:

zum **ordentlichen Professor (BaL)** Dr. Max Pfister (28. 8. 1969);zum **Akademischen Oberrat** Akademischer Rat (BaL) Dr. Wolfhart Niemeyer (15. 9. 1969);zur **Oberassistentin** Wissenschaftl. Assistentin Privatdozentin Dr. Eva-Maria Amrhein (8. 9. 1969);zu **Dozenten** die Wissenschaftl. Assistenten Privatdozenten Dr. Hans Rössing (1. 9. 1969), Dr. Gerd Steiner (25. 8. 1969);zum **Bibliotheksassessor (BaP)** Assessor des Bibliotheksdienstes Uwe Bredehorn (3. 9. 1969);zur **Bibliotheksinspektorin (BaL)** Bibliotheksinspektorin z. A. Gertraud Kohl (30. 6. 1969);

in den Ruhestand versetzt (wegen Erreichens der Altersgrenze):

Oberamtsmeister Robert Feußner mit Ablauf des Monats August 1969);

d) Justus Liebig-Universität Gießen

ernannt:

zum **Wissenschaftlichen Rat und Professor** Dozent Dr. Focko Weberling (18. 9. 1969);zum **Akademischen Rat z. A. (BaP)** Wissenschaftl. Assistent Dr. Reinhard Ristow (22. 9. 1969);zum **Oberstudienrat im Hochschuldienst** Studienrat im Hochschuldienst (BaL) Walter Langner (22. 8. 1969);zu **Oberassistenten** die Wissenschaftl. Assistenten Privatdozenten Dr. Hans-Ulrich Preuße (8. 9. 1969), Dr. Volker Ullrich (8. 9. 1969);zum **Bibliotheksrat (BaL)** Bibliotheksassessor Dr. Hans-Günther Horn (1. 9. 1969);zu **Oberassistenten** die Wissenschaftl. Assistenten Privatdozenten Dr. Rainer Gothe (8. 9. 1969), Dr. Herbert Jelitte (12. 9. 1969), Dr. Klaus Noeske (15. 9. 1969);zum **Studienrat i. Hochschuldienst (BaL)** Studienrat im Hochschuldienst z. A. Dr. Karl August Helfenbein (1. 9. 1969);

entpflichtet:

außerordentliche Professorin Dr. Helga Schmucker (mit Ablauf des Monats September 1969), die ordentlichen Professoren Dr. Valentin Horn (mit Ablauf des Monats September 1969), Dr. Dr. Leopold Krüger (mit Ablauf des Monats September 1969);

e) Technische Hochschule Darmstadt

ernannt:

zum **Wissenschaftlichen Rat u. Professor (BaL)** Dozent Dr. Werner Klug (18. 9. 1969);zum **Wissenschaftl. Rat und Professor als Abteilungsvorsteher (BaL)** bish. Universitätsdozent der Universität Göttingen Dr. Heinrich Kuttruff (15. 9. 1969);zum **Oberassistenten** Wissenschaftl. Assistent Privatdozent Dr. Rainer Kreß (11. 9. 1969);zu **Dozenten** Wissenschaftl. Assistent Privatdozent Dr.-Ing. Wolfhart Uhlmann (16. 9. 1969), Oberassistent Privatdozent Dr. Hans-Georg Clerc (16. 9. 1969);

die Wissenschaftl. Assistenten Privatdozenten Dr. Benno Fuchssteiner (16. 9. 1969), Dr. Herbert Pagnia (16. 9. 1969), Dr. Hans Jürgen Kutzner (16. 9. 1969);

entpflichtet:

ordentlicher Professor Dr. Hans-Wolfgang Kohlschütter (mit Ablauf des Monats September 1969);

f) Pädagogisches Fachinstitut Fulda

ernannt:

zur **Studienrätin** Lehrerin (BaL) Erika Müller (17. 9. 1969);

entlassen auf eigenes Verlangen:

Studienrat z. A. Dr. Konrad Dröse (mit Ablauf des 14. 9. 1969);

g) Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

versetzt (gemäß § 123 BRRG):

Regierungsarchivrat Dr. Wolfgang Huschke (mit Wirkung vom 1. 9. 1969);

h) Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

in den Ruhestand versetzt (wegen Erreichens der Altersgrenze):

Archivamtmann Nievlaus Runge (mit Ablauf des Monats August 1969);

i) Sigmund-Freud-Institut Frankfurt/Main

ernannt:

zum **Akademischen Rat z. A. (BaP)** Dr. Gottfried Appy (17. 9. 1969).

Wiesbaden, 10. 10. 1969

Der Hessische Kultusminister
P II 1 — 050/35 — 86

StAnz. 43/1969 S. 1779

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**d) Dienststellen der Kriegsopferversorgung**

ernannt:

zu **Regierungshauptsekretären** die Regierungsobersekretäre Friedrich Mußh (2. 7. 1968, BaL), Kurt Sohn (8. 7. 1968, BaP), Olaf Ahl (11. 12. 1968, BaP), Heinz Jaeger (11. 12. 1968, BaP), Karl Michel (30. 4. 1969, BaL), Adolf Hoffmann (19. 5. 1969, BaL), Franz Arthen (26. 6. 1969, BaL), Alfons Friedrich (16. 7. 1969, BaL), Emil Lommel (2. 4. 1969, BaL);zu **Regierungsobersekretären** die Regierungsekretäre Karl Ackermann (24. 5. 1968, BaP), Peter Kurz (27. 8. 1968, BaL), Johann Muth (14. 10. 1968, BaP);zu **Regierungsekretären** die Reg.-Sekretäre z. A. Margot Jeromin (20. 6. 1968, BaL), Axel Dries (29. 3. 1968, BaP), Günter Nowka (21. 1. 1969, BaL), Franz Foltin (1. 4. 1969, BaL), Norbert Happ (1. 4. 1969, BaP), Helmut Arnold (7. 7. 1969, BaL), Fritz Heidrich (2. 5. 1969, BaL);zu **Regierungsekretären z. A.** die Reg.-Sekretärinwärtin Josef Blank (13. 1. 1969, BaP), Volker Tiedtke (1. 4. 1969,

BaP), Gert Bürgesser (1. 4. 1969, BaP), Wilfried Hörner (1. 4. 1969, BaP);
 zum **Hauptamtsgehilfen** der Hauptamtsgehilfe z. A. Werner Ott (16. 12. 1968, BaL);
 zu **Hausmeistern z. A.** Verwalt.-Arb. Fritz Ehle (3. 4. 1969, BaP), Georg Glim (1. 11. 1968, BaP);
 zu **Regierungsinspektoranwärtern** die Vertragsangestellten Gerhard Fetzer (2. 9. 1968, BaW), Kurt-Werner Grosser (2. 9. 1968, BaW), Peter Koy (1. 9. 1968, BaW), Peter Metz (27. 2. 1969, BaW);
 zu **Regierungssekretäranwärtern** Verwalt.-Praktik. Gernot Clemenz (20. 2. 1969, BaW), Horst Seichter (2. 9. 1968, BaW), Günther Grube (2. 9. 1968, BaW), Illona Trautmann (2. 9. 1968, BaW), Marion Müller (1. 11. 1968, BaW), Peter Pietruska (1. 11. 1968, BaW);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
 Regierungshauptsekretär Kurt Sohn (15. 10. 1968); Regierungsobersekretär Emil Lommel (7. 6. 1968); Regierungsobersekretär Peter Kurz (23. 6. 1969);

in den **Ruhestand** versetzt:

Regierungshauptsekretär Franz Meznik (31. 12. 1968), Regierungshauptsekretär Ernst Harder (31. 8. 1969);

versetzt:

Hauptamtsgehilfe Ewald Totzek zum Zollamt in Bad Hersfeld (1. 5. 1969);

entlassen:

Regierungssekretär z. A. Norbert Kripp (22. 1. 1969, auf eigenes Verlangen);

verstorben:

Regierungshauptsekretär Heinrich Beißner († 4. 2. 1969).

Frankfurt/M., 8. 10. 1969

Landesversorgungsamt Hessen
 I/1 — Pers.

StAnz. 43/1969 S. 1779

1480

Der Landeswahlleiter für Hessen

Bekanntmachung des endgültigen Ergebnisses der Bundestagswahl am 28. September 1969 im Lande Hessen

Nachstehend gebe ich gemäß § 76 Abs. 1 der Bundeswahlordnung das endgültige Ergebnis der Bundestagswahl am 28. September 1969 im Lande Hessen bekannt:

I. Ergebnis der Wahl nach Erststimmen und Zweitstimmen in den Wahlkreisen

Wahlkreis 126

Wahlberechtigte:	131 518
Wähler:	114 950
Ungültige Erststimmen:	3 192
Gültige Erststimmen:	111 758
davon für Bewerber	
1. Dr. Karl Bechert	(SPD) 55 948
2. Hans Wissebach	(CDU) 39 065
3. Ludwig Luckemeyer	(FDP) 8 952
4. Wilhelm Engel	(ADF) 600
5. Karl Mogge	(NPD) 7 193
gewählt: Dr. Karl Bechert, Universitätsprofessor, Gau-Algesheim, Kirchstraße 22	
Ungültige Zweitstimmen:	2 020
Gültige Zweitstimmen:	112 930
davon für Landeslisten	
1. SPD	54 220
2. CDU	39 383
3. FDP	9 490
4. ADF	603
5. EP	134
6. GPD	1 218
7. NPD	7 882

Wahlkreis 127

Wahlberechtigte:	176 154
Wähler:	155 239
Ungültige Erststimmen:	2 241
Gültige Erststimmen:	152 998
davon für Bewerber	
1. Holger Börner	(SPD) 87 097
2. Lothar Haase	(CDU) 48 429
3. Richard Wurbs	(FDP) 10 029
4. Willi Belz	(ADF) 1 757
5. Klaus Müller-Brandt	(NPD) 5 686
gewählt: Holger Börner, Parl.-Staatssekretär, Kassel, Eberescheweg 1	
Ungültige Zweitstimmen:	2 686
Gültige Zweitstimmen:	152 553
davon für Landeslisten	
1. SPD	84 052
2. CDU	48 753
3. FDP	11 187

4. ADF	1 636
5. EP	301
6. GPD	247
7. NPD	6 377

Wahlkreis 128

Wahlberechtigte:	128 732
Wähler:	117 327
Ungültige Erststimmen:	2 672
Gültige Erststimmen:	114 655
davon für Bewerber	
1. Egon Höhmann	(SPD) 69 680
2. Wilfried Böhm	(CDU) 34 332
3. Dr. Heinz Bliss	(FDP) 5 851
4. Liselotte Günther	(ADF) 827
5. Eva-Maria von Wolzogen	(NPD) 3 965
gewählt: Egon Höhmann, Lehrer, Hess.-Lichtenau, Ottilienstraße 46	
Ungültige Zweitstimmen:	2 011
Gültige Zweitstimmen:	115 316
davon für Landeslisten	
1. SPD	67 485
2. CDU	34 834
3. FDP	6 426
4. ADF	804
5. EP	116
6. GPD	972
7. NPD	4 679

Wahlkreis 129

Wahlberechtigte:	125 781
Wähler:	111 497
Ungültige Erststimmen:	2 334
Gültige Erststimmen:	109 163
davon für Bewerber	
1. Dr. Heinz Kreuzmann	(SPD) 53 386
2. Hermann Stahlberg	(CDU) 37 216
3. Heinrich Kohl	(FDP) 12 186
4. Karl Abel	(ADF) 417
5. Erich Fuchs	(NPD) 5 958
gewählt: Dr. Heinz Kreuzmann, Reg.-Direktor, Borcken, Kellerwaldweg 7	
Ungültige Zweitstimmen:	2 200
Gültige Zweitstimmen:	109 297
davon für Landeslisten	
1. SPD	52 889
2. CDU	39 161
3. FDP	8 385
4. ADF	445
5. EP	121
6. GPD	943
7. NPD	7 353

Wahlkreis 130

Wahlberechtigte:	148 009	
Wähler:	133 135	
Ungültige Erststimmen:	2 599	
Gültige Erststimmen:	130 536	
davon für Bewerber		
1. Dr. Wendelin Enders	(SPD)	67 234
2. Dr. Karl Reinhard	(CDU)	52 227
3. Rolf Metz	(FDP)	5 352
4. Hans Horn	(ADF)	626
5. Dr. Hartwig Golf	(NPD)	5 097
gewählt: Dr. Wendelin Enders, Oberstudienrat, Eitra, Am Winkel 83		
Ungültige Zweitstimmen:	3 281	
Gültige Zweitstimmen:	129 854	
davon für Landeslisten		
1. SPD		64 336
2. CDU		51 003
3. FDP		6 800
4. ADF		585
5. EP		166
6. GPD		543
7. NPD		6 421

Wahlkreis 131

Wahlberechtigte:	140 546	
Wähler:	122 757	
Ungültige Erststimmen:	3 805	
Gültige Erststimmen:	118 952	
davon für Bewerber		
1. Gerhard Jahn	(SPD)	58 494
2. Dr. Ludwig Preiß	(CDU)	48 551
3. Dr. Leonhard Froese	(FDP)	6 106
4. Hans-Dieter Nix	(ADF)	631
5. Walter Scholz	(NPD)	5 170
gewählt: Gerhard Jahn, Rechtsanwalt und Notar, Parl.-Staatssekretär, Marburg a. d. L., Am Richtsberg 1		
Ungültige Zweitstimmen:	1 838	
Gültige Zweitstimmen:	120 919	
davon für Landeslisten		
1. SPD		54 732
2. CDU		49 257
3. FDP		8 166
4. ADF		609
5. EP		157
6. GPD		629
7. NPD		7 369

Wahlkreis 132

Wahlberechtigte:	169 536	
Wähler:	147 172	
Ungültige Erststimmen:	2 906	
Gültige Erststimmen:	144 266	
davon für Bewerber		
1. Helmut Kater	(SPD)	71 943
2. Christian Lenzer	(CDU)	55 417
3. Eberhard Renfordt	(FDP)	9 706
4. Dr. Karl Wagner	(ADF)	808
5. Dr. Felix Buck	(NPD)	6 392
gewählt: Helmut Kater, Arbeitsdirektor, Wetzlar, Dillstraße 4		
Ungültige Zweitstimmen:	2 726	
Gültige Zweitstimmen:	144 446	
davon für Landeslisten		
1. SPD		70 009
2. CDU		54 036
3. FDP		9 874
4. ADF		717
5. EP		197
6. GPD		1 877
7. NPD		7 736

Wahlkreis 133

Wahlberechtigte:	160 041	
Wähler:	141 424	
Ungültige Erststimmen:	4 313	
Gültige Erststimmen:	137 111	
davon für Bewerber		
1. Erwin Horn	(SPD)	68 324
2. Dr. Berthold Martin	(CDU)	51 537
3. Günther Thüringer	(FDP)	7 880
4. Heinz Nagel	(ADF)	970
5. Rudolf Rohrbach	(NPD)	8 400
gewählt: Erwin Horn, Oberstudiendirektor, Annerod, Kirchstraße 49		
Ungültige Zweitstimmen:	2 605	
Gültige Zweitstimmen:	138 819	
davon für Landeslisten		
1. SPD		65 029
2. CDU		50 450
3. FDP		10 358
4. ADF		891
5. EP		188
6. GPD		1 745
7. NPD		10 158

Wahlkreis 134

Wahlberechtigte:	160 955	
Wähler:	144 920	
Ungültige Erststimmen:	3 355	
Gültige Erststimmen:	141 565	
davon für Bewerber		
1. Günther Wuttke	(SPD)	48 901
2. Dr. Hermann Götz	(CDU)	80 083
3. Knut Frhr. v. Kühlmann-Stumm	(FDP)	6 968
4. Helmut Wahl	(ADF)	493
5. Rudolf Köck	(NPD)	5 120
gewählt: Dr. Hermann Götz, Angestellter, Fulda, Scharnhorststraße 15		
Ungültige Zweitstimmen:	3 669	
Gültige Zweitstimmen:	141 251	
davon für Landeslisten		
1. SPD		47 893
2. CDU		78 102
3. FDP		7 130
4. ADF		435
5. EP		113
6. GPD		1 584
7. NPD		5 994

Wahlkreis 135

Wahlberechtigte:	195 133	
Wähler:	173 468	
Ungültige Erststimmen:	4 337	
Gültige Erststimmen:	169 131	
davon für Bewerber		
1. Dr. Dietrich Sperling	(SPD)	79 410
2. Walter Leisler Kiep	(CDU)	76 132
3. Dr. Jans-Werner Staratzke	(FDP)	7 687
4. Markwardt Notz	(ADF)	552
5. Ulrich Kaye	(NPD)	5 350
gewählt: Dr. Dietrich Sperling, Lehrer, Falkenstein, Reichenbachweg 26		
Ungültige Zweitstimmen:	2 067	
Gültige Zweitstimmen:	171 401	
davon für Landeslisten		
1. SPD		77 394
2. CDU		69 882
3. FDP		13 763
4. ADF		779
5. EP		476
6. GPD		1 238
7. NPD		7 869

Wahlkreis 136

Wahlberechtigte:	177 511	
Wähler:	159 392	
Ungültige Erststimmen:	5 003	
Gültige Erststimmen:	154 389	
davon für Bewerber		
1. Georg Schlaga	(SPD)	79 186
2. Clemens Riedel	(CDU)	57 361
3. Walter Hammersen	(FDP)	7 286
4. Bodo Stoof	(ADF)	824
5. Kurt Wörner	(NPD)	9 732
gewählt: Georg Schlaga, Rektor, Rodheim v. d. H., Königstraße 27		
Ungültige Zweitstimmen:	2 678	
Gültige Zweitstimmen:	156 714	
davon für Landeslisten		
1. SPD		77 129
2. CDU		57 629
3. FDP		9 168
4. ADF		745
5. EP		307
6. GPD		828
7. NPD		10 908

Wahlkreis 137

Wahlberechtigte:	147 736	
Wähler:	131 940	
Ungültige Erststimmen:	4 136	
Gültige Erststimmen:	127 804	
davon für Bewerber		
1. Wolfgang Schmidt	(SPD)	53 102
2. Benno Erhard	(CDU)	64 089
3. Willy Hasselbach	(FDP)	5 497
4. Dr. Guido Senzig	(ADF)	431
5. Klaus Schütze	(NPD)	4 685
gewählt: Benno Erhard, Rechtsanwalt und Notar, Bad Schwalbach, Gartenfeldstraße 5		
Ungültige Zweitstimmen:	2 382	
Gültige Zweitstimmen:	129 558	
davon für Landeslisten		
1. SPD		51 415
2. CDU		63 904
3. FDP		6 688
4. ADF		415
5. EP		227
6. GPD		997
7. NPD		5 913

Wahlkreis 138

Wahlberechtigte:	181 557	
Wähler:	153 070	
Ungültige Erststimmen:	3 197	
Gültige Erststimmen:	149 873	
davon für Bewerber		
1. Horst Krockert	(SPD)	75 641
2. August Weimer	(CDU)	56 864
3. Margot Faust	(FDP)	9 564
4. Dr. Otto Klette	(ADF)	1 107
5. Horst-Jürgen Fuhlrott	(NPD)	6 561
6. Roderich Boettner	(UAP)	136
gewählt: Horst Krockert, Pfarrer, Wiesbaden-Kastel, Johann-Goßner-Straße 14		
Ungültige Zweitstimmen:	2 827	
Gültige Zweitstimmen:	150 243	
davon für Landeslisten		
1. SPD		71 612
2. CDU		56 034
3. FDP		12 376
4. ADF		1 086
5. EP		443
6. GPD		850
7. NPD		7 842

Wahlkreis 139

Wahlberechtigte:	182 137	
Wähler:	162 678	
Ungültige Erststimmen:	2 237	
Gültige Erststimmen:	160 441	
davon für Bewerber		
1. Gerhard Flämig	(SPD)	82 750
2. Dieter Hussing	(CDU)	60 980
3. Peter-Jochen Kruse	(FDP)	7 246
4. Harry Winter	(ADF)	2 263
5. Dieter Fuhrmann	(NPD)	7 202
gewählt: Gerhard Flämig, Bürgermeister a. D., Jour- nalist, Hanau a. M., An der Ochsenwiese 4		
Ungültige Zweitstimmen:	3 109	
Gültige Zweitstimmen:	159 569	
davon für Landeslisten		
1. SPD		78 083
2. CDU		60 598
3. FDP		9 688
4. ADF		2 242
5. EP		303
6. GPD		815
7. NPD		7 840

Wahlkreis 140

Wahlberechtigte:	150 345	
Wähler:	126 320	
Ungültige Erststimmen:	2 610	
Gültige Erststimmen:	123 710	
davon für Bewerber		
1. Georg Leber	(SPD)	68 396
2. Dr. Friedrich Freiwald	(CDU)	43 045
3. Dr. h. c. Wilhelm Menne	(FDP)	5 443
4. Dr. Werner Hofmann	(ADF)	1 119
5. Richard Wenninger	(EP)	380
6. Dr. Hans-Guido Weiser	(NPD)	5 327
gewählt: Georg Leber, Bundesminister, Schwalbach a. Ts., Sossenheimer Weg 40		
Ungültige Zweitstimmen:	1 684	
Gültige Zweitstimmen:	124 636	
davon für Landeslisten		
1. SPD		62 130
2. CDU		45 068
3. FDP		9 440
4. ADF		1 014
5. EP		409
6. GPD		239
7. NPD		6 336

Wahlkreis 141

Wahlberechtigte:	170 111	
Wähler:	141 671	
Ungültige Erststimmen:	2 624	
Gültige Erststimmen:	139 047	
davon für Bewerber		
1. Brigitte Freyh	(SPD)	72 409
2. Hans-Ulrich Korenke	(CDU)	47 783
3. Wolfgang Mischnick	(FDP)	10 481
4. Ellen Weber	(ADF)	1 337
5. Dr. Ernst Roscher	(EP)	762
6. Kurt Bauer	(NPD)	6 275
gewählt: Brigitte Frey, Hausfrau, Frankfurt a. M., Max-Bock-Straße 51		
Ungültige Zweitstimmen:	1 559	
Gültige Zweitstimmen:	140 112	
davon für Landeslisten		
1. SPD		68 772
2. CDU		48 396
3. FDP		13 478
4. ADF		1 298
5. EP		647
6. GPD		245
7. NPD		7 276

Wahlkreis 142

Wahlberechtigte:	142 124	
Wähler:	119 146	
Ungültige Erststimmen:	2 234	
Gültige Erststimmen:	116 912	
davon für Bewerber		
1. Hans Matthöfer	(SPD)	62 108
2. Helmut Link	(CDU)	40 744
3. Dr. Eduard Grosse	(FDP)	7 172
4. Dr. Hans Bartsch	(ADF)	1 024
5. Wolfgang Müllner	(EP)	473
6. Herbert Peter	(NPD)	5 391
gewählt: Hans Matthöfer, Diplom-Volkswirt, Frankfurt a. M., Motzstraße 7		
Ungültige Zweitstimmen:	1 497	
Gültige Zweitstimmen:	117 649	
davon für Landeslisten		
1. SPD		58 195
2. CDU		40 964
3. FDP		10 561
4. ADF		1 030
5. EP		431
6. GPD		181
7. NPD		6 287

Wahlkreis 143

Wahlberechtigte:	198 313	
Wähler:	179 958	
Ungültige Erststimmen:	4 495	
Gültige Erststimmen:	175 463	
davon für Bewerber		
1. Hermann Schmitt-Vockenhausen	(SPD)	93 739
2. Otto Zink	(CDU)	64 912
3. Peter Gooß	(FDP)	8 417
4. Dr. Robert Steigerwald	(ADF)	1 896
5. Gustav Stürtz	(NPD)	6 499
gewählt: Hermann Schmitt-Vockenhausen, Verleger, Vockenhausen, Hauptstraße 16		
Ungültige Zweitstimmen:	2 744	
Gültige Zweitstimmen:	177 214	
davon für Landeslisten		
1. SPD		92 359
2. CDU		65 166
3. FDP		9 034
4. ADF		1 352
5. EP		348
6. GPD		1 302
7. NPD		7 653

Wahlkreis 144

Wahlberechtigte:	181 853	
Wähler:	160 901	
Ungültige Erststimmen:	3 145	
Gültige Erststimmen:	157 756	
davon für Bewerber		
1. Dr. Horst Schmidt	(SPD)	86 445
2. Dr. Hanna Walz	(CDU)	56 787
3. Dr. Oswald Kohut	(FDP)	7 596
4. Robert Hofmann	(ADF)	1 595
5. Otto Reisbeck	(NPD)	5 333
gewählt: Dr. Horst Schmidt, Arzt, Sprendlingen, Am Trauben 9		
Ungültige Zweitstimmen:	1 769	
Gültige Zweitstimmen:	159 132	
davon für Landeslisten		
1. SPD		80 704
2. CDU		58 325
3. FDP		11 206
4. ADF		1 648
5. EP		382
6. GPD		568
7. NPD		6 299

Wahlkreis 145

Wahlberechtigte:	172 987	
Wähler:	153 580	
Ungültige Erststimmen:	3 111	
Gültige Erststimmen:	150 469	
davon für Bewerber		
1. Günther Metzger	(SPD)	81 591
2. Dr. Walter Löhr	(CDU)	52 193
3. Hermann Molter	(FDP)	8 002
4. Werner Weismantel	(ADF)	1 232
5. Hans-Joachim Krüger	(EP)	688
6. Dr. Ernst Anrich	(NPD)	6 713
gewählt: Günther Metzger, Rechtsanwalt, Traisa, Am ruten Berg 9		
Ungültige Zweitstimmen:	2 688	
Gültige Zweitstimmen:	150 892	
davon für Landeslisten		
1. SPD		77 344
2. CDU		53 086
3. FDP		10 747
4. ADF		1 172
5. EP		618
6. GPD		368
7. NPD		757

Wahlkreis 146

Wahlberechtigte:	187 985	
Wähler:	172 042	
Ungültige Erststimmen:	5 063	
Gültige Erststimmen:	166 979	
davon für Bewerber		
1. Willi Bäuerle	(SPD)	84 243
2. Walter Picard	(CDU)	68 390
3. Dr. Hermann Kleinstück	(FDP)	6 437
4. Heinz Ihrig	(ADF)	1 889
5. Joachim Weigelt	(NPD)	6 020
gewählt: Willi Bäuerle, Stadtrat a. D., Offenbach a. M., Mödlingstraße 26		
Ungültige Zweitstimmen:	3 344	
Gültige Zweitstimmen:	168 698	
davon für Landeslisten		
1. SPD		81 134
2. CDU		69 239
3. FDP		8 453
4. ADF		1 788
5. EP		302
6. GPD		614
7. NPD		7 168

Wahlkreis 147

Wahlberechtigte:	144 272	
Wähler:	129 281	
Ungültige Erststimmen:	3 762	
Gültige Erststimmen:	125 519	
davon für Bewerber		
1. Wolfgang Schwabe	(SPD)	57 769
2. Dr. Karl Lenz	(CDU)	57 753
3. Hans Swyter	(FDP)	4 373
4. Godwin Kunkel	(ADF)	885
5. Anton Jatsch	(NPD)	4 739
gewählt: Wolfgang Schwabe, Reg.-Direktor a. D., Lindenfels/Odw., Gartenweg 5		
Ungültige Zweitstimmen:	2 451	
Gültige Zweitstimmen:	126 830	
davon für Landeslisten		
1. SPD		56 000
2. CDU		57 373
3. FDP		5 907
4. ADF		843
5. EP		164
6. GPD		755
7. NPD		5 788

II. Über die Landesliste gewählte Bewerber:**SPD**

1. Kurt Gscheidle, Gewerksch.-Vorsitzender, Oberursel/Taunus, Am Wernerskreuz 3
2. Günther Wuttkke, Techn.-Angestellter, Fulda, Petersberger Straße 90
3. Wolfgang Schmidt, Angestellter, Niederselters/Ts., Brunnenstraße 24a
4. Dr. Helga Timm, Dozentin, Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstraße 193

CDU

1. Dr. Alfred Dregger, Oberbürgermeister, Fulda, über der Aue 5
2. Dr. Berthold Martin, Landesobermedizinalrat, Gießen, Stadtwald 6
3. Otto Zink, Werkzeugmacher, Rüsselsheim, Hessenring 3
4. Dr. Hanna Walz, Hausfrau, Fulda, Magdeburger Str. 61
5. Walther Leisler Kiep, Vers.-Kaufmann, Kronberg/Ts., Philosophenweg 9a
6. Dr. Carl Reinhard, Dipl.-Landwirt, Unterweisenborn Nr. 4
7. Lothar Haase, Dipl.-Volkswirt, Kassel, Virchowstraße 18
8. Dr. Walter Löhr, Professor, Darmstadt, Am Erlenberg 14
9. Dr. Friedrich Freiwald, Hauptgesch.-Führer, Frankfurt am Main, Lerchesbergring 56a
10. Christian Lenzner, Studienrat, Burg/Dillkreis, Am Türmchen 1
11. Dr. Carl Lenz, Rechtsanwalt, Heppenheim Bergstraße, Donaustraße 3
12. Hermann Stahlberg, Soldat, Ziegenhain Hess., Wiederholdstraße 20 A
13. Dr. Ludwig Preiss, Dipl.-Landwirt, Leidenhofen Nr. 22
14. Helmut Link, Elektromechaniker, Frankfurt a. M., Wegscheidestraße 10
15. Walter Picard, Rektor, Nieder-Roden, Goethestraße 20
16. Hans Wissebach, Rechtsanwalt, Marburg a. d. L., v.-Harnack-Straße 1
17. Clemens Riedel, Bäckermeister, Nieder-Eschbach/Ts., Albert-Schweitzer-Straße 82

FDP

1. Wolfgang Mischnick, Geschäftsführer, Frankfurt a. M., Kullmannstraße 16
2. Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, Land- und Forstwirt, Ramholz, Schloß
3. Richard Wurbs, Bauingenieur, Kassel, Grüner Waldweg 25

Berufsbezeichnungen und Anschriften der Bewerber beziehen sich auf den Tag der Wahl

III. Gesamtergebnis:

A 1 Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „Wahlschein“	3 357 669
A 2 Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „Wahlschein“	215 380
A 3 Wahlberechtigte nach § 22 Abs. 2 BWO (selbständige Wahlscheine)	287
A Wahlberechtigte insgesamt (A 1 + A 2 + A 3)	3 573 336
B Wähler insgesamt	3 151 868
B 1 Darunter Wähler mit Wahlschein	200 064
A/B Wahlbeteiligung (v. H.)	88,2
C Ungültige Erststimmen	73 371
D Gültige Erststimmen	3 078 497
E Ungültige Zweitstimmen	53 833
F Gültige Zweitstimmen	3 098 033

Verteilung der Erst- und Zweitstimmen

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen	
		v. H.		v. H.
1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1 557 796	50,6	1 492 916	48,2
2. Christlich Demokratische Union Deutschlands	1 193 890	38,8	1 190 642	38,4
3. Freie Demokratische Partei	168 231	5,5	208 325	6,7
4. Aktion Demokratischer Fortschritt	23 333	0,8	22 137	0,7
5. Europa Partei	2 303	0,1	6 550	0,2
6. Gesamtdeutsche Partei	—	—	18 758	0,6
7. Nationaldemokratische Partei Deutschlands	132 808	4,3	158 705	5,1
8. Unabhängige Arbeiter-Partei	136	0,0	—	—
Zusammen	3 078 497	100,0	3 098 033	100,0

Wiesbaden, 15. 10. 1969

Der Landeswahlleiter für Hessen
II A 41 — 3 e 32 13 — 10 69 — 2
StAnz. 43/1969 S. 1780

1481

DARMSTADT

Regierungspräsidenten**Bekanntmachung über die Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach am Main.**

Die Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach a. M., hat Anträge auf Erteilung von gewerberechtlichen Genehmigungen zur Erweiterung

- des Zwischenproduktbetriebes im Geb. 330 und 470,
- des Polymerbetriebes im Geb. 165,
- der Farbenbetriebe im Geb. 375,
- der Polyester-Anlage im Geb. 239 und
- der Hochtemperatur-Anlage (Diphylanlage) Geb. 156

auf ihrem Grundstück in Offenbach, Flur 23, Flurstück 307/1, Grundbuch Gemarkung Offenbach a. M. gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß §§ 16—25 Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO) i. Verb. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach den §§ 16, 25 GewO vom 20. 9. 1960 (GVBl.

Seite 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) GewO i. Verb. m. § 16 Ziffer (2) der Hess.-AusfVO zur GewO vom 20. 3. 1912 (RegBl. S. 48) wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310a, zur Einsicht offen.

Darmstadt, 8. 10 1969

Der Regierungspräsident
IV/5 — 53 b 04.051 — FWO
StAnz. 43/1969 S. 1784

Buchbesprechungen

Recht der Handelsvertreter, Gesetz zur Änderung des Handelsgesetzbuches vom 6. August 1953, erläutert von Bundesrichter Dr. Georg Schröder, Kassel, 1969, 4. neubearbeitete Auflage, 464 S., Großoktav, geb. 49,50 DM. Verlag Franz Vahlen GmbH, Berlin und Frankfurt/M.

Bei dem vorstehenden Kommentar handelt es sich um einen Sonderdruck des „Rechts der Handelsvertreter“ aus Schlegelberger, Kommentar zum Handelsgesetzbuch, bearbeitet von Geßler, Hefermehl, Hildebrandt und Schröder. Die dritte Auflage dieses Sonderdrucks ist 1961 erschienen und seit langem vergriffen. Die Neuauflage berücksichtigt die zahlreichen wichtigen höchstrichterlichen Entscheidungen, die inzwischen zum Handelsvertreterrecht ergangen sind, und die im Schrifttum veröffentlichten wissenschaftlichen Abhandlungen.

Die Kommentierung hält sich an das Gesetz zur Änderung des Handelsgesetzbuches (Recht der Handelsvertreter) vom 6. 8. 1953 (BGBl. 1953 I Nr. 45, S. 771) in der Fassung des § 31 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes — Mehrwertsteuergesetz — vom 29. 5. 1967 (BGBl. I S. 545) und bringt im Hauptteil die Erläuterungen zum Siebenten Abschnitt des Handelsgesetzbuches: Handelsvertreter (§§ 84—92c HGB). Am Ende werden die in den Artikeln 2—6 des Gesetzes enthaltenen Änderungen anderer Gesetze erläutert. Aus der amtlichen Begründung des Gesetzes bringt die Einleitung die Geschichte des Handelsvertreterrechts mit den Reformbestrebungen und den Neuregelungen im Ausland.

Die Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen sind gut gegliedert und Randziffern geordnet. Am Anfang gibt eine Übersicht der erläuterten Rechtsfragen Gelegenheit, die gesuchte Erläuterung an Hand der Randziffern aufzusuchen. Dabei ist leicht zu erkennen, daß der Verfasser einen weiten Boden zu allen naheliegenden Rechtsfragen zieht, die er bei entscheidenden Problemen mit der großen Fülle der Rechtsprechung belegt und mit Hinweisen auf das Schrifttum versieht.

Einen breiten Raum nehmen die Erläuterungen der wichtigen Bestimmungen über die dem Handelsvertreter zustehende Provision, über die Kündigung des Vertragsverhältnisses und über den Ausgleichsanspruch des Handelsvertreter ein. Es ist erfreulich, daß der Verfasser sich so ausführlich mit den entscheidenden Fragen des Handelsvertreterrechts befaßt hat. Die Neuauflage wird sich als eine große Hilfe für den Richter erweisen, sie wird dem Unternehmer den notwendigen fachlichen Rat geben und dem Handelsvertreter die ihm vom Gesetzgeber gewährten Ansprüche zu klären helfen. Denn nur wer seine Rechte kennt, wird sie wahrnehmen können. Hierzu bietet das Werk des Verfassers eine ausgezeichnete Möglichkeit. Oberarbeitsgerichtsrat Dr. S a n i o

Strafgesetzbuch, „Beck-Texte im dtv“, 8. Aufl. 1969, 215 S., 3,80 DM. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München.

In der bekannten und gern benutzten Reihe der Beck-Texte im Deutschen Taschenbuch-Verlag ist jetzt die 8. Auflage der von Professor Horst Schröder mit einer Einführung versehenen Textausgabe des Strafgesetzbuches erschienen. Der Text berücksichtigt die durch das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts (1. StrRG) vom 25. 6. 1969 (BGBl. I S. 645) geschaffene Fassung des StGB; die durch dieses Gesetz bereits eingetretene oder noch eintretende Änderungen sind im Text durch roten Druck hervorgehoben. Die so entstandene zweifarbige Ausgabe ermöglicht es jedem Benutzer nicht nur, jede Änderung sofort zu erkennen, sondern läßt das Heft für die Übergangszeit auch als nützliche Ergänzung zu jedem StGB-Kommentar erscheinen.

Da es auch die wichtigsten Nebengesetze und ein ausführliches Sachverzeichnis enthält, kann es jedem strafrechtlich Interessierten ohne Einschränkung empfohlen werden. —tz

Wehrpflichtgesetz, Kommentar von Dr. Günter H a h n e n f e l d, Ministerialrat im Bundesministerium der Verteidigung, unter Mitwirkung von Regierungsdirektor Paul Winterhoff, Bundesministerium der Verteidigung, des Wissenschaftl. Direktors an der Akademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik Dr. Oskar S c h m e l z e r und des Regierungsdirektors Wolfgang B o e h m - T e t t e l b a c h, Bundeswehrverwaltungsamt, 4. Ergänzungslieferung, Februar 1969, 220 S., 12,80 DM; Grundwerk ergänzt bis Februar 1969 in Leinenordner 38,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Als der 2. Bundestag die Wehrverfassung der Bundesrepublik Deutschland geschaffen hat, bestand bereits kein Zweifel, daß das Wehrpflichtrecht ständig in Fluß bleiben muß, wenn es den Erfordernissen einer hochtechnisierten Truppe jederzeit gerecht werden will.

Gerade deshalb haben sich Verlag und Autoren bei der Veröffentlichung der Grundaussage des inzwischen längst bewährten und allgemein geschätzten Kommentars zum Wehrpflichtgesetz (WpflG) für die Loseblattform entschieden, um das Werk auf diese Weise durch Ergänzungslieferungen stets auf dem neuesten Stand halten zu können.

Wie gut sie damals beraten waren, zeigt die verwirrende Fülle der Änderungen, die das Wehrpflichtgesetz gerade in den letzten beiden Jahren erfahren hat. Ein Ende dieser Entwicklung, die von der Diskussion um die Wehrgerechtigkeit belebt wird, ist nicht abzusehen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich die Verfasser im Interesse ihres Leserkreises zur Veröffentlichung der 4. Ergänzungslieferung, die den Kommentar auf den Stand vom 1. Februar 1969 bringt, entschlossen haben und nicht der Versuchung erliegen sind, auch noch weitere Novellen, wie etwa das Entwicklungshelfer-Gesetz (BGBl. 1969 S. 549) und das Siebente Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes (BGBl. 1969 S. 1567), die zu dieser Zeit bereits dem Parlament zur Beratung vorgelegen haben, abzuwarten.

In den vergangenen 18 Monaten nach Erscheinen der 3. Ergänzungslieferung im September 1967 ist das Wehrpflichtgesetz unmittelbar verändert worden durch das Finanzänderungsgesetz 1967 (u. a. An-

derungen des Unterhaltssicherungsgesetzes, Auflösung der Wehrbezirksverwaltungen), das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (vgl. § 45), das 8. Strafrechtsänderungsgesetz (Änderung des § 10 Abs. 1) und durch zwei Novellen des Wehrpflichtgesetzes, nämlich die 5. Novelle vom 3. 9. 1968 (Änderung des § 11 Abs. 2) und die 8. Novelle vom 13. 1. 1969 (Einfügung des § 42 a — Grenzschutzdienstpflicht).

Es liegt auf der Hand, daß hierdurch zahlreiche Änderungen in den Erläuterungen notwendig geworden sind. Auswirkungen auf das Wehrpflichtrecht hatten darüber hinaus die grundlegende Änderung der Erfassungsvorschriften vom 21. 8. 1968, das Arbeitsplatzschutzgesetz und schließlich die Einfügung der Notstandsverfassung in das Grundgesetz durch das 17. Gesetz zur Ergänzung des GG sowie einige einfache Notstandsgesetze, wie das Arbeitssicherungs- und das Katastrophenschutzgesetz.

In die — gewohnt gründliche — Überarbeitung des Kommentars haben die Verfasser zahlreiche neue Entscheidungen von Gerichten und zwischenzeitlich erschienene einschlägige Veröffentlichungen, aber auch Gesetze aus anderen Bereichen (wie z. B. das neue Staatsangehörigkeitsrecht in der SBZ) einbezogen.

Oberregierungsrat L e n h a r d t

Fleischbeschauerecht, Texte der einschlägigen Gesetze und Verordnungen mit kurzen Hinweisen und Bemerkungen. Von H. H. Schiedermaier, Loseblattausgabe, 2. Lieferung August 1969, 88 S., 5,40 Deutsche Mark, Verlag Richard Boorberg, Stuttgart, München, Hannover.

Die 2. Lieferung enthält die inzwischen ergangenen landesrechtlichen Durchführungs Vorschriften zum Fleischbeschauerecht der Länder Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie den für die bay. Landkreise gültigen Tarifvertrag Nr. 300 über die Regelung der Rechtsverhältnisse der Fleischbeschauärzte, Fleischbeschauer und Trichinenschauer außerhalb öffentlicher Schlachthöfe.

Außerdem werden die Tarifverträge zur Regelung der Rechtsstellung des Beschauersonals außerhalb und innerhalb öffentlicher Schlachthöfe, die in den Bundesländern, ausgenommen Bayern, Gültigkeit haben, mitgeteilt. Regierungsdirektorin Dr. F r a n l a

Die geänderte Sparförderung. Zusätzliche Spar- und Wohnungsbauprämien bei niedrigen Einkommen und für vermögenswirksame Leistungen bei Arbeitnehmern. Von Diplom-Mathematiker Dr. Hans Laux, Ludwigsburg, Sonderveröffentlichung des Betriebs-Beraters 1969, 50 S., Großformat, Einzelpreis 8,— DM. Verlagsgesellschaft „Recht und Wirtschaft“ mbH, Heidelberg.

Das Gesetz über die Gewährung von Investitionszulagen und zur Änderung steuerrechtlicher und prämierechtlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1969) vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1211) sowie das Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1563) haben auf den die Öffentlichkeit besonders interessierenden Gebieten des Spar-Prämienrechts und des Wohnungsbau-Prämienrechts eine Reihe bedeutsamer Änderungen mit sich gebracht, die bereits kurze Zeit nach Inkrafttreten der Gesetze eine Vielzahl von Fragen aufgeworfen haben. In der vorliegenden Veröffentlichung stellt Laux die Gesetzesänderungen im Zusammenhang dar und nimmt zu dem sich hieraus ergebenden Problemen kritisch Stellung.

Der Verfasser gibt, nachdem er einleitend die Motive des Gesetzgebers für die teilweise Neuregelung des Prämienrechts dargelegt hat, zunächst eine ausführliche Übersicht über die wesentlichen Gesetzesänderungen. Dabei versteht er es, den schwer zugänglichen Gesetzestext in einer anschaulichen, auch für den mit der Materie weniger Vertrauten verständlichen Form darzustellen. Eine ausgezeichnete Hilfe bilden hierbei die zahlreichen tabellarischen Übersichten, die von Fall zu Fall eine schnelle Orientierung ohne vorheriges zeitraubendes Studium des Gesetzestextes ermöglichen. Jeweils im Anschluß an die Darstellung der einzelnen gesetzlichen Tatbestände werden die sich hieraus ergebenden Probleme aufgezeigt und ausführlich kommentiert. Dabei stellt die von Laux vertretene Auffassung auch in den Fällen eine wertvolle Hilfe bei der Lösung auftretender Probleme dar, in denen sie sich mangels amtlicher Ausführungsbestimmungen sowie einer gefestigten Meinung im Schrifttum weitgehend auf Vermutungen stützen muß.

Im Anschluß an die Darstellung und Kommentierung des Gesetzestextes setzt sich der Verfasser kritisch mit den einzelnen Gesetzesänderungen auseinander. Dabei weist er vor allem — wohl nicht zu Unrecht — auf die erheblichen Schwierigkeiten hin, welche die Neuregelung für die praktische Handhabung der Sparförderung mit sich bringt. Insbesondere die Probleme, die bei der Ermittlung der für die Gewährung von Zusatzprämien maßgeblichen Einkommensgrenzen auftreten, werden ausführlich erörtert. Der Verfasser läßt es jedoch nicht bei der Kritik an der derzeitigen Form der Sparförderung bewenden; er macht vielmehr durch Vorschläge, wie seiner Meinung nach eine wirksamere und gerechtere Förderung möglich wäre. Dabei geht sein wesentlichster Vorschlag dahin, an Stelle der Zusatzprämien eine Staffelung der Prämienätze nach der Höhe der Sparleistung vorzunehmen. Schließlich werden noch Untersuchungen darüber angestellt, welche Sparform sich im Einzelfall für den Sparer am günstigsten auswirkt, wobei auch die Abzugsmöglichkeit von Bausparbeiträgen als Sonderausgaben in die Überlegungen mit einbezogen wird. Besonders zu begrüßen ist, daß im Anschluß an die Kommentierung der vollständige Wortlaut des Spar-Prämiengesetzes, des Wohnungsbau-Prämiengesetzes sowie des 2. Vermögensbildungsgesetzes in den derzeit geltenden Fassungen abgedruckt wurden.

Die vorliegende Schrift stellt somit für jeden, der mit dem Prämienrecht in Berührung kommt, eine ausgezeichnete Einführung in die vielgestaltigen Probleme dar, die das Steueränderungsgesetz 1969 gerade auf diesem Gebiet mit sich gebracht hat.

Regierungsobersinspektor H o f f m a n n

1969

Montag, den 27. Oktober 1969

Nr. 43

3517 Aufgebote

C 201/69 — **Aufgebot:** Die Frau Margarete Gottwals, geb. Laubach, 6479 Nieder-Mockstadt, Frankfurter Straße 27, hat das Aufgebot zur Ausschließung der im Grundbuch von Nieder-Mockstadt als Miteigentümer, zu je 73/1102, bezüglich des Grundstücks Gemarkung Nieder-Mockstadt, Flur 8, Nr. 358, Bauplatz, am Goldberg 14, 1102 qm eingetragenen Eheleute Georg Alter II. und Katharina Alter, geb. Fich, beide Nieder-Mockstadt, als Grundstücksmitigentümer, beantragt.

Die seitherigen Miteigentümer werden aufgefordert, spätestens in dem auf Freitag, den 19. Dezember 1969, vormittags, um 8.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung als Miteigentümer erfolgen wird.

6478 Nidda, 8. 10. 1969 **Amtsgericht**

3518

8 F 6/65: In der Aufgebotsache des Antragstellers Steinmetz Paul Schmidt, 6452 Steinheim (Main), Marktstraße 3, — vertreten durch Rechtsanwältin, Dr. Zabolitzky und Seidler, Offenbach (Main) — wurde durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Offenbach (Main) vom 8. 10. 1969 der Brief betreffend die Grundschuld von 3000,— Deutsche Mark, nebst 10 1/2 Zinsen, für die Bezirkssparkasse in Seligenstadt (Hessen), eingetragen im Grundbuch von Groß-Steinheim, Band 72, Blatt 2808, Abt. III, Nr. 1 (früher Band 5, Blatt 379), für kraftlos erklärt.

605 Offenbach (Main), 8. 10. 1969
Amtsgericht, Abt. 3

3519 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 371: Gerichtsreferendar Hans-Jürgen Möhrle und dessen Ehefrau Brigitte Elfriede, geb. Zieringer, Ober-Eschbach, In den Brühlwiesen 35, haben durch notariellen Vertrag vom 7. Februar 1969 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 12. 9. 1969
Amtsgericht

3520

Neueintragung

GR 372 Kraftfahrer Edwin Oskar Hartmann, Klein-Karben, Robert-Koch-Str. 6, und dessen Ehefrau Karin Katharina, geb. Weber, haben durch notariellen Vertrag vom 13. Mai 1969 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 12. 9. 1969
Amtsgericht

3521

Neueintragung

GR 373: Kaufmann Lothar Tamschick, Bad Vilbel, Kurt-Moosdorf-Straße 62, und dessen Ehefrau Edith, geb. Schiller, haben durch notariellen Vertrag vom 23. Juli 1969 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 18. 9. 1969
Amtsgericht

3522

Neueintragung

GR 374: Makler Gerhard Schiller, Harheim, Bonameser Straße 71, und dessen Ehefrau, Studienrätin Therese Eleonore Helmutrud Schiller-Alexander, haben durch notariellen Vertrag vom 30. Juni 1969 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 18. 9. 1969
Amtsgericht

3523

Neueintragungen

GR 309 — 16. 8. 1969: Wilhelm, gen. Willi, Wende, Gastwirt, in Lieschensruh über Mehlen, Nr. 7 (Krs. Waldeck), und Frau Erni, geb. Althoff. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 310 — 26. 8. 1969: Rolf Birker, Hauptfeldweibel, in Bad Wildungen, Ranzestraße 4, und Eva, geb. Lexutt. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

359 Bad Wildungen, 16. 10. 1969
Amtsgericht

3524

Neueintragung

GR 900 — 14. Oktober 1969: Maschinenschlosser Walter Reinhold Bauer und Ursula Maria Bauer, geb. Theimer, beide in Einhausen.

Durch Vertrag vom 7. August 1969 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

614 Bensheim, 14. 10. 1969
Amtsgericht

3525

Neueintragung

GR 333, 26. September 1969: Die Eheleute Kaufmann Herbert Schmidt und Ingrid Schmidt geb. Buschmann in Friedensdorf haben durch Ehevertrag vom 25. August 1969 den gesetzlichen Güterstand aufgehoben; es ist Gütertrennung eingetreten.

356 Biedenkopf, 16. 9. 1969
Amtsgericht

3526

Neueintragung

GR 334 — 9. Oktober 1969: Die Eheleute Bauingenieur Hermann Schutz und Annemarie Schutz, geb. Weber, in Dautphe, haben durch Ehevertrag vom 7. Mai 1969 den gesetzlichen Güterstand aufgehoben; es ist Gütertrennung eingetreten.

3560 Biedenkopf, 9. 10. 1969
Amtsgericht

3527

GR 1847 — 22. August 1969: Die Eheleute cand. wi. ing. Jürgen Alfred Reuschling und Christel Hildgard, geb. Schäffer, beide in Griesheim bei Darmstadt, haben durch Vertrag vom 30. Juli 1969 Gütertrennung vereinbart.

GR 1848 — 22. August 1969: Die Eheleute kaufm. Angestellter Erich Witten und Irmgard, geb. Bernhard, beide in Bickenbach, haben durch Vertrag vom 4. August 1969 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1849 — 28. August 1969: Die Eheleute Diplom-Volkswirt Peter Richard Scherer, und Sylvia Nora, geb. Nadaly Egea, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 10. Juli 1969 Gütertrennung vereinbart.

GR 1850 — 4. September 1969: Die Eheleute Maurer Walter Klink und Lydia, geb. Krämer, beide in Weiterstadt, haben durch Vertrag vom 28. Juli 1969 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1851 — 9. September 1969: Die Eheleute Rainer Adelbert Alexander Erdmann, Schreinermeister, in Darmstadt, und Waltraud Maria, geb. Kroboth, kaufm. Angestellte, daselbst, haben durch Vertrag vom 18. August 1969 Gütertrennung vereinbart.

GR 1852 — 11. September 1969: Die Eheleute Kaufmann Rudolf Geis, Braunschardt, und Maria, geb. Schick, daselbst, haben durch Vertrag vom 21. August 1969 Gütertrennung vereinbart.

GR 1853 — 11. September 1969: Die Eheleute Gerold Fricke und Ursula, geb. Schneider, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 28. April 1969 Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

GR 1854 — 16. September 1969: Die Eheleute Hubert Caup, Architekt, und Käti, geb. Klöppinger, beide in Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 21. Aug. 1969 Gütertrennung vereinbart.

GR 1855 — 17. September 1969: Die Eheleute Dipl.-Ing. Ernst Klaus Hinrich Stratmann und Dr. med. Anna Stratmann-Gnändiger, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 26. August 1969 Gütertrennung vereinbart.

GR 1856 — 17. September 1969: Die Eheleute Otto Pabst, Dreher, und Irmgard, geb. Kromm, beide in Eschollbrücken, haben durch Vertrag vom 25. August 1969 Gütergemeinschaft vereinbart.

61 Darmstadt, 8. 10. 1969
Amtsgericht

3528

Neueintragung

GR 436 — 1. Sept. 1969: Die Eheleute Handelsvertreter Dieter Heinz und Isolde Heinz, geb. Killian, beide in Dieburg, haben durch Vertrag vom 30. Juni 1969 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 1. 9. 1969
Amtsgericht

3529

Neueintragung

GR 437 — 16. Okt. 1969: Die Eheleute Kriminaloberkommissar Kurt Fröhlich und Helga Fröhlich, geb. Schaffnit, beide in Brensbach (Odw.), haben durch Vertrag vom 20. August 1969 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 7. 10. 1969
Amtsgericht

3530

Neueintragung

GR 438 — 16. Okt. 1969: Die Eheleute Kaufmann Wolfgang Ströhlein und Inge Ströhlein, geb. Schломann, beide in Ober-Roden-Waldacker, Lindenweg 15, haben durch Vertrag vom 18. Juli 1969 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 7. 10. 1969
Amtsgericht

3531

5 GR 1321 — 18. 7. 1969: Konditormeister Helmut Kiehl und Ehefrau Annegret Kiehl, geb. Höß, in Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 9. Januar 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

5 GR 1322 — 18. 7. 1969: Schlosser Ernst Oswald Bahr und Maria Bahr, geb. Hochmuth, in Steinhaus.

Durch notariellen Vertrag vom 19. Juni 1969 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann.

64 Fulda, 6. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 5

3532 Neueintragungen

GR 2028 — 14. 10. 1969: Eheleute Apotheker Horst Dornberger und Elisabeth, geb. Bröckling, Gießen.

Durch Vertrag vom 22. 8. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2029 — 14. 10. 1969: Eheleute Maschinenbau-Techniker Gerhard Pfeiffer und kaufm. Angestellte Marianne Rita, geb. Wosimsky, Gießen.

Durch Vertrag vom 18. 9. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2030 — 14. 10. 1969: Eheleute Kaufmann Karl-Heinz Jung und Rosemarie, geb. Nagel, Gießen.

Durch Vertrag vom 7. Aug. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 14. 10. 1969

Amtsgericht

3533

41 GR 1174 — 9. 9. 1969: Eheleute Dipl.-Ing. Dr. Alfred Hauff und Gerda, geb. Frind, Bruchköbel.

Durch Vertrag vom 5. Aug. 1969 ist all-gemeine Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht dem Ehemann zu.

645 Hanau, 1. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 41

3534

GR 453: Eheleute Einschaler Walter Josef Fladung und Maria Theresia, geb. Hohmann, beide in Rasdorf (Krs. Hünfeld), Stiftstraße 3.

Durch Vertrag vom 18. Aug. 1969 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 23. 9. 1969

Amtsgericht

3535 Neueintragung

8 GR 550 — 2. Oktober 1969: Eheleute Fernmelderevisor Alf Peter Rump und Hannelore Elfriede Rump, geb. Pleines, beide wohnhaft in Fischbach (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 2. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 7. 10. 1969

Amtsgericht

3536 Neueintragung

8 GR 551 — 3. Oktober 1969: Eheleute kaufmännischer Angestellter Rüdiger Christoph Michael Schüler und Ilse Helga Schüler, geb. Heuschkel, beide wohnhaft in Kelkheim (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 2. Aug. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 7. 10. 1969

Amtsgericht

3537

GR 281 A — 18. 6. 1969: Kaufmann Helmut Bangert und Ehefrau Erika Bangert, geb. Brinkmann, in Leibach.

Durch notariellen Vertrag vom 23. 4. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 15. 10. 1969

Amtsgericht

3538

GR 282 — 18. Juni 1969: Kaufm. Angestellter Helmut Schäfer, Ehefrau Elke Schäfer-Lohmann, geb. Lohmann, beide in Korbach.

Durch notariellen Vertrag vom 24. Febr. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 15. 10. 1969

Amtsgericht

3539 Neueintragung

4 GR 353 — 7. 10. 1969: Diplom-Kaufmann Hans Joseph Hollmann und Frau Marianne Karola Therese Elfriede Hollmann, geb. Pelzer, in Götzenhain.

Durch Vertrag vom 6. August 1969 ist Zugewinn-gemeinschaft vereinbart.

607 Langen, 14. 10. 1969

Amtsgericht

4 GR 354 — 13. 10. 1969: Kaufmann Gustav Küffner und Margareta, geb. Merkel, Sprendlingen, August-Bebel-Straße 74.

Durch Vertrag vom 31. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen, 14. 10. 1969

Amtsgericht

3540 Neueintragung

GR 448: Radio-Mechaniker Kurt Otto und Ehefrau Erna Otto, geb. Goerke, verw. Krey, in Schlitz.

Durch Vertrag vom 28. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

642 Lauterbach (Hessen), 16. 9. 1969

Amtsgericht

3541

GR 379 — 7. 10. 1969: Gerhard Wagner, Metzger, in Dauborn, und Eleonore, geb. Roth.

Durch notariellen Vertrag vom 27. Aug. 1969 ist Gütergemeinschaft gem. § 1416 BGB vereinbart.

625 Limburg (Lahn), 7. 10. 1969

Amtsgericht

3542

GR 380 — 10. 10. 1969: Fuhrmann, Jacob, Rentner, in Oberselters, und Lotte, geb. Emmerich.

Durch notariellen Vertrag vom 5. Aug. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

625 Limburg (Lahn), 10. 10. 1969

Amtsgericht

3543

GR 381 — 14. 10. 1969: Rudolf Pfeiffer, Schreiner, in Dauborn, und Ulrike, geb. Wagner.

Durch notariellen Vertrag vom 13. Juni 1969 ist Gütergemeinschaft gem. § 1416 BGB vereinbart.

625 Limburg (Lahn), 14. 10. 1969

Amtsgericht

3544 Neueintragung

GR 806 — 6. Oktober 1969: Eheleute Dr. med. Wolfhart Niemeyer, Privatdozent, und Ilka, geb. Baader, beide in Wehrshausen, Weidmannsweg 5.

Durch notariellen Vertrag vom 14. Aug. 1969 ist Gütertrennung vereinbart worden.

355 Marburg (Lahn), 3. 10. 1969

Amtsgericht

3545 Neueintragung

GR IV 83: Kaufmännischer Angestellter Karl Adolf Giegel und Ehefrau Erika Giegel, geb. Schöll, in Michelstadt (Odw.), Große Gasse 4 a.

Durch Vertrag vom 29. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 30. 9. 1969

Amtsgericht

3546 Veränderung

GR 198 — 24. 9. 1969: Eheleute Tankstellenbesitzer Walter Schmiege und Frieda Schmiege, geb. Werner, beide wohnhaft in Aßmannshausen (Rheingau), Lorcher Straße 57.

Durch Vertrag vom 22. September 1969 ist die Ausschließung der Verwaltung und Nutznießung des Ehemannes am Vermögen seiner Ehefrau aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinn-gemeinschaft vereinbart.

622 Rüdesheim (Rhein), 24. 9. 1969

Amtsgericht

3547 Neueintragung

GR 287 — 10. 9. 1969: Eheleute Karl-Felix Wegeler und Gisela Wegeler, geb. Schanz, beide wohnhaft in Geisenheim (Rhein), Schloß Ingelheim.

Durch notariellen Vertrag vom 28. Aug. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

622 Rüdesheim (Rhein), 10. 9. 1969

Amtsgericht

3548 Neueintragung

GR 288 — 9. 9. 1969: Eheleute Autoschlosser Karl Ernst Weber und Hildegard Weber, geb. Altenkirch, beide wohnhaft in Aulhausen (Rheingau), Schulstraße 5.

Durch notariellen Vertrag vom 19. Aug. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

622 Rüdesheim (Rhein), 9. 9. 1969

Amtsgericht

3549

7 GR 449 — 6. Oktober 1969: Kaufmann Horst Robert Pasemann und Erika Erna Pasemann, geb. Steinberg, in Heckholzhausen (Oberlahnkreis).

Durch gerichtlichen Ehevertrag vom 1. 10. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

629 Weilburg, 6. 10. 1969

Amtsgericht

3550

7 GR 450 — 13. Oktober 1969: Platzwart Rainer Kreckel und Gisela Kreckel, geb. Bender, in Waldhausen.

Durch notariellen Ehevertrag vom 9. August 1969 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

629 Weilburg, 13. 10. 1969

Amtsgericht

3551

GR 607: Eheleute Obergefr. u. Uffz.-Anwärter Peter Schwarz und Lore-Liese, geb. Tafelmeyer, in 633 Wetzlar, Altenberger Straße 78.

Durch notariellen Vertrag vom 22. September 1969 — Urkundenrolle Nr. 92/69 des Notars Wilhelm Saabach in Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 8. 10. 1969

Amtsgericht

3552

GR 2917 — 9. 9. 1969: Dahms, Michael, Kaufmann, und Marita, geb. Benthien, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 25. Juli 1969 ist Gütertrennung aufgehoben und Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird vom Ehemann verwaltet.

GR 3029 — 5. 9. 1969: Schröder, Helmut Andreas, Kaufmann, und Eva Renate, geb. Küchenberg, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 6. Mai 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3030 — 5. 9. 1969: Bscher, Dieter, und Marion, geb. Wetzel, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 2. Mai 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3031 — 10. 9. 1969: Philippi, Adolf, und Gerda, geb. Spottka, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 27. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3032 — 12. 9. 1969: Echt, Horst, Assessor, und Gesine, geb. Langmesser, in Wiesbaden-Sonnenberg.

Durch Ehevertrag vom 15. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3033 — 12. 9. 1969: Dunkelmann, Peter, Kaufmann, und Heidemarie, geb. Fischer, in Wiesbaden-Bierstadt.

Durch Ehevertrag vom 21. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3034 — 18. 9. 1969: Reuß, Gerhard, und Edeltraud, geb. Sattler, in Wiesbaden.

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

GR 3035 — 18. 9. 1969: Dragesser, Walter, und Irene, geb. Templin, in Nordenstadt.

Durch Ehevertrag vom 21. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3036 — 18. 9. 1969: Heyne, Klaus Peter, Kaufmann, und Katharina Elisabeth, geb. Bieber, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 24. Juni 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3037 — 18. 9. 1969: Butz, Eberhard, Kaufmann, und Agnes, geb. Podolske, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 28. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 13. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 21

3553 Musterschutzregister**Neueintragung**

MR 379 — lfd. Nr. 379 (Firma des Anmeldenden): Firma Hallo-Werk Rudolf Loh KG., Haiger (Dillkreis).

(Tag und Stunde der Anmeldung): 11. September 1969, 10.04 Uhr.

(Bezeichnung des angemeldeten Musters oder Modells): Zwei Fotos, darstellend einen tragbaren Rohrständler mit Aufnahmevorrichtungen für die einzelnen Satzstücke, zusammenklappbare Satzstücke mit Scherenuntergestell; Fabrikations-Nr. 7100.

Plastisches Erzeugnis.

Schutzfrist: Drei Jahre.

634 Dillenburg, 6. 10. 1969

Amtsgericht

3554 Vereinsregister**Neueintragungen**

VR 77 — 2. 7. 1969: Kraftdroschken-Vereinigung Bad Wildungen; Sitz: Bad Wildungen.

VR 78 — 29. 8. 1969: Verein der Freunde und Förderer der Mittelpunktschule Ederthal, Bergheim; Sitz: Bergheim.

359 Bad Wildungen, 16. 10. 1969

Amtsgericht

3555

VR 880 — 6. Oktober 1969: Sportvereinigung 04 Arheilgen, in Darmstadt-Arheilgen.

Infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder, gilt der Verein als aufgelöst.

VR 1221 — 10. September 1969: Lehrherrengemeinschaft der steuerberatenden Berufe Südhessen e. V., in Darmstadt.

VR 1222 — 10. September 1969: Turnverein 1898 Alsbach, in Alsbach a. d. Bergstraße.

VR 1223 — 6. Oktober 1969: Schützenverein Brandau, in Brandau.

61 Darmstadt, 8. 10. 1969

Amtsgericht

3556

5 VR 592 — 17. 9. 1969: Osthessischer Ärzteverein e. V. (1879—1969), Fulda.

5 VR 593 — 17. 9. 1969: Bildungswerk der Deutschen Kolpingfamilie — Diözesanverband Fulda e. V., Fulda.

5 VR 594 — 17. 9. 1969: Sportgemeinschaft Johannesberg 1926, Johannesberg, Kreis Fulda.

64 Fulda, 6. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 5

3557 Neueintragung

VR 639 — 30. 9. 1969: Schützenverein 1874 Laubach. Sitz des Vereins ist Laubach.

63 Gießen, 10. 10. 1969

Amtsgericht

3558 Neueintragung

VR 268 — 6. Oktober 1969: Verband der Griechen in Deutschland; Sitz: Herborn (Dillkreis).

Die Satzung ist am 18. Juli 1969 errichtet.

6348 Herborn, 6. 10. 1969

Amtsgericht

3559 Neueintragung

VR 62 — 8. 10. 1969: Fachverband Europäischer Gummistrumpfhersteller e. V., in 3558 Frankenberg (Eder).

Die Satzung ist am 26. 6. 1969 errichtet.

3558 Frankenberg (Eder), 8. 10. 1969

Amtsgericht

3560 Neueintragung

VR 818 — 8. Oktober 1969: Versorgungswerk für den Bezirk der Kreishandwerkerschaft Marburg und die angeschlossenen Innungen; Sitz: Marburg.

355 Marburg (Lahn), 29. 9. 1969

Amtsgericht

3561 Neueintragung

16 VR 819 — 9. Oktober 1969: Reit- und Sportverein Steinmühle und Umgebung; Sitz: Cappel.

355 Marburg (Lahn), 8. 10. 1969

Amtsgericht

3562**Neueintragung**

VR 820 — 9. Oktober 1969: SV Blau-Gelb Marburg; Sitz: Marburg (Lahn).

355 Marburg (Lahn), 9. 10. 1969

Amtsgericht

3563**Neueintragung**

VR 82: In das Vereinsregister wurde am 8. Oktober 1969 unter Nr. 82 eingetragen:

Motor-Sport-Club, eingetragener Verein; Sitz: Inheiden.

6478 Nidda, 8. 10. 1969

Amtsgericht

3564

VR 679: Schützenverein Schwalbach in Schwalbach. Die Satzung ist am 7. Januar 1969 errichtet.

633 Wetzlar, 30. 9. 1969

Amtsgericht

VR 680: Sängervereinigung „Germania Eintracht“ 1846/84, Wißmar, in Wißmar. Die Satzung ist am 12. Juli 1969 errichtet.

633 Wetzlar, 2. 10. 1969

Amtsgericht

3565**Neueintragung**

3 VR 1092: Fußball-Club 1928 Hebenshausen, in Hebenshausen.

343 Witzenhausen, 14. 10. 1969

Amtsgericht

3566**Liquidation**

Die Unterstützungskasse für die Belegschaft der Firma Ziegelei Bruchköbel Zeller & Schmelz GmbH e. V., in Bruchköbel, 6451 Bruchköbel, Friedberger Landstraße, ist aufgelöst. Gläubiger wollen ihre Ansprüche bei dem unterfertigten alleinigen Liquidator anmelden:

Edmund Weber, Steuerberater
875 Aschaffenburg, Odenwaldstr. 32-34.

Vergleiche — Konkurse**3567**

4 N 27/69 — Nachlaßkonkurs: Über den Nachlaß des am 28. Juni 1969 verstorbenen Kaufmanns Karl Ludwig Moler, zuletzt wohnhaft gewesen in Bensheim, Bahnhofstraße 13, ist am 17. Oktober 1969, um 14.15 Uhr, der Nachlaßkonkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Philipp Eberlein, Bensheim, Belnengutstraße 17.

Termin zur ersten Gläubigerversammlung: Montag, 24. November 1969, um 14.30 Uhr.

Prüfungstermin: Mittwoch, 17. Dezember 1969, um 14.30 Uhr, jeweils im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203.

Anmeldefrist bis 30. November 1969.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. November 1969.

614 Bensheim, 17. 10. 1969

Amtsgericht

3568

4 N 4/68: Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Firma Heinrich Pfleger & Sohn, Bauunternehmung in Bensheim.

Der Schlußtermin wird auf Donnerstag, den 20. November 1969, um 14.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Saal 203, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 4298,75 DM — (in Worten: Viertausendzweihundertachtundneunzig 75/100 Deutsche Mark) —, die ihm zu erstatten- den Auslagen werden auf 578,17 DM — (in Worten: Fünfhundertachtundsiebzig 17/100 Deutsche Mark) — festgesetzt.

614 Bensheim, 13. 10. 1969 **Amtsgericht**

3569

3 VN 1/69 — Vergleichsverfahren: Der Bauunternehmer Horst Bödicker, Eschwege, als persönlich haftender Gesellschafter der Firma G. Ch. Bödicker, Tief- und Hochbaugesellschaft, Eschwege, hat durch einen am 17. Oktober 1969 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Gesellschaft beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. Julius Linker, Kassel, Wolfsschlucht 31, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

3 VN 2/69 — Vergleichsverfahren: Der Bauunternehmer Horst Bödicker, Eschwege, hat durch einen am 17. Oktober 1969 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. Julius Linker, Kassel, Wolfsschlucht 31, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

344 Eschwege, 17. 10. 1969 **Amtsgericht**

3570 **Beschluß**

81 N 80/69: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Theodor, genannt Theo, Faigle, Langen (Hessen), im Hasenwinkel 30, alleiniger Inhaber der Firma Theo Faigle, Kleiderfabrikation, Frankfurt (Main), Kaiserstraße 79, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 14. November 1969, um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 9. 10. 1969
Amtsgericht, Abt. 81

3571 **Beschluß**

81 N 18/69: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Modeform International GmbH, Frankfurt (Main), Kaiserstraße 53, wird mangels einer den Kosten entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

6 Frankfurt (Main), 10. 10. 1969
Amtsgericht, Abt. 81

3572

81 N 324/69 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Frau Inge Rettich, geb. Baldauf, 6 Frankfurt (Main), Taubenstraße 11, jetzt wohnhaft in Kilianstädten, Mozartstraße 16,

wird heute, am 13. Oktober 1969, um 14.00 Uhr, **Konkurs** eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Helmut Burghardt, 6 Frankfurt (Main), Leerbachstraße 107; Tel.: 59 67 77.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 11. 1969 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 14. 11. 1969, um 11.00 Uhr; Prüfungstermin: 5. 12. 1969, um 10.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. November 1969 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 13. 10. 1969
Amtsgericht, Abt. 81

3573

81 N 312/69 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 28. 1. 1969 verstorbenen Rudolf Zinss, zuletzt wohnhaft Frankfurt (Main), Offenbacher Landstraße 315,

wird heute, am 13. Oktober 1969, um 9.00 Uhr, **Konkurs** eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans Lohmann, Frankfurt (Main), Bergerstraße 98; Tel.: 43 34 61.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 11. 1969 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 28. 11. 1969, um 11.15 Uhr; Prüfungstermin: 28. November 1969, um 11.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. November 1969 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 13. 10. 1969
Amtsgericht, Abt. 81

3574

81 N 299/69 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 14. 6. 1969 verstorbenen Kaufmann Rolf Ludwig Horst Weber, zuletzt wohnhaft: Frankfurt (Main), Feuerbachstraße 30,

wird heute, am 13. Oktober 1969, um 9.00 Uhr **Konkurs** eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans Lohmann, Frankfurt (Main), Bergerstraße 98; Tel.: 43 34 61.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 11. 1969 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin: 28. November 1969, um 10.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. November 1969 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 13. 10. 1969
Amtsgericht, Abt. 81

3575 **Beschluß**

3 N 1/67: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 15. 5. 1963 in Köppern verstorbenen Hufbeschlagmeisters August Meschede, zuletzt wohnhaft in Oberweyer bei Limburg (Lahn); wird aufgehoben.

6253 Hadamar, 7. 10. 1969 **Amtsgericht**

3576

50 N 67/69 — Nachlaß-Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 9. Juni 1969 in Kassel verstorbenen, zuletzt dort in der Breitscheidstraße 46, wohnhaft gewesenen, Dachdeckermeisters Friedrich Wilhelm Steffen, ist am 13. Oktober 1969, um 12.00 Uhr, **Konkurs** eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. August Klose, Kassel, Rengershäuser Straße 2.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1969 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 27. November 1969, um 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 22. Januar 1970, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 106.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Erben verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 1. November 1969 anzeigen.

35 Kassel, 14. 10. 1969 **Amtsgericht**

3577

50 VN 1/69 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen der Übersetzerin Mirjam Thiel, Kassel, Kirchweg 70, ehemalige Inhaberin eines handelsgerichtlich nicht eingetragenen Ladengeschäfts für Heimwerkerbedarfsartikel in Kassel, Große Rosenstraße 17, ist am 15. Oktober 1969, um 10.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Schumann, Kassel, Rudolf-Schwander-Straße 10. Vergleichstermin: 27. November 1969, um 10.00 Uhr, Zimmer 106, des Amtsgerichts Kassel, Frankfurter Straße 9. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen und das Ermittlungsergebnis sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

35 Kassel, 15. 10. 1969 **Amtsgericht**

3578

2 N 9/64: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 10. 5. 1958 verstorbenen Alfred Roth, 3521 Zwergen (Krs. Hofgeismar), soll eine Nachtragsverteilung stattfinden. Die verfügbare Masse beträgt 550,— DM.

Zu berücksichtigen sind die Forderungen gemäß § 61, Ziff. 6 KO, mit 4570,70 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts — Abt. 2 — in Hofgeismar, zur Einsichtnahme, aus.

35 Kassel, 20. 10. 1969

Der Konkursverwalter:
Dr. August Klose
Rechtsanwalt und Notar

3579

50 N 22/67: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Maschinenbauers Helmut Bahrke**, Kassel, Korbacher Straße 55, ist gem. § 204 KO eingestellt.

Dem Konkursverwalter sind als Vergütung 1661,64 DM, als Auslagen 80,— DM, festgesetzt.

35 Kassel, 16. 10. 1969 **Amtsgericht**

3580**Beschluß**

1 N 9/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Robert Reiser**, früher Korbach, jetzt: Hoof bei Kassel, **persönlich haftender Gesellschafter der Firma Reiser u. Koch oHG.**, Korbach, Zweigniederlassung, in Frankenberg, wird Termin für eine Gläubigerversammlung bestimmt auf Dienstag, den 18. November 1969, um 10.30 Uhr, Zimmer Nr. 25, des Amtsgerichts Korbach.

Tagesordnung:

1. Bericht des Konkursverwalters;
2. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen;
3. Einstellung des Verfahrens mangels Masse;
4. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters;
5. Vergütung und Auslagen des Verwalters und des Gläubigerausschusses.

354 Korbach, 14. 10. 1969 **Amtsgericht**

3581

32 N 824/69 — **Anschlußkonkursverfahren**: Über das Vermögen der **NORA Filmverleih, Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG.**, mit dem Sitz in 8 München 2, Blumenstraße 48, und den Filialen in 1 Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 54, 2 Hamburg, Lange Reihe 81, 4 Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 20, 6 Frankfurt, Niddastraße 42/44, 8 München, Gewürzmühlstraße 5, wurde heute, um 9.00 Uhr, das **Anschlußkonkursverfahren** eröffnet.

Näheres siehe Bayer. Staatsanzeiger Nr. 42 vom 17. 10. 1969.

8 München, 7. 10. 1969

Amtsgericht — Konkursgericht

3582**Beschluß**

3 N 16/68: In dem **Nachlaßkonkursverfahren** über das Vermögen des **Kaufmanns Heinrich Feisel**, gestorben 11. 6. 1968, zuletzt wohnhaft in Krofdorf-Gleiberg, Wiesenstraße 59, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf

Dienstag, den 9. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, Zimmer 37, bestimmt.

633 Wetzlar, 16. 10. 1969 **Amtsgericht**

3583**Beschluß**

62 N 43/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Jacob Post, Eisenhandels-KAG.**, Wiesbaden, zuletzt Hochstättenstraße 2 und Mauritiusstraße 12, wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben**.

62 Wiesbaden, 8. 10. 1969 **Amtsgericht**

3584**Beschluß**

62 N 50/68: Das Konkursverfahren über das Vermögen des am 31. 5. 1968 verstorbenen **Baustoffhändlers Hanns Fischer**, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden-Sonnenberg, Danziger Straße 100, wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben**.

62 Wiesbaden, 8. 10. 1969 **Amtsgericht**

3585

62 N 1/68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Bauunternehmers Paul Lieder** in Wiesbaden, Schiersteiner Straße 11, liegt dem Amtsgericht Wiesbaden — Abt. 62 — der Schlußbericht nebst Schlußrechnung vor.

Einen Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen gibt das Gericht noch bekannt.

Die Summe der zur Tabelle angemeldeten Forderungen beträgt 37 166,43 DM. Der vorhandene Kassenbestand von 5056,03 DM wurde zurückbehalten zur Bezahlung weiterer Kosten aller Art und zur Ausschüttung an die Gläubiger.

Ein Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt zur Einsicht der Beteiligten bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Abt. 62, vor.

62 Wiesbaden, 15. 10. 1969

Der Konkursverwalter:
Kurt Bormann

3586**Beschluß**

62 N 1/68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Bauunternehmers Paul Lieder**, Wiesbaden, Schiersteiner Straße 11, wird die Vornahme der Schlußverteilung **genehmigt** und Schlußtermin auf

Dienstag, den 18. November 1969, um 14.30 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 1450,— DM (Eintausendvierhundertfünfzig), die zu erstattenden Auslagen werden auf 197,— DM festgesetzt.

62 Wiesbaden, 16. 10. 1969 **Amtsgericht**

3587**Beschluß**

62 N 83/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Motiv — Werbeberatungs-Gesellschaft mbH.**, Wiesbaden, Möhringstraße 7, wird die Vornahme der Schlußverteilung **genehmigt** und Schlußtermin auf

Mittwoch, den 26. November 1969, um 9.30 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung

evtl. nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 3000,— (Dreitausend Deutsche Mark), die zu erstattenden Auslagen werden auf 71,— DM festgesetzt.

62 Wiesbaden, 17. 10. 1969 **Amtsgericht**

3588

62 N 83/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **MOTIV — Werbeberatungs-Gesellschaft mbH.**, Wiesbaden, Möhringstraße 7, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden (62 N 83/67) niedergelegt worden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 102 282,40 DM. Es ist ein Massebestand von 5173,16 DM verfügbar.

62 Wiesbaden, 22. 10. 1969
Humboldtstraße 21

Der Konkursverwalter:
Dr. N i e d i n g
Rechtsanwalt

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3589

K 37/68: Das im Grundbuch von Petterweil, Band 19, Blatt 858, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Petterweil, Flur 1, Flurstück 250/1, Hof- und Gebäudefläche, Neugasse, Größe 7,11 Ar,

soll am 11. Dez. 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurter Str. 132, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Nov. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Karl Schichtel, Petterweil, Neugasse 6.
Schätzung des Ortsgerichts: 140 000,— DM.

Der Wert des Grundstücks ist festgesetzt auf 160 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 28. 8. 1969

Amtsgericht

3590

K 17/69: Das im Grundbuch von Holzhausen, Band 33, Blatt 1246, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Holzhausen, Flur 20, Flurstück 88/3, Hof- und Gebäudefläche, an der Germershöhe, Größe 14,78 Ar,

soll am Dienstag, dem 16. Dezember 1969, um 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. Mai 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Margot Rinke, geb. Kremzow, in Titisee, Birkenweg 222.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 16. 10. 1969

Amtsgericht

3591

K 13/68 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Vonhausen, Band 14, Blatt 741, eingetragene und in der Gemarkung Vonhausen belegene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 338/1, Hof- und Gebäudefläche, im Breul 4, Größe 5,07 Ar,

soll am Mittwoch, dem 17. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. April 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Werner Bokatius und dessen Ehefrau Gerda, geb. Schiele, in 6471 Vonhausen, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZGV festgesetzt auf 75 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 29. 9. 1969

Amtsgericht

3592

61 K 62/69: Die im Grundbuch von Alsbach, Band 43, Blatt 2377, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Alsbach, Flur 4, Flurstück 91, Ackerland, die lange Hardt, Größe 11,67 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Alsbach, Flur 4, Flurstück 119, Ackerland, das., Größe 13,48 Ar,

sollen am 18. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. Sept. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Landwirt Christian Konrad Anthes, in Zwingenberg, zu 1/3;

b) Magdalene Anthes, daselbst, zu 1/3;

2. a) Rosel Ingrid Götz, in Zwingenberg;

b) Helmuth Jakob Götz, daselbst;

— in Erbengemeinschaft, zu 1/3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 2. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 61

3593

31 K 17/69: Die im Grundbuch von Ueberau, Band 14, Blatt 775, eingetragenen Grundstücke, bzw. Grundstücksteile,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Habitzheim, Flur 15, Flurstück 64, Ackerland, an der Ueberauer Grenze, Größe 202,88 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Habitzheim, Flur 15, Flurstück 10, Ackerland, Im wilden See, Größe 46,44 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Ueberau, Flur 3, Flurstück 45, Ackerland, Hinter dem Friesenrech, Größe 47,45 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Ueberau, Flur 3, Flurstück 69, Ackerland, Hinterm Forsttal, Größe 25,63 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Ueberau, Flur 3, Flurstück 70, Ackerland, Hinterm Forsttal, Größe 28,59 Ar,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Habitzheim, Flur 15, Flurstück 2, Ackerland, Im wilden See, Größe 129,93 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Habitzheim, Flur 15, Flurstück 65, Ackerland, An der Ueberauer Grenze, Größe 97,88 Ar,

sollen am Montag, dem 8. Dezember 1969, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. Februar 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Friedrich Philipp Wilhelm Heinrich Haaß, in Ueberau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 16. 9. 1969

Amtsgericht

3594

31 K 11/68: Der 1/2-Miteigentumsanteil der im Grundbuch von Dieburg, Band 59, Blatt 3549, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Dieburg, Flur 18, Flurstück 52, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Frongrund, Größe 3,86 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Dieburg, Flur 18, Flurstück 53, Gartenland, daselbst, Größe 2,89 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1969, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Juli 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hermann Josef Schumann, in Dieburg.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 1. 10. 1969

Amtsgericht

3595

31 K 49/69: Das im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 107, Blatt 4160, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 13, Flurstück 241/67, Hof- und Gebäudefläche, Mühlfeldchen, Größe 4,86 Ar,

soll am Mittwoch, dem 3. 12. 1969, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. November 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gertrude Friederike Fassler, geb. Krönung, in Nieder-Roden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 2. 10. 1969

Amtsgericht

3596

31 K 5/68: Das im Grundbuch von Groß-Zimmern, Band 78, Blatt 3343, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Zimmern, Flur 16, Flurstück 224/3, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 36, Größe 6,35 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. November 1969, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. März 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elisabeth Pullmann, geb. Thomas, in Groß-Zimmern.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 3. 10. 1969

Amtsgericht

3597**Beschluß**

3 K 23/66: Die im Grundbuch von Datterode, Band 20, Blatt 660, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Datterode,

lfd. Nr. 7, Flur 19, Flurstück 5, Wald (Holzung), unter der Gemeinde, Größe 26,15 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 7, Flurstück 22, Wald (Holzung), in der Schinzenbergsdelle, Größe 28,04 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 7, Flurstück 29, Ackerland, im Hasselbach, an der Winterseite, Größe 50,02 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 7, Flurstück 27, Ackerland und Hutung, daselbst, Größe 14,38 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 20, Flurstück 43, Wald (Holzung), im Morgenthale, Größe 8,94 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 20, Flurstück 42, Wald (Holzung), im Morgenthale, Größe 11,08 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 18, Flurstück 30, Hof- und Gebäudefläche, Lohgasse Nr. 61, Größe 2,73 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 18, Flurstück 31, Hof- und Gebäudefläche, Lohgasse Nr. 61, Größe 5,91 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 11, Flurstück 33, Ackerland, auf'm Rödern, Größe 26,04 Ar,

lfd. Nr. 17, Flur 18, Flurstück 1, Ackerland, auf der Spitze, Größe 5,72 Ar,

lfd. Nr. 18, Flur 21, Flurstück 4, Grünland, im Morgenthale, Größe 14,58 Ar,

lfd. Nr. 19, Flur 21, Flurstück 29, Wald (Holzung), im Morgenthale, Größe 2,26 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur 7, Flurstück 28, Ackerland und Hutung, im Hasselbach, an der Winterseite, Größe 31,59 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 18, Flurstück 2, Ackerland und Grünland, auf der Spitze, Größe 14,92 Ar,

lfd. Nr. 25, Flur 11, Flurstück 126/6, Bauplatz, unterm Schinzenberge, Größe 8,62 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 11, Flurstück 126/7, Ackerland und Unland (Böschung), daselbst, Größe 55,32 Ar,

sollen am Donnerstag, 11. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude

Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 1. 1967 (bzgl. Grundstück lfd. Nr. 13) / 25. 4. 1968 (bzgl. der übrigen Grundstücke) (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser und Landwirt Wilfried Niebergall, Datterode Nr. 61.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 7 auf 250,— DM; lfd. Nr. 8 auf 230,— DM; lfd. Nr. 9 auf 1000,— DM; lfd. Nr. 10 auf 250,— DM; lfd. Nr. 11 auf 100,— DM; lfd. Nr. 12 auf 120,— DM; lfd. Nr. 13 und 14 zusammen auf 7500,— DM; lfd. Nr. 16 auf 800,— DM; lfd. Nr. 17 auf 300,— DM; lfd. Nr. 18 auf 650,— DM; lfd. Nr. 19 auf 50,— DM; lfd. Nr. 20 auf 600,— DM; lfd. Nr. 21 auf 750,— DM; lfd. Nr. 25 auf 4310,— DM; lfd. Nr. 26 auf 1200,— DM; zusammen: 18 110,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 8. 10. 1969 **Amtsgericht**

3598

K 10/67 Wa.Mi: Die im Grundbuch von Waldmichelbach (Odw.), Band 18, Blatt 759, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 9 und 10, Flur 30, Nr. 172, Hof- und Gebäudefläche, Straßburg 21, Größe 0,88 Ar, und

Flur 30, Nr. 173, Gartenland, die Straßburg, Größe 1,37 Ar (Gemarkung Waldmichelbach/Odw.),

sollen am Donnerstag, dem 27. November 1969, vorm., um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Fürth (Odw.), Sitzungssaal, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Oktober 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fabrikarbeiter Jakob Bihn II., in Waldmichelbach (Odw.).

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 15. 11. 1967 festgesetzt auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 20. 8. 1969 **Amtsgericht**

3599

2 K 66/67: Die im Grundbuch von Rüsselsheim, Band 86, Blatt 4421, eingetragene Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 14, Flurstück 2/21, Hof- und Gebäudefläche, Paul-Hessemer-Straße 26, Größe 11,45 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 14, Flurstück 2/22, Hof- und Gebäudefläche, Paul-Hessemer-Straße 26, Größe 14,45 Ar, sollen am 16. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. Sept. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Johannes Weigand, Rüsselsheim, Paul-Hessemer-Straße 26.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 1. 10. 1969 **Amtsgericht**

3600

2 K 15 u. 28/69: Das im Grundbuch von Fleisbach, Band 23, Blatt 832, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Fleisbach, Flur 2, Flurstück 219, Hof- und Gebäudefläche, Schubertstraße 10, Größe 7,76 Ar,

soll am 11. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herbhorn durch Zwangsvollstreckung und zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. und 26. Juni 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) kaufmännischer Angestellter Josef Hampel, in Weilburg (jetzt in Sinn), zur Hälfte;

b) Gertrud Hampel, geb. Ohly, in Weilburg, zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 82 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6348 Herbhorn, 9. 9. 1969 **Amtsgericht**

3601

K 2/69: Das im Grundbuch von Hirschhorn, Band 50, Blatt 2276, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Hirschhorn, Flur 1, Flurstück 736, Hof- und Gebäudefläche, Waidgasse 13, Größe 0,55 Ar,

soll am 10. Dez. 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Untere Gasse 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. Mai 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1) Bauunternehmer Günther Orth;

2) Ehefrau Marga Orth, geb. Schumacher, in Brühl b. Schwetzingen, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6932 Hirschhorn, 8. 10. 1969 **Amtsgericht Fürth (Odw.),
Zweigstelle Hirschhorn (N.)**

3602

9 K 42/69: Das im Grundbuch von Altenhain (Taunus), Band 13, Blatt 430, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Altenhain (Taunus), Flur 10, Flurstück 257/135, Lieg.-B. 1082, Ackerland, Langackerhohl, Größe 14,13 Ar,

soll am 10. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Nebengebäude, Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Aug. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maschinenbau-Ingenieur Albert Kungel, in Dörnigheim, Am Südring 5.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein (Taunus), 10. 10. 1969 **Amtsgericht**

3603

9 K 30/69: Das im Grundbuch von Glashütten (Taunus), Band 12, Blatt 421, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Glashütten, Flur 7, Flurstück 279, Hirschgarten, Hof- und Gebäudefläche, Größe 7,03 Ar,

soll am 11. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Nebengebäude, Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. Juli 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ingeborg Weiß, geb. Witting, 6 Frankfurt (Main), Dreikönigstraße 10.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 170 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

624 Königstein (Taunus), 13. 10. 1969 **Amtsgericht**

3604

Beschluß

7 K 72/68: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 149, Blatt 6784, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 9, Flurstück 357, Hof- und Gebäudefläche, Zeißstraße 16, Größe 4,59 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1969, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. Jan. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Margot Weiz, geb. Menzel, in Lampertheim.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 163 000,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 5. 9. 1969 **Amtsgericht**

3605

Beschluß

7 K 14/67: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 36, Blatt 2267, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Lampertheim, Flur 18, Flurstück 69, Gartenland, Obstbaumstück, die Hubengärten, Größe 9,41 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. März 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Roth, Karlheinz, und Ehefrau Rosemarie, geb. Dreißigacker, in Lampertheim, zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1411,50 DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 5. 9. 1969 **Amtsgericht**

3606

7 K 31/69: Zum Zwecke der Aufhebung der Erbgemeinschaft, soll die Miteigentumshälfte der im Grundbuch von Bieber, Band 95, Blatt 3834, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Bieber, sämtl. LB 786:

Flur 2, Nr. 507, Ackerland, durch die Gräbchensäcker, Größe 6,50 Ar,

Flur 4, Nr. 316, Ackerland, zwischen dem Mühlheimer Weg und dem Margarethenzehnten, Größe 9,31 Ar,

Flur 4, Nr. 501, Ackerland, in der weichen Beune, Größe 7,12 Ar,

Flur 5, Nr. 290, Grünland, auf die Kasperlache und platten Baum, Größe 3,31 Ar,

Flur 8, Nr. 27/1, Ackerland, Hartmannsrain, Größe 13,06 Ar,

am Mittwoch, dem 10. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerks (1. 8. 1969):

Landwirt Christian Heberer, in Offenbach-Bieber; Margarethe Büttner, geb. Metzler, daselbst; Magdalena Juliane Kreis, geb. Kurt, daselbst; Theodor Arnold Kurt, daselbst; Wilhelm Theodor Doll, daselbst; Paul Friedrich Doll, in Bad Wimpfen; Margareta Gollmer, geb. Metzler, in Offenbach-Bieber; Philipp Ewald Metzler, in Offenbach-Rumpenheim; Gustav Arnold Metzler, in Hütental-Geisweis; Johann Otto Metzler, in Jügesheim; Theodor Wilhelm Metzler, in Offenbach-Bieber; Elisabeth Sommer, geb. Metzler, in Großostheim; Rentner Paul Fay, in Offenbach-Bieber; Paul Anton Fay, daselbst; Johanna Pfeiffer, geb. Fay, daselbst; Katharina Anna Josefine Metzler, geb. Kimmel, daselbst; Johanna Katharina Hübner, geb. Metzler, daselbst; Otto Theodor Metzler, in Offenbach (Main); Emil Christl, in Of-

fenbach (Main); Maria Anna Metzler, geb. Sattler, in Offenbach-Bieber; Anna Metzler, geb. Stadtmüller, daselbst; Rosa Franziska Trabert, geb. Metzler, daselbst; sämtlich in Erbgemeinschaft, zu 1/2.

Der Wert der Grundstücks hälften wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

a) Flur 2, Nr. 507 auf 18 070,— DM;

b) Flur 4, Nr. 316 auf 2 105,— DM;

c) Flur 4, Nr. 501 auf 1 600,— DM;

d) Flur 5, Nr. 290 auf 415,— DM;

e) Flur 8, Nr. 27/1 auf 2 940,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 16. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 7

3607

K 10/66: Das im Grundbuch von Itzenhain, Band 4, Blatt 84, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Itzenhain, Flur 4, Flurstück 2, Hof- und Gebäudefläche, im Dorfe, Haus Nr. 21, Größe 6,31 Ar,

soll am Montag, dem 15. Dez. 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Treysa, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Okt. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Land- und Gastwirt Hans Daum, Itzenhain.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 45 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3578 Treysa, 8. 10. 1969

Amtsgericht

3608

3 K 62/68: Das im Grundbuch von Hörnsheim, Band 20, Blatt 825 A, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hörnsheim, Flur 13, Flurstück 5, Hof- und Gebäudefläche, Krautgarten, Größe 4,44 Ar,

soll am 9. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. Sept. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Hugo Bork, Luzie, geb. Hey, Hörnsheim.

Beschluß

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 15. 3. 1969 gegenüber allen Beteiligten auf 57 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 10. 10. 1969

Amtsgericht

3609

Beschluß

61 K 30/69: Die im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Band 170, Blatt 3323, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Flur 149, Flurstück 4/8, Hof- und Gebäudefläche, Johann-Sebastian-Bach-Straße 25, Größe 13,42 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 149, Flurstück 4/4, Hofraum, daselbst, Größe 0,06 Ar,

sollen am 9. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. April 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Pensionär Karl Eduard Seebohm, Wiesbaden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 3. 10. 1969

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

3610

Technischer Überwachungs-Verein Frankfurt a. M. e. V.

EINLADUNG

zur ordentlichen Mitgliederversammlung

am **Donnerstag**, dem 27. November 1969, um 11.30 Uhr, in Frankfurt am Main, Frankfurter Gesellschaft für Industrie, Handel und Wissenschaft, Siesmayerstr. 12.

Tagessordnung:

- a) Bericht über die Tätigkeit des TÜV in dem abgelaufenen Geschäftsjahr 1968.
- b) Rechnungslegung über das abgelaufene Geschäftsjahr unter Vorlegung der Berichte der Buch- und Rechnungsprüfer, Antrag auf Entlastung.
- c) Voranschlag und Beschlußfassung für das neue Geschäftsjahr.
- d) Wahlen zum Vorstand.
- e) Wahl von Rechnungsprüfern.
- f) Schriftliche Anträge aus Mitgliederkreisen.

Der Vorsitzende des Vorstandes:
gez. Dipl.-Ing. Voltz

3611

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen.

Dem Unternehmen

Butzbach-Licher-Eisenbahn AG, 6 Frankfurt/M., Mainzer Landstraße 41

wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

**von Lich nach Grünberg
über Nieder-Bessingen — Ober-Bessingen — Münster — Ettinghausen — Queckborn**

bis zum 30. September 1977 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht der Genehmigungsbehörde (§ 54 PBefG).

61 Darmstadt, den 15. Oktober 1969

**Der Regierungspräsident
in Darmstadt**

IV/2 — 66 f 02/07 (1)

3612**Satzungsänderung der Nassauischen Brandversicherungsanstalt Wiesbaden**

Der Verwaltungsrat der Nassauischen Brandversicherungsanstalt hat in seiner Sitzung am 5. September 1969 folgende Satzungsänderung beschlossen:

„Artikel I

Die Satzung der Nassauischen Brandversicherungsanstalt vom 1. Januar 1956 in der Fassung vom 17. Januar 1969 wird wie folgt geändert:

1. § 5 — Zusammensetzung des Verwaltungsrates —.

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus sieben Mitgliedern, die auf die Dauer von vier Jahren vom Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr berufen werden. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu berufen.

Zwei Mitglieder des Verwaltungsrates und deren Stellvertreter werden aus dem Kreis der Versicherungsnehmer im ehemaligen Regierungsbezirk Montabaur berufen.

2. a) § 9 — Staatsaufsicht —.

(1) Die Dienstaufsicht gemäß § 30 des Preußischen Gesetzes betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten vom 25. Juli 1910 (GS. S. 241 ff.) wird nach den für die Kommunalaufsicht geltenden Vorschriften von dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr wahrgenommen.

(2) Die Fachaufsicht obliegt gemäß § 1 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen außerhalb der Sozialversicherung in Hessen vom 12. Mai 1953 (GVBl. S. 112) dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr.

2. b) In

§ 5 Absatz 3, 5, 12

§ 6 Absatz 3

§ 7 Absatz 3

werden die Worte „Minister des Innern“ durch die Worte „Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr“ ersetzt.

Artikel II

Die vorstehende Satzungsänderungen treten mit Wirkung vom 1. November 1969 in Kraft.“

Die vorstehende Satzungsänderungen wurden durch Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr — II c 3 — 92 14 — 2 — vom 10. Oktober 1969 genehmigt.

62 Wiesbaden, 14. Oktober 1969

Nassauische Brandversicherungsanstalt
Der Direktor

Öffentliche Ausschreibungen**3613**

Darmstadt: Die Bauleistungen für zwei Bauwerke im Zuge der Verlegung der B 3 bei Darmstadt-Eberstadt sollen vergeben werden. Es handelt sich dabei um:

A) Überführung der Reißstraße, Bauwerk K 503

B) Stützmauer neben der B 3, Bauwerk K 503a

Die Arbeiten für beide Bauwerke werden nur gemeinsam vergeben. Die Leistungen umfassen:

ca. 300 cbm Erdaushub

ca. 175 qm Spundwand

ca. 470 cbm Stahlbeton

ca. 48 t Betonstahl I und III

ca. 9 t Spannstahl

und andere Arbeiten.

Bauzeit: 200 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis 5. November 1969 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse, Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 355 99 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 27. November 1969 um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 323/24) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 19/21. Zuschlags- und Bindefrist: 9. Dezember 1969.

61 Darmstadt, 21. 10. 1969

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

3614

Frankfurt: Die Bauleistungen für die Erneuerung der Fahrbahn-decke und Anbau von Zusatzspuren zwischen km 485,9 + 75 und km 488,6 + 00 — Westseite — der BAB-Strecke A 10 Kassel — Frankfurt (M) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

42 000 qm Mutterbodenabtrag

24 000 qm Betondecke und Leitstreifen aufbrechen und abfahren

37 000 cbm Bodenabtrag in Bodenklasse 2.26 einschl. Abfahren

5 000 cbm Schüttmassen aus Haldenmaterial liefern und einbauen

26 500 cbm Frostschutzmaterial liefern und einbauen einschl.

Verlegung der Entwässerungsleitungen

43 500 qm Zementverfestigung, 15 cm dick

5 500 qm Betonstandspur 2,50 m breit, 0,20 m dick, herstellen

34 000 qm Bituminöse Fahrbahn-decke herstellen (18 cm

Asphalttragschicht, 3,5 cm Asphaltbinder, 3,5 cm

spaltreicher Gußasphalt)

25 000 qm Mutterboden andecken

Bauzeit: ca. 120 Werktage

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 6. Januar 1970

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Str. 4—6, bis spätestens 28. 10. 1969 schriftlich mitzutellen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen. Der Betrag über die Einzahlung von 30,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M), Postscheckkonto Ffm 6821 mit der Ausgabe: Ausschreibungsunterlagen für „Deckenerneuerung u. Zusatzspuren km 486,0 — km 488,6 — West —“ ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 6. 11. 69 in der Zeit von 9.00 — 15.00 Uhr beim Autobahnamt Ffm, Zimmer 3, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 21. November 1969, um 10.00 Uhr, Zimmer 221 des Autobahnamtes Frankfurt (M), Münchener Str. 4—6. Zuschlags- und Bindefrist: 9. Januar 1970.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke bei jedem Hess. Straßenbauamt zum Preis von 3,— DM Stück und bei dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6 Frankfurt (M), 14. 10. 1969

Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Str. 4—4

3615

Wiesbaden: Die Arbeiten zum Ausbau der Ortsdurchfahrt Schwalbach/Ts. im Zuge der Landesstraße 3015 von km 2,200 — km 2,350 und zum Bau eines Gehweges von Eschborn nach Schwalbach/Ts. von km 1,380 — km 1,605 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

750 cbm Erdbewegung davon Bodenkl. 2.27 250 cbm

350 cbm Frostschutzschicht Körnung 0/50 mm (23 cm und 15 cm dick)

1 500 qm bit. Unterbau

1 100 qm Splitt-Schottergemisch 135 kg/qm (7 cm dick)

1 100 qm Asphaltbinderschicht 0/18 (ca. 4 cm dick)

1 100 qm Asphaltfeinbetonschicht 0/8 (ca. 3,5 cm dick) und 0/5 (ca. 2,5 cm dick)

Bauzeit: 40 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 6,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 6830 zu Gunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: Ausbau der Ortsdurchfahrt Schwalbach/Ts. sowie Gehweg von Eschborn nach Schwalbach/Ts., einzuzahlen. (Abgabe der Unterlagen gegen Einzahlungsquittung).

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 24. 10. 1969 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Selbstabholer können gegen Vorlage der Vollmacht die Angebote ab 20. 10. 1969 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr abholen.

Eröffnung: Im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 31. 10. 1969, 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

62 Wiesbaden, 14. 10. 1969

Hessisches Straßenbauamt

3616

Eschwege: Die Bauleistungen für die Fahrbahnverbreiterung und Lenienkorrektur der L 3251 von km 14,731 — km 15,021 in der Ortslage Herleshausen. Kreis Eschwege, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- 100 cbm Mutterboden abtragen
- 2 000 cbm Erdbewegung
- 600 cbm Frostschuttschicht d. K. 0/30 (2 cm dick)
- 320 cbm obere Frostschuttschicht d. K. 0/35 (10 cm dick)
- 2 200 qm bit. Unterbau 0/35 mm (290 kg/qm)
- 2 200 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm (84 kg/qm)
- 2 200 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/8 (84 kg/qm)
- 1 250 qm Gehwege mit Hochbordanlage und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 80 Werktage.

Bietter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 29. 10. 1969 anzufordern. Diese werden dann in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 12,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 161 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 13. 11. 1969, um 10.00 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werktage.

344 Eschwege, 16. 10. 1969

Hessisches Straßenbauamt

3617

DEUTSCHE ZENTRALE FÜR FREMDENVERKEHR EV (DZF)

Ab sofort stellen wir für unsere

Pressestelle einen Leiter

ein. Erforderlich sind allgemeine journalistische Erfahrungen, Kenntnis des modernen Tourismus, Beherrschten der modernen Nachrichtengebung (schnelle Abfassung und Herausgabe aktueller Nachrichten), Kontaktfähigkeit (u. a. Pressekontakte im In- und Ausland), Sprachkenntnisse (hauptsächlich Englisch) und organisatorische Befähigung (Organisation von Pressekonferenzen u. ä.).

Geboten werden: Vergütung nach VergGr. IIa des Bundesangestelltentarifvertrages, 5-Tage-Woche, Mittagessen im Hause mit Zuschuß, Beihilfen in Krankheitsfällen, Zusatzversorgung, Urlaub wie im öffentlichen Dienst.

Bewerbungen mit üblichen Unterlagen umgehend an die

Deutsche Zentrale für Fremdenverkehr

6 Frankfurt 1, Beethovenstraße 69

Dr. R. Eberhard Spazier

Staatsminister a. D. Geschäftsführendes

Präsident Vorstandsmitglied

3618

Die Kreisstadt Friedberg (Hessen)

rd. 18 000 Einwohner — sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für ihr Bauamt

einen Hochbauingenieur (grad.)

Das Aufgabengebiet umfaßt die Mitwirkung bei der Aufstellung von Bauleitplänen sowie die Bauberatung (Bearbeitung von Bauanträgen). Gesucht wird ein Hochbauingenieur, der Erfahrungen und Kenntnisse in dem genannten Aufgabengebiet besitzt und an städtebauliche Arbeiten interessiert ist. Zusätzliche Kenntnisse im Vermessungswesen erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Vergütung wird nach Gruppe IV b BAT gezahlt. Aufstiegsmöglichkeit nach Gruppe IV a BAT gegeben.

Wir bieten geregelte Arbeitszeit, übliche Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes (zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Weihnachtsgeld, Beihilfen nach der HBeihVO) sowie ein zusätzliches Urlaubsgeld.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften) werden innerhalb von vier Wochen an den

Magistrat der Kreisstadt — Haupt- und Personalamt —, 636 Friedberg (Hessen) erbeten.

3619



**U-BAHNBAU
Frankfurt am Main**

Die Stadt Frankfurt am Main — Stadtbahnbauamt — sucht für vielseitige und interessante Aufgaben beim Bau der U-Bahn zum sofortigen oder baldigen Dienstantritt

BAUINGENIEURE

(Dipl.-Ing. und Ing. grad.)

der Fachrichtung Tiefbau

als Gruppenleiter und Sachbearbeiter für Vorplanung, Planung und Koordinierung, Bauvorbereitung, bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Bauabrechnung für die Arbeitsgebiete Leitungsbau und Tunnelrohnbau sowie als Sachbearbeiter für die Tunnelunterhaltung

der Fachrichtung Hochbau

als Gruppenleiter und Sachbearbeiter für Raumprogramm, Entwurf und Bauvorbereitung, Bauüberwachung und -abrechnung des Ausbaues der Stadt-Bahnstationen sowie

1 INGENIEUR FÜR HEIZUNGS- UND LÜFTUNGSTECHNIK

ELEKTROINGENIEURE

als Gruppenleiter und Sachbearbeiter für Vorplanung, Planung und Bauüberwachung der zentralen Sicherungsanlagen auf den Mittelpunktstationen, für Erdungen, Bahnstromversorgung und Systemplanung

1 VERMESSUNGSINGENIEUR

als Vermessungstruppführer

BAUTECHNIKER

für Mitarbeit bei der Bauvorbereitung, Bauüberwachung und Bauabrechnung des Leitungsbau, des Tunnelrohnbau und des Ausbaues

VERMESSUNGSTECHNIKER

TECHNISCHE ZEICHNER

MESSGEHILFEN

STENOSEKRETÄRINNEN

Darüber hinaus suchen wir für die Technische Aufsicht für den Stadtbahnbau

BAUINGENIEURE

als Sachbearbeiter für statische Prüfung sowie für die technische und baurechtliche Prüfung

Die Vergütung richtet sich entsprechend der zu besetzenden Stelle nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) oder dem Hessischen Lohntarif (HLT). Sofern die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich.

Daneben bieten wir zusätzliche Altersversorgung für Angestellte und Arbeiter, 5-Tage-Woche, verbilligtes Mittagessen, kostenlose Teilnahme am städtischen Erholungswerk sowie sonstige gute Sozialleistungen.

Ggf. werden Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Bewerbungen von Interessenten mit einschlägiger Ausbildung und Berufserfahrung werden mit Lichtbild, handschriftlichem Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über die bisherigen Tätigkeiten, Zeugniskopien und Angabe des möglichen Dienstantrittes unter Kennziffer 6503/3/4 erbeten an den

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Personalamt —

6 Frankfurt am Main 1,
Postfach 2732

Mit uns können Sie hessisch reden.

Im Geldgeschäft sprechen wir jede Sprache, die eine Bank sprechen muß, wenn sie vielseitig sein will.

Auch Ihre. Wenn man Finanzfragen hat:

Ob man Geld braucht oder Geld anlegen will - man spricht mit uns.

Wir sind die große Bank Hessens.



HESSISCHE LANDESBANK

•GIROZENTRALE•

• Frankfurt/Main, Junghofstraße 18-26 und Goethestraße 19, Telefon 0611/28641
Niederlassungen in: Darmstadt, Kassel (Landeskreditkasse), Wiesbaden.

3620

Beim Landkreis Friedberg ist die Stelle des

Leiters (Geschäftsführers) des Erwachsenenbildungswerkes

zum 1. Januar 1970 zu besetzen. Die Vergütung erfolgt entsprechend der Vorbildung und Leistung nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die über pädagogische Erfahrung in der Erwachsenenbildung sowie Organisationsgeschick und Kontaktfähigkeit auch zur ländlichen Bevölkerung und zur Jugend verfügt und eine der Aufgabe entsprechende Ausbildung nachweisen kann.

Aufgabe des Stelleninhabers ist es, die Bildungsarbeit des Erwachsenenfortbildungswerkes in den Städten und Gemeinden des Kreises fortzuführen und mit der Kulturarbeit des Landkreises zu koordinieren.

Die Kreisstadt Friedberg (rd. 18 000 Einwohner) liegt in verkehrsgünstiger Lage zur Großstadt Frankfurt/M. Sämtliche weiterführenden Schulen (Realschulen, Gymnasien, Berufs- und Berufsfachschulen) sind vorhanden.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Nachweis der bisherigen Tätigkeit, Lichtbild und Angabe von Referenzen werden bis zum 15. 12. 1969 erbeten.

Der Kreisausschuß des Landkreises Friedberg/H.,
636 Friedberg, Postfach 228

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen



**WILHELM FIESELER
OHG
WIESBADEN**

Adelheidstr. 21 · Tel.-Sa.-Nr. 3 94 11
Elektrotechnische Großhandlung seit 1914

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

HEGRO

HESSISCHE GROSSHANDELSGESELLSCHAFT
EICHLER OHG
6072 DREIEICHENHAIN
Siemensstraße 3 · Telefon 0 61 03 / 83 31

Spezialgroßhandlung für Bodenpflege,
Wäschereibedarf · Waschmittel · Reinigungsmittel · Seifen
Lieferant für Behörden, Anstalten und Betriebe

PIANOHAUS LANG

Größtes Klavier-Fachgeschäft Deutschlands

Frankfurt, Stiftstraße 32

Am Eschenheimer Turm — Tel. 28 23 30

175 Pianos, Flügel, Kleinklaviere, Spinette, Heim-Organen
Lieferung frei — Kundendienst

-BÜROMASCHINEN

Werksvertretung
und Kundendienst

GIESSEN

Bahnhofstraße 24
Telefon 7 10 96

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 10,80 (einschließlich 5 1/2 % = 0,56 DM MWSt.) Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto 62 Wiesbaden Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 328; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 1 96 71. Fernschreiber 04-186 648. Preise von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,88, bis 40 Seiten DM 2,48, bis 48 Seiten DM 2,99, über 48 Seiten DM 3,24. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5 1/2 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6 vom 1. 1. 1968. Umfang dieser Ausgabe 48 Seiten